

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Stefan Hradil

Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung
Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung

Rainer Geißler

Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck

Detlef Landua

„Magere Zeiten“

Eine Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung in Ostdeutschland
aus der Sicht der Betroffenen

Klaus-Peter Schwitzer

Ältere Menschen in den neuen Bundesländern

Kerstin Schweigel/Astrid Segert/Irene Zierke

Leben im Umbruch

Erste Ergebnisse einer regionalspezifischen Milieuerkundung

B 29–30/92

10. Juli 1992

Stefan Hradil, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., geb. 1946; Professor für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. – Veröffentlichungen u. a.: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987; (zus. mit Karl Martin Bolte) Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 1988⁶; (Hrsg. zus. mit Peter A. Berger) Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile in: Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen 1990; (Hrsg.) Zwischen Bewußtsein und Sein, Opladen 1992 i. E.

Rainer Geißler, Dr. phil., geb. 1939; Professor für Soziologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen. – Veröffentlichungen u. a.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992; (Mitautor und Hrsg.) Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1992; (Mitautor und Hrsg. zus. mit Bernhard Claußen) Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation, Opladen 1992.

Detlef Landua, Dipl.-Soz., geb. 1959; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB). – Veröffentlichungen u. a.: zahlreiche Beiträge zur Wohlfahrtsforschung, zuletzt: „An attempt to classify satisfaction changes; methodological and content aspects of a longitudinal problem“, in: Social Indicators Research, 26 (1992).

Klaus-Peter Schwitzer, Dr. sc. phil., geb. 1946; bis zur Abwicklung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR Forschungsgruppenleiter; seit Januar 1992 Beschäftigung im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) in den neuen Ländern. – Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor:) Lexikon der Sozialpolitik, Berlin 1987; Sozialpolitik im Betrieb, Berlin 1988; Sozialreport '90, Berlin – Bonn 1990; Aiding and Aging, New York – Westport – London 1990; (Hrsg. und Mitautor:) Altenreport '90, in: Blätter der Wohlfahrtspflege (Sonderausgabe), 137 (1990) 10/11.

Kerstin Schweigel, Dipl. Phil., geb. 1964; Studium der Philosophie an den Universitäten Leningrad und Moskau; seit Januar 1992 Beschäftigung im Rahmen des WIP (siehe oben). – Veröffentlichungen u. a.: Ostdeutscher Sozialstrukturwandel im Regionalvergleich. Transformationen im sozialen Raum, in: Rainer Geißler (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1992; (zus. mit Astrid Segert/Irene Zierke) Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland – Ansätze einer Milieuerkundung. Dargestellt am Beispiel der Region Brandenburg, in: Ingrid Kurz-Scherf/Gunnar Winkler (Hrsg.), Umbruch. Beiträge zur sozialen Transformation, Berlin 1992.

Astrid Segert, Dr. phil., geb. 1955; Studium der Philosophie in Berlin (Ost); seit Januar 1992 Beschäftigung im Rahmen des WIP (siehe oben). – Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Irene Zierke) Soziale Akteure – Endogene Potentiale einer ostdeutschen Industrieprovinzstadt, in: BISS-public, 2 (1992) 7; Wie ein streitfähiger Betriebsrat entsteht. Metamorphose einer betrieblichen Arbeitnehmervertretung am Beispiel des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, in: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, FU Berlin 1992, i. E.

Irene Zierke, Dr. sc. phil., geb. 1952; Studium der Kulturwissenschaft in Berlin (Ost); seit Januar 1992 Beschäftigung im Rahmen des WIP (siehe oben). – Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Kerstin Schweigel/Astrid Segert), Alter Wein in neuen Schläuchen? Lebensstil- und Milieuforschung in Ostdeutschland, in: Michael Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch; Neue Erfahrung Arbeitslosigkeit: Wer sind die Wendeverlierer?, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37 (1991) 11/12.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung

Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung

I. Sozialstruktureller Wandel – gemessen an Konzepten der Modernisierung und Industrialisierung

Im folgenden sollen die wichtigsten Entwicklungslinien des sozialstrukturellen Wandels in Westdeutschland seit etwa den sechziger Jahren skizziert werden, mit dem Ziel, die sozialstrukturelle Bedeutung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu kennzeichnen.

Um sozialstrukturellen Wandel darstellen zu können, ist mindestens zweierlei notwendig:

1. Eine Einschränkung des Gegenstandsbereichs. *Was wandelt sich? Was versteht man unter Sozialstruktur?*
2. Eine „Meßlatte“, mit der Wandlungsvorgänge erst als solche erkennbar werden. Denn Wandel wiederzugeben, heißt *Vergleiche* zwischen unterschiedlichen Zeitpunkten anstellen, und dazu braucht man ein Tertium comparationis.

Erstens: Mit „Sozialstruktur“, einem viel benutzten, aber selten definierten Begriff, sollen die wichtigsten Merkmale und sozialen Beziehungen von Bevölkerungsgruppen bezeichnet werden, die sich durch eine jeweils gemeinsame Stellung in sozialen Subsystemen (Bildungssystem, Wirtschaftssystem o. ä.), in sozialen Institutionen (Betriebe, Schulen, Parteien usw.) und in sozialen Handlungsgefügen (persönliche Netzwerke von Bekannten, innerfamiliäre Beziehungen etc.) ergeben. Es geht also beispielsweise um die Lebensbedingungen und Mentalitäten von Arbeitern und deren Beziehungen zu Angestellten aufgrund der jeweiligen Stellung im Wirtschaftsleben, in Betrieben und in Arbeitszusammenhängen. Sozialstrukturanalyse legt so das vergleichsweise stabile „Skelett“ einer Gesellschaft offen. Es geht um die Gesellschaft im ganzen, nicht um Ausschnitte oder Details. Die statische Perspektive, die dem Sozialstrukturbegriff zu eigen ist, schließt die Analyse sozialen Wandels nicht aus. Im Gegenteil: Man braucht gerade Kenntnisse über vergleichsweise beharrende Grundstrukturen, um einschätzen zu können, was sich geändert hat.

Einen besonderen Stellenwert innerhalb der Sozialstrukturanalyse nimmt der Bereich sozialer Ungleichheit ein, d. h. das System, die Institutionen und die persönlichen Interaktionen, die bestimmten Gesellschaftsgruppierungen bessere Lebensbedingungen (Einkommen, Vermögen, Ansehen, Bildung, Machtpositionen, Wohn-, Arbeits-, Freizeitbedingungen etc.) und vorteilhaftere Lebensweisen (Erziehung, Sprache, Leistungsmotivation usw.) als anderen verschaffen. Die Beschäftigung mit diesen Fragen und Problemen stand am Anfang der systematischen Soziologie. Daher wird der Begriff „Sozialstruktur“ (im engeren Sinne) nicht selten ausschließlich mit Blick auf Strukturen sozialer Ungleichheit verwendet.

Zweitens: Sozialen Wandel in Art und Ausmaß zu bestimmen, erfordert *Maßstäbe*. Diese liefern sozialwissenschaftliche Entwicklungstheorien und die hierin enthaltenen Gesellschaftskonzepte. Gerade in den letzten beiden Jahren wird im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands fast immer eine bestimmte Entwicklungstheorie, die *Modernisierungstheorie*, und ein bestimmtes, darin eingebettetes Gesellschaftskonzept, das der *Industriegesellschaft*, herangezogen. Das Ergebnis ist, daß in der Gesellschaft Ostdeutschlands erhebliche Entwicklungsrückstände diagnostiziert werden. Dies wird mit gewissen Einschränkungen auch in diesem Beitrag geschehen. Die Häufigkeit und die Tragweite, mit der diese Vergleichsmaßstäbe Verwendung finden, erfordert es, auf ihre Eigenschaften und Implikationen etwas näher einzugehen.

Die Modernisierungstheorie stellt, historisch betrachtet, eine „lange Meßlatte“ dar. Denn in ihrem Lichte gesehen, begann Modernisierung hierzulande spätestens im 16. Jahrhundert und dauert nach wie vor an. Der Preis für die Länge dieses Meßstabs liegt in seiner Grobheit: Modernisierungskonzepte stellen relativ abstrakte Vergleichskategorien bereit.

Das Konzept der Industriegesellschaft stellt nichts anderes dar als das Struktur- und Entwicklungsmodell einer sich modernisierenden Gesellschaft einer bestimmten Art und ersten Entwicklungsstufe. Es liefert einen relativ konkreten Maßstab, indem es vergleichsweise genaue Angaben zu Entwicklungsrichtung und Zustand der einzelnen sozialstrukturellen Bereiche (Bevölkerung, Familien, Haushalte, Lebensphasen, Bildung, Wirt-

schaft, Erwerbstätigkeit, Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat, Politik etc.) enthält. Diese Genauigkeit wird allerdings mit Kurzfristigkeit bezahlt: Industriegesellschaftliche Strukturen im Sinne dieses Modells verbreiteten sich auf dem Gebiet Deutschlands erst seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts. Und ob manche besonders weit entwickelten Gesellschaften noch in allen wesentlichen Strukturen als Industriegesellschaften gelten können, läßt sich bezweifeln.

Mit anderen Worten: Industriegesellschaften sind stets moderne Gesellschaften. Ob moderne Gesellschaften (noch) in jedem Falle typische Industriegesellschaften darstellen, steht dahin.

Beide, Modernisierungstheorien und das Modell der Industriegesellschaft, zielen zum einen auf die Erklärung und Beschreibung *faktischer* Gegebenheiten. Sie stellen zum andern *normative* Konzepte dar: Sie skizzieren Entwicklungsrichtungen und gesellschaftliche Zustände, die in Wissenschaft und Gesellschaft als wünschenswert angesehen werden, die Leitbildcharakter haben und so zum Teil erhebliche Wirkungskraft entfalten. Vor allem in dieser Hinsicht sind Modernisierungs- und Industrialisierungstheorien „ins Gerede gekommen“¹. Ihre Vorbildfunktion ist keineswegs mehr unbestritten. Heute, nach dem Zusammenbruch der meisten sozialistischen Gesellschaften, gewinnt jedoch vor allem das Konzept der Modernisierung viel von seinem positiven Beigeschmack zurück.

Auf diese Normativität soll erst im letzten, dritten Abschnitt des vorliegenden Beitrags zurückgekommen werden. Zunächst geht es darum zu klären, was im folgenden mit den Begriffen „Modernisierung“ und „Industriegesellschaft“ gemeint ist, die durch derzeit häufigen Gebrauch nicht klarer werden. Dann, im zweiten Abschnitt, sollen diese Konzepte als (heuristischer, nicht als normativer) Maßstab verwendet werden, um sozialstrukturellen Wandel in Westdeutschland und die Konfrontation mit der ostdeutschen Sozialstruktur einordnen zu können.

Mit Modernisierung wird die Ausrichtung von Politik und Gesellschaft nach bestimmten Leitlinien beschrieben, wie sie mit Renaissance und Reformation seit dem 16. Jahrhundert in systematischen Gedankengebäuden entwickelt und seit der Aufklärung vom 18. Jahrhundert an zunehmend politisch eingefordert wurden. Massenhaft in gesellschaftliche Systeme (z. B. in demokratische), in Institutionen (Schulen, Bürokratie etc.) und in Handlungsgefüge umgesetzt, und damit sozialstrukturell bedeutsam, wurden diese Gedanken in Deutschland freilich erst nach den wirtschaftlichen und politischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts. Strukturdominant wurden sie erst um die

Mitte des 20. Jahrhunderts. Erst seither kann man von einer „modernen Gesellschaft“ sprechen.

Leitlinien der Modernisierung sind²:

- linearer Zeitbegriff und Fortschrittsdenken,
- Wachstum individueller Optionen und individueller Freiheit im Sinne der Lösung von Bindungen,
- Säkularisierung von Zielsetzungen,
- Zweck-Mittel-Rationalität, damit verbunden analytisches, objektivierendes, auf Effektivität und Nutzen zielendes Denken.

Gesellschaftlich realisiert wurden diese Prinzipien zunächst in Gestalt der *Industriegesellschaft*. Ganz allgemein gesprochen, zeichnet sich diese durch die funktionale Differenzierung ihrer Strukturelemente und durch deren gegenseitige Verflechtung aus. Das heißt: Es entstehen immer verschiedenartigere Betriebe, Organisationen, Rollen etc., die jeweils immer spezifischere Aufgaben erfüllen, dabei jedoch immer mehr aufeinander angewiesen sind. Der Weg der Industrialisierung führt von unzusammenhängender Gleichartigkeit (z. B. der Bauernhöfe in vorindustriellen Gesellschaften) zu verflochtener Verschiedenartigkeit (z. B. von arbeitsteiligen Industriebetrieben) (*E. Durkheim*).

Etwas spezifischer: Der Entwicklung von Industriegesellschaften unterliegt ein „Code“, der sich in folgenden Stichworten zusammenfassen läßt³:

- Standardisierung (von Produkten, Löhnen, Preisen, Arbeitsvorgängen, Arbeitsverhältnissen, Lebensläufen, Lebensformen, Kulturmustern etc.).
- Spezialisierung in Gestalt der Arbeitsteilung, der Trennung von Produktion und Konsum, der Rollendifferenzierung zwischen Mann und Frau, der Aufgabenteilung von Organisation etc.
- Synchronisierung und Rationalisierung der Zeit, d. h. gleichzeitiges Tun und zeitliche Abstimmung des Tuns vieler Menschen sowie mehr Tun innerhalb bestimmter Zeiteinheiten: Die Fabriksirene, die Schulklingel und die Rush-hour geraten zu Symbolen der Industriegesellschaft; Pünktlichkeit und Zeitnot werden zur Norm.

2 Vgl. Robert Spaemann, Ende der Modernität?, in: Peter Koslowski/Robert Spaemann/Reinhard Löw (Hrsg.), *Moderne oder Postmoderne?*, Weinheim 1986, S. 21 ff.; Heinz-Günter Vester, *Modernismus und Postmodernismus – intellektuelle Spielereien?*, in: *Soziale Welt*, 36 (1985), S. 3–26; Stefan Hradil, *Postmoderne Sozialstruktur?*, in: Peter A. Berger/Stefan Hradil (Hrsg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*, in: *Soziale Welt*, Sonderband 7, Göttingen 1990, S. 125–150.

3 Nach Alvin Toffler, *Die dritte Welt. Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts*, München 1980, S. 58 ff.

1 Vgl. Johannes Berger, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren*, *Soziale Welt*, Sonderband 4, Göttingen 1986, S. 6.

- Konzentration (der Produktion in Fabriken, in Konzernen und in Monopolen, der politischen Herrschaft in Nationalstaaten usw.).
- Maximierung (von Produktionszahlen, von Beschäftigtenzahlen, des Infrastrukturausbaus, des Großstadtwachstums, der Hochhäuser usw.).
- Zentralisierung (in der Politik, bei unternehmerischen Entscheidungen, in Zentralbanken etc.).

Im Grunde geht das Modell der Entwicklung hin zur Industriegesellschaft davon aus, daß der technische Fortschritt den Motor und die Ursache wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturbildung darstellt. Die Maschine und das Kraftwerk strahlen gewissermaßen in Fabriken, Familien, Betriebe, Bürokratien und Schulen aus. Dem Modell der Industriegesellschaft zufolge ist die Kraft der Technologie stärker als Unterschiede der wirtschaftlichen und politischen Organisation: Die gezeigten Maximen gelten für kapitalistische und sozialistische Industriegesellschaften gleichermaßen.

Sofern nicht ausdrücklich angenommen wird, die technische Entwicklung sei von Menschen nach gewissen Leitlinien zu steuern, gerät das Konzept der Industriegesellschaft leicht zum Bild einer „automatisch“ unaufhaltsam in einer Einbahnstraße vorwärts fahrenden Dampfwalze, die alle traditionellen Besonderheiten und spezifischen Bestrebungen unwiderstehlich einebnet. Solche deterministischen Anklänge weist das Modernisierungskonzept nicht unbedingt auf. Es läßt einigen Raum für unterschiedliche gesellschaftliche Umsetzungen und bewußte Steuerung.

Das Konzept der Industriegesellschaft ist aber noch weit ausführlicher als der angeführte „Code“. Es enthält genaue Vorstellungen darüber, welche

- Bevölkerungsweisen (Geburten, Sterbefälle, Ein- und Auswanderungen),
- Familienformen, Haushaltsformen und Lebensphasen,
- Bildungseinrichtungen und -strukturen,
- Gefüge in Wirtschaft und Erwerbsarbeit,
- sozialen Ungleichheiten sowie
- Formen der Sozialpolitik, des Wohlfahrtsstaat und der Politik überhaupt

im Zuge der Industrialisierung typischerweise zu erwarten sind. Diese Strukturmodelle werden im folgenden jeweils skizziert, und daran wird der soziale Wandel von Bevölkerungs-, Familien- und anderen -strukturen in Westdeutschland gemessen.

II. Die sozialstrukturelle Entwicklung Westdeutschlands

Optimal wäre es, den sozialstrukturellen Wandel in der Systematik darzustellen, die der oben definierte Sozialstrukturbegriff nahelegt: gegliedert nach Subsystemen, die der Erfüllung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse dienen (Bildungs-, Wirtschafts-, Sicherungs-, Politik-System), nach Institutionen innerhalb dieser Systeme (Schulen, Betriebe, Parteien usw.), schließlich nach persönlichen Beziehungsgefügen innerhalb dieser Institutionen (Arbeitsteams, Netzwerke etc.). Angesichts des knappen Raums soll indessen eine pragmatischere, dem Lebenslauf folgende Gliederung gewählt werden.

1. Bevölkerung

Die Zahl und Zusammensetzung einer Bevölkerung, d. h. der Menschen, die in einem bestimmten Gebiet wohnen, verändert sich durch den jeweiligen Bevölkerungsprozeß. Hierunter versteht man das Zusammenwirken von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen. Ist dieser Prozeß im Rahmen einer Gesellschaftsformation vergleichsweise stabil, spricht man von einer *Bevölkerungsweise*.

Von einer „typischen“ Industriegesellschaft erwartet man eine einheitliche und „sparsame“ Bevölkerungsweise: In allen großen Bevölkerungsgruppen sollte hiernach das Geburtenniveau zwar niedrig, aber etwas über dem der Sterbefälle liegen. Dies führt insgesamt zu einem stabilen, aber begrenzten Bevölkerungswachstum, das lediglich durch wirtschaftlich bedingte Einwanderungsschübe punktuell erhöht wird.

Sieht man einmal von Verwerfungen durch Kriege und Wirtschaftskrisen ab, so entwickelte sich die deutsche Bevölkerung in Wirklichkeit seit dem „demographischen Übergang“ (von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten im Laufe der Industrialisierung) bis in die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein durchaus gemäß dem industriegesellschaftlichen Modell.

Seither ergaben sich aber Bevölkerungsprozesse, die anhaltend gekennzeichnet sind durch Geburtenraten, die (relativ pro Frau im Alter zwischen 15 und 45 Jahren) um etwa ein Drittel unter den Sterberaten liegen und so eine Bevölkerungsabnahme hinterlassen. Diese wird durch immer neue Einwanderung(swell)en ausgeglichen⁴.

4 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit WZB, Berlin, und ZUMA, Mannheim, Datenreport 1992, Bonn 1992, S. 39f.; vgl. Charlotte Höhn, Ulrich Mamme und Hartmut Wendt, Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 16 (1990), S. 135-205.

(Von 1950–1961 kamen 3,1 Mio. Übersiedler aus der DDR. Von 1961–1989 blieben per saldo gut drei Millionen ausländische Arbeitnehmer mit Familienangehörigen; von 1962–1990 wanderten 1,9 Mio. Aussiedler ein; von 1978–1989 hatte die Bundesrepublik ca. eine Million und 1990 nochmals 256 000 Asylbewerber.) Da Geburten, Sterbefälle und Einwanderungen, im Zusammenhang gesehen, seit Mitte der siebziger Jahre eine recht stabile Struktur ergeben, hat man sie schon als „postindustrielle Bevölkerungsweise“ bezeichnet⁵.

Dem widerspricht nicht, daß in den letzten Jahren das absolute Geburtendefizit gering war und sich seit 1990 sogar in einen leichten Geburtenüberschuß verkehrt hat. Dies beruht auf dem Hineinwachsen von geburtenstarken Kohorten und von Zuwanderern in die Elternphase und stellt (fast) keine Veränderung des Geburtenverhaltens dar⁶.

Diese neue Bevölkerungsweise änderte die Bevölkerungsstruktur. Zum einen alterte die Bevölkerung, obwohl Zuwanderer in der Regel zwischen 20 und 40 Jahre alt sind. Schon heute hat Westdeutschland weltweit den größten Anteil (gut 15 Prozent) alter Menschen, die mindestens 65 Jahre alt sind. Zum andern vergrößerte sich die ausländische Wohnbevölkerung (1990: 8,2 Prozent) und Westdeutschland wurde ethnisch immer inhomogener. Nach allem, was wir wissen, werden beide Entwicklungen anhalten.

Diese „postindustriellen“ Strukturen stehen im deutlichen Gegensatz zur ehemaligen DDR. Sie war stets ein Auswanderungsland und war ethnisch weitgehend homogen. (Ende 1989 lebten ganze 1,2 Prozent Ausländer in der DDR. 1990 wohnten gar nur noch 1,0 Prozent Ausländer in Ostdeutschland.) Und die DDR brachte immerhin noch drei Viertel der zum Bestandserhalt nötigen Kinderzahl hervor. Alles in allem stand sie der industriegesellschaftlichen Bevölkerungsweise noch näher als die Bundesrepublik. Für die Zukunft aber deutet sich eine schnelle Anpassung an die „postindustrielle“ Bevölkerungsweise an, eine viel schnellere als in anderen sozialstrukturellen Bereichen: Die in Ostdeutschland ohnehin seit Jahren sinkenden Geburtenraten nähern sich den westdeutschen. Die Einwanderung beginnt.

2. Familien, Haushalte, Lebensphasen

Im Modell einer „typischen Industriegesellschaft“ leben die Menschen in Klein- bzw. Kernfamilien (Zwei-Generationen-Familie mit ca. zwei Kindern) zusammen. Das Heiratsalter (in der Regel wird geheiratet) ist in allen Bevölkerungsgruppen wesentlich niedriger als in vorindustriellen Gesell-

schaften, wo Heirat häufig noch von Erbschaft etc. abhängig ist. Von Industriegesellschaften wird also eine vergleichsweise standardisierte Lebensform (hierunter versteht man in der neueren Soziologie die Strukturform des unmittelbaren Zusammenlebens mit Mitmenschen) erwartet.

Die Wirklichkeit Westdeutschlands näherte sich in den fünfziger und sechziger Jahren dieser industriegesellschaftlichen Standardisierung sehr stark an. Es war die „Hoch-Zeit der Hochzeit“ und das „goldene“ Zeitalter der „Normalfamilie“. Mehr als 90 Prozent der betreffenden Altersjahrgänge heirateten, und zwar recht früh, und wiederum mehr als 90 Prozent von ihnen hatten Kinder. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren waren die Ehen mit etwa 10 Prozent Scheidungsraten auch recht stabil. Ehe und Familie stellten ein Faktum dar, aber auch eine Norm: Es war die Zeit, als man zu heiraten „hatte“ und sich fragen lassen mußte, wann denn „die Kinder kommen“.

Seit den sechziger Jahren nahm in Westdeutschland die Neigung zur Ehe stark ab. Heute heiraten kaum noch 70 Prozent der relevanten Altersjahrgänge⁷. Und der Zeitpunkt wird immer weiter hinausgeschoben. Mitte der siebziger Jahre heirateten ledige Männer erstmals mit 25,6 und Frauen mit 23 Jahren, Ende der achtziger Jahre mit 28 bzw. 25 Jahren. Die Ehen sind mit gut 30 Prozent Scheidungsquote heute wieder so zerbrechlich geworden, wie sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren. Und vor allem: Alle „untypischen“ Lebensformen nahmen auf Kosten der „Normalfamilie“ zu⁸: Ende der achtziger Jahre lebten in Ein-Personen-Haushalten etwa 16 Prozent der Bevölkerung, in nichtehelichen Lebensgemeinschaften mindestens vier Prozent, in Ein-Eltern-Familien gut fünf Prozent. Der Anteil nichtehelich geborener Kinder ist von 5,5 Prozent im Jahre 1970 auf 10,2 Prozent im Jahre 1989 gestiegen. Für das alles hat sich das Schlagwort von der *Pluralisierung der Lebensformen* durchgesetzt.

Die Ausdifferenzierung geht „in Wirklichkeit“ wohl noch weiter, als diese Zahlen vermuten lassen. Denn die „Hüllen“ der amtlichen bzw. in der Sozialforschung üblichen Erfassungskategorien (verheiratet, in Lebensgemeinschaft, allein lebend etc.) verbergen jeweils sehr unterschiedliche, und allem Anschein nach immer unterschiedlicher werdende Lebensformen, wie die „Wochenendehe“, Stieffamilien oder nichteheliche Lebensgemeinschaften bei Aufrechterhaltung zweier Wohnungen. – Die Lebensformen in Westdeutschland differenzieren sich also aus und entfernen sich seit den siebziger Jahren zum guten Teil vom idealtypischen Muster der „Normalfamilie“ einer klassischen Industriegesellschaft.

5 Vgl. Josef Schmid, Strukturwandel oder „Finis Germaniae“ – Klassische Bevölkerungsstrukturen in Auflösung, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985.

6 Vgl. Stat. Bundesamt (Anm. 4), S. 48.

7 Vgl. Ch. Höhn u. a. (Anm. 4), S. 141.

8 Vgl. Stat. Bundesamt (Anm. 4), S. 48 ff.

Trotzdem sollten wir auch die Grenzen dieser Entstandardisierungsvorgänge sehen. Nach wie vor heiraten ca. 70 Prozent der jeweiligen Altersjahrgänge, und knapp vier Fünftel von ihnen haben Kinder. Neun von zehn westdeutschen Kindern leben in einem „ganz normalen“ Haushalt mit verheirateten Eltern. Zwar machen Alleinlebende mittlerweile 35 Prozent aller Haushalte aus. Aber sie stellen, wie gesagt, nur etwa 16 Prozent der Bevölkerung. Und von den drastisch zunehmenden nichtehelichen Lebensgemeinschaften erweist sich die Mehrzahl als „Probeehen“, als funktionales Äquivalent des früheren Verlöbnisses.

Ähnlich wie die Lebensformen haben sich auch die Lebensläufe vieler Menschen in Westdeutschland ein ganzes Stück von der industriegesellschaftlichen „Normalität“ entfernt. Die ehemals unverrückbar erscheinende, standardisierte Abfolge von Kindheit, Jugend (Ausbildung), Erwachsenenphase (Erwerbstätigkeit, Hausfrauentätigkeit) und Alter (Rente) beginnt zu zerfasern. Neue Lebensphasen wie die „Postadoleszenz“ (zwischen Jugend und Erwachsensein) und die des „leeren Nestes“ verbreiten sich. Individuelle Biographiebrüche infolge Scheidung, Arbeitsplatzwechsels, Arbeitslosigkeit, Weiterbildung etc. werden häufiger.

Die Sozialstruktur der Familien und Haushalte in der DDR wies bis zur Vereinigung deutliche Unterschiede zu der im Westen auf. Gemessen an Industrialisierungsvorstellungen entsprachen einige, aber nicht alle Strukturen denen einer „typischen“ Industriegesellschaft: Noch wesentlich größere Teile der Bevölkerung heirateten. Man heiratete drei Jahre früher. Auch die Geburt der Kinder erfolgte dementsprechend früher. Frauen in der DDR bekamen mehr Kinder (durchschnittlich 1,67) als ihre Geschlechtsgenossinnen im Westen (1,42). Ehe und Familie hatten im Verhalten, aber auch im Denken der Menschen (noch) einen höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik. Dieser Familismus war noch ausgeprägter als der einer typischen Industriegesellschaft: Er wurde durch die „Nischengesellschaft“ und die dominierende proletarische Lebensweise gesteigert sowie durch die bevorzugte Wohnungsvergabe an Verheiratete und Mütter und durch viele andere sozialpolitische Maßnahmen gefördert.

Der Betonung von Ehe und Familie, die an westdeutsche Gegebenheiten der fünfziger und sechziger Jahre erinnert, standen in der DDR allerdings eine deutlich höhere Scheidungsquote (45,3 Prozent im Osten vs. 30 Prozent im Westen), der viel höhere Anteil nichtehelicher Geburten (35 Prozent vs. 10 Prozent) und die stärkere Verbreitung Alleinerziehender (17,0 Prozent vs. 10,2 Prozent der Mehrpersonenhaushalte) gegenüber. Wir finden somit zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung in der DDR gegenläufige Abweichungen von der Struktur Westdeutschlands, allerdings kaum gegenläufige Entwicklungen: Auch in der DDR

sank in den letzten Jahren die Heiratsneigung, stieg das Heiratsalter und das Alter von Müttern, sank die Geburtenrate. In der DDR gab es also einesteils ein Nachhinken, andernteils auch schon „Vorsprünge“, aber keine erkennbaren Abweichungen von der Entwicklungsrichtung, die Gesellschaften üblicherweise nehmen, wenn sie sich in typische industriegesellschaftliche Strukturmuster hinein- und wieder herausbewegen.

Überdies weisen die neuesten Befunde auf schnelle Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Dies bestätigt den Eindruck, daß sich die Komponenten der Sozialstruktur, die hochgradig Handlungsgefüge darstellen, also etwa Bevölkerungs- oder Familienstrukturen, schneller zu wandeln in der Lage sind als institutionelle oder systembedingte Elemente der Sozialstruktur.

3. Bildung

Die Ausdifferenzierung der Bildung aus Familie und Arbeitssphäre sowie das Wachstum und die Auffächerung des so entstandenen Bildungssystems in immer mehr spezialisierte und sich gegenseitig ergänzende Einrichtungen kann als Musterbeispiel funktionaler Ausdifferenzierung in Industriegesellschaften gelten. Bildung und die dementsprechenden Dienstleistungstätigkeiten werden im typischen Entwicklungsgang von Industriegesellschaften schließlich so dominant, daß diese von einigen Theoretikern (*D. Bell, A. Touraine*) eigens als „postindustrielle Gesellschaften“ bezeichnet werden.

Nach diesem Muster verlief auch die sozialstrukturelle Entwicklung Westdeutschlands im Bildungsbereich seit den sechziger Jahren: Noch im Jahre 1960 war in Westdeutschland Hauptschulbildung „normal“, der Besuch weiterführender Schulen und Universitäten demgegenüber eher außergewöhnlich: Volle 70 Prozent der 13jährigen gingen 1960 zur Hauptschule. Nur 11 Prozent bzw. 15 Prozent gelangten auf Realschule bzw. Gymnasium. Dagegen besuchten 1990 erstmals in der deutschen Geschichte ebenso viele 13jährige das Gymnasium wie die Hauptschule (je 31 Prozent). 26 Prozent gingen in die Realschule, sieben Prozent in Integrierte Gesamtschulen⁹.

Diese enorme Bildungsexpansion erlebten auch die meisten anderen entwickelten Industriegesellschaften. Sie verlief in Westdeutschland jedoch vergleichsweise spät und heftig. Deshalb sind die Generationenunterschiede im Bereich der Bildung hierzulande besonders kraß. In der jüngeren Generation gibt es heute keine „normale“ Bildung mehr. Die Sozialstruktur hat sich in zahlreiche Bildungsstufen und Gruppierungen aufgefächert.

Eindeutige Gewinner der Bildungsexpansion in Westdeutschland sind die Frauen. Ganz anders als

⁹ Vgl. Stat. Bundesamt (Anm. 4), S. 64.

noch in den sechziger Jahren haben sie im allgemeinbildenden Schulwesen die Männer eingeholt und sogar überholt. In der Berufsausbildung haben sie zumindest aufgeholt.

Abweichend von anderen Bereichen der Sozialstruktur war das Bildungswesen in der DDR ähnlich gut ausgebaut wie im Westen. Trotz völlig anderer Bildungsorganisation wiesen auch die sozialstrukturellen Unterschiede der Bildungsniveaus und Bildungschancen keine fundamentalen Unterschiede zu Westdeutschland auf.

4. Erwerbsarbeit

Als typisch für Industriegesellschaften gilt die jahrzehntelange, ganztägige, kollektiv geregelte und beruflich spezialisierte Erwerbsarbeit vor allem der Männer. Sie findet überwiegend in funktional differenzierten, hierarchisch organisierten Großbetrieben statt. Der Produktionsbereich dominiert und hat den Agrarsektor weit zurückgedrängt. Erwerbsarbeit ist zeitlich, örtlich, organisatorisch streng geschieden von der Privatsphäre und vom öffentlichen Leben. Gleichwohl prägt die Art der Erwerbsarbeit Lebensbedingungen, Einstellungen, Selbstbilder und Lebenswege der Menschen. Sie wirkt somit weit in das private und öffentliche Leben hinein. Industriegesellschaften sind „Arbeitsgesellschaften“.

Der Blick auf den sozialen Wandel in Westdeutschland zeigt, daß wir uns in mancher Hinsicht von diesem Modell entfernen, das im großen und ganzen noch in den sechziger Jahren die Wirklichkeit traf. Zwar stieg die „Erwerbsquote“, d. h. der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, leicht an (von 46,2 Prozent im Jahre 1950 auf 49,6 Prozent im Jahre 1990)¹⁰. Aber dies war – im Gegensatz zu dem Muster einer herkömmlichen Industriegesellschaft – auf die Altersstruktur der Bevölkerung und auf die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen zurückzuführen. 1970 standen erst 30,2 Prozent, 1990 schon 39,2 Prozent aller Frauen im Beruf. 1970 war erst ein gutes Drittel, 1990 schon fast die Hälfte aller verheirateten Frauen erwerbstätig. Von den mehr als eine Mio. neuen Arbeitsplätzen, die von 1983 bis Ende der achtziger Jahre in Westdeutschland neu geschaffen wurden, kamen zwei Drittel Frauen zugute.

Auch die drastische Verringerung der Jahresarbeitszeit (1960: 2080 Stunden, 1990: 1573 Stunden) paßt nicht ins Bild einer herkömmlichen Industriegesellschaft. Zusammen mit dem späteren Eintritt in den und dem früheren Ausscheiden aus dem Beruf hat sie dazu geführt, daß Erwerbstätige derzeit kaum noch ein Zehntel ihrer Lebenszeit mit Erwerbsarbeit verbringen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts arbeiteten die Berufstätigen noch etwa ein Viertel ihrer gesamten Lebenszeit. An dieses Schrumpfen der Arbeitszeit knüpfen sich

weitreichende Interpretationen: Die Berufsposition scheint nicht mehr unbestritten das Zentrum sozialer Identität zu sein. Freizeit und Kontaktnetze treten als gesellschaftliche Verankerungen hinzu. Arbeitsbedingt ähnliche Lebensweisen großer Gruppen (z. B. der „Arbeiterschaft“) gehen zurück. Die „Pluralisierung der Lebensstile“ dringt vor. Umfassende Thesen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ werden mit der Arbeitszeitverkürzung in Verbindung gebracht¹¹.

Auch wenn man dergleichen kühnen Deutungen nicht ganz folgt, ist unbestreitbar, daß die Starrheit kollektiver Regelungen an vielen Stellen aufweicht: Arbeitszeiten werden flexibler. Jede sechste Erwerbsperson ist mittlerweile teilzeitbeschäftigt. Beschäftigungsverhältnisse werden rechtlich vielgestaltiger. Die ehemals unverrückbar erscheinende Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben verschwimmt durch zunehmende Eigenarbeit, Schwarzarbeit und alternative Arbeitsformen. Erwerbsbiographien verlaufen immer unstetiger.

Schließlich ist auch die Spezialisierung von Berufen, sowohl von Berufsfähigkeiten (Ausbildung) als auch von Berufstätigkeiten, an vielen Stellen rückläufig. Mögen auch Buchtitel wie „Das Ende der Arbeitsteilung“¹² voreilig gewählt sein, so haben doch insbesondere die neuen Informationstechnologien nach Jahrzehnten typisch industriegesellschaftlicher Arbeitsteilung sowohl das Fähigkeits- als auch das Tätigkeitsprofil vieler Arbeiter wieder breiter werden lassen.

Von der „Normalität“ der Erwerbstätigkeit kann auch angesichts der Arbeitslosigkeit keine Rede mehr sein. Die unstete Geburtenentwicklung hat zusammen mit der schubweisen Durchsetzung neuer Technologien dazu geführt, daß seit Mitte der siebziger Jahre Massenarbeitslosigkeit anhält (Arbeitslosenquoten: 1975 4,7 Prozent, 1980 3,8 Prozent, 1985 9,3 Prozent, 1990 7,2 Prozent) und viele Menschen an „normaler“ Existenzsicherung und Identität hindert.

Am deutlichsten zeigte sich der soziale Wandel weg von einer herkömmlichen Industriegesellschaft in Verschiebungen der Wirtschaftssektoren und der Berufsstruktur. Heute arbeitet deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten (1990: 55,8 Prozent; 1970 42,7 Prozent; 1950 33,4 Prozent) in Unternehmen des Dienstleistungssektors. Nur hier, nicht im Produktions- und erst recht nicht im Agrarsektor, hat sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt. Dementsprechend übersteigt seit 1987 die Zahl der Angestell-

11 Vgl. Bernd Guggenberger, Freizeitgesellschaft – Ohne Freizeit und Zeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Umbrüche in der Industriegesellschaft, Bonn 1990, S. 199 ff.

12 Vgl. Horst Kern/Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung, Frankfurt/M. 1984.

ten die der Arbeiter. Betrachtet man die konkret ausgeführten Berufstätigkeiten, so führen heute gar schon vier Fünftel aller Erwerbstätigen Dienstleistungen aus¹³. Westdeutschland ist eine Dienstleistungsgesellschaft geworden. Bezeichnenderweise wird es immer wichtiger, innerhalb des Dienstleistungssektors zu differenzieren: Vor allem die Dienstleistungen an Menschen (Lehren, Heilen, Pflegen, Beraten, Unterstützen) nehmen stark zu, während mit Sachdienstleistungen (Verwalten, Registrieren etc.) zunehmend weniger Menschen beschäftigt sind.

Demgegenüber bot die DDR zum Zeitpunkt der Vereinigung das Bild einer herkömmlichen Industriegesellschaft, wie Westdeutschland in den sechziger Jahren: Der Produktionsbereich und die Arbeiterschaft dominierten; die Arbeitszeiten zählten zu den längsten in ganz Europa (wie effektiv diese Arbeit war, ist eine andere Frage); Arbeitszeiten und Beschäftigungsverhältnisse waren durchweg kollektiv geregelt; Erwerbsbiographien waren stetig, normalerweise lebenslang gesichert; formelle Arbeitslosigkeit war unbekannt.

Freilich gab es eine wichtige Ausnahme: Die Regierung der DDR hatte in den siebziger Jahren energisch die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit betrieben, um die Verluste an Arbeitskraft auszugleichen. Die ca. 82prozentige Erwerbsquote von Frauen im erwerbsfähigen Alter paßt schon in das Bild fortgeschrittener, „postindustrieller“ Dienstleistungsgesellschaften wie Schweden oder USA.

5. Soziale Ungleichheit

Die wichtigsten sozialen Ungleichheiten, d. h. die gesellschaftlich bedingten, verfestigten, von individuellen Personen weitgehend unabhängigen (un)vorteilhaften Lebensbedingungen (Einkommen, Qualifikation, Prestige, Macht etc.) und Lebensweisen (Leistungsmotivation, Sprachstile, Erziehungsstile etc.), entstehen in modernen Industriegesellschaften typischerweise im Bereich der Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit. Der Weg zu besseren oder schlechteren Lebensbedingungen und Lebensweisen führt für den einzelnen und seine Familienangehörigen in erster Linie über individuelle Erwerbstätigkeit (und über die hierfür nötige Vorbildung) und erst in zweiter Linie über die Herkunft oder über ererbten Besitz, wie in vorindustriellen Gesellschaften. Es existiert also eine kausale Verknüpfung und strukturelle Deckungsgleichheit zwischen:

- der jeweiligen Position in der Berufshierarchie,
- dem jeweiligen Status in einem vertikalen Gefüge beruflich vermittelter Ressourcen, d. h. im Klassen- oder Schichtgefüge, das Einkommen/Vermögen, Bildung, Prestige und Macht als wichtigste Dimensionen enthält,

- der jeweiligen klassen- und schichtspezifischen Lebensweise (Mentalitäten, Sprachstile, Sozialisationsstile),
- den jeweiligen politischen Interessen (primär am eigenen Einkommens-, Prestigestatus etc.), beruhend auf einer weitgehend materialistischen und utilitaristischen Massenkultur.

Dieses Modell eines berufsnahen, vertikalen, im psychologischen Sinne deterministischen Ungleichheitsgefüges kam in den sechziger und siebziger Jahren der tatsächlichen Ungleichheitsstruktur Westdeutschlands offenbar sehr nahe. Von der Familienstruktur, den Sozialisationsprozessen, dem Erziehungsstil und dem Sprachcode bis hin zum Kirchenbesuch, der Kriminalität und der Wahlentscheidung erschien nahezu alles geprägt von der Klassen- und Schichtstruktur. Und diese schien in hohem Maße das Ergebnis ökonomischer Markt- und Machtverhältnisse, und nicht etwa wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung oder sozio-kultureller Entstehungsgründe.

Heute existiert diese „klassische“ Ungleichheitsstruktur nach wie vor. Immer noch bildet die Berufshierarchie eine tragende Säule im Ungleichheitsgefüge, auf der Einkommensabstufungen, Prestigegrade, Wohn- und Arbeitsbedingungen und viele Ungleichheiten mehr wesentlich beruhen.

Aber seit den siebziger Jahren sind zusätzliche *Dimensionen* der Ungleichheit in den Vordergrund getreten, die (wie Umweltbedingungen, die Versorgung mit Infrastruktur, soziale Sicherheit oder Vorurteile von/über Mitmenschen) nur bedingt mit ökonomischen Ursachen und beruflichen Stellungen, dafür um so mehr mit dem Wohlfahrtsstaat und sozio-kulturellen Faktoren zu tun haben.

Seit den siebziger Jahren sind neben dem Beruf auch weitere *Determinanten* sozialer Ungleichheit wichtig geworden, wie das Geschlecht, die Nationalität, das Alter und die Wohnregion. Sie stellen bestimmte soziale Gruppen (wie Frauen oder Ausländer) teils abhängig, teils unabhängig vom jeweiligen Beruf schlechter als z. B. Männer bzw. Deutsche. Wer in den achtziger Jahren einen Wahlkampf mit dem Thema der („objektiv“ anhaltenden) Ungleichheit zwischen Arbeitern und Angestellten oder der (wachsenden) Ungleichheit zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen führte, stieß auf mäßiges Interesse. Wer Wahlkampf mit der Ungleichheit zwischen Mann und Frau oder zwischen Deutschen und Ausländern führte, hatte volle Säle. Die meisten dieser sog. „neuen“ Dimensionen und Determinanten sozialer Ungleichheit (z. B. das Geschlecht) sind keineswegs tatsächlich neu, wohl aber neu in der sozialen und politischen Bedeutung, die ihnen heute zukommt.

Weiterhin sind seit den siebziger Jahren insbesondere im Mittelstand komplizierte *Gefüge* sozialer Ungleichheit zutage getreten. Sie verlaufen nicht

13 Vgl. Stat. Bundesamt (Anm. 4), S. 98.

statuskonsistent, sondern sind durch das Nebeneinander relativer Vor- und Nachteile gekennzeichnet. Sie bilden also kein durchgehend vertikales Oben und Unten von Klassen oder Schichten. Diese „sozialen Lagen“ werden insbesondere dann sichtbar, wenn zusätzliche, berufsferne Dimensionen sozialer Ungleichheit (wie Freizeit, Sicherheit, Wohnen und Infrastruktur) Berücksichtigung finden.

In den letzten beiden Jahrzehnten schälte sich in Westdeutschland immer mehr eine neue *Gesamtstruktur sozialer Ungleichheit* heraus. Kennzeichnend ist nicht mehr – wie in der frühkapitalistischen Industriegesellschaft – der Gegensatz zwischen einem großen, verelendeten „Proletariat“ und einer kleinen, aber mächtigen Bourgeoisie. Charakteristisch ist auch nicht mehr das industrie-gesellschaftliche Gefälle zwischen einer großen, benachteiligten Arbeiterunter-schicht und einer großen „Mittelschicht“ von Angestellten, Beamten und „kleinen“ Selbständigen. Strukturtypisch sind vielmehr einerseits die *Vorteile des Mittelstandes*, der die große Bevölkerungsmehrheit umfaßt, insgesamt recht gutgestellt lebt, aber, wie gesagt, sehr unterschiedliche Kombinationen von Vor- und Nachteilen aufweist, und andererseits die Anhäufungen von *Nachteilen sehr unterschiedlicher Rand- und Problemgruppen*. Diese stehen durchweg außerhalb des Erwerbslebens.

Die meisten dieser Gruppen wachsen, wobei viele Menschen mehreren Gruppen zugleich angehören:

- Arme (Wenn der als arm gilt, der weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens gleicher Haushalte verdient, so sind derzeit 11 Prozent der Bevölkerung arm, was eine Verdoppelung seit Mitte der siebziger Jahre bedeutet.)
- Asylbewerber (Im Jahre 1991 wurden 256 100 Asylanträge gestellt.)
- Ausländische Arbeiter und ihre Familien (Die derzeit etwa drei Millionen haben die deutsche Arbeiterschaft in allen Ungleichheitsdimensionen „unterschichtet“.)
- Langzeitarbeitslose (1990 waren in Westdeutschland 513 000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos.)
- Obdachlose (Derzeit leben etwa eine Million Menschen in Notunterkünften.)
- Stadtreicher (etwa 100 000)
- (ca. 400 000) Rentner(innen), die im Gegensatz zur allgemeinen Wohlstandssteigerung der Rentner(innen) nach wie vor mit Einkünften unterhalb des Sozialhilfeniveaus leben müssen.

Bei der Interpretation dieser neuen Gesamtstruktur ist zu bedenken, daß sich mit ihrer Herausbil-

dung für die Bevölkerungsmehrheit das Niveau des Wohlstands und der Lebensbedingungen drastisch erhöht hat. In Preisen von 1980 hatte im Jahre 1950 jeder Bewohner der Bundesrepublik einen Nettorealverdienst von ca. 6 140,00 DM. 1987 verdiente er ca. 21 143,00 DM. Das reale Bruttosozialprodukt hat in der gleichen Zeit noch stärker, um das Vierfache, zugenommen. Es belief sich 1950 auf ca. 6 820,00 DM, 1987 auf ca. 26 900,00 DM pro Einwohner¹⁴.

Nicht die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“, die Helmut Schelsky in der Nachkriegszeit kommen sah, hat sich also ergeben, sondern die „pluraldifferenzierte und sozialstaatlich fundierte Wohlstandsgesellschaft“¹⁵ – freilich mit benachteiligten Problemgruppen.

Deren Situation ist eher schlechter als die des Industrie-proletariats Ende des 19. Jahrhunderts. Dieses war groß, vergleichsweise homogen und mächtig: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“. Die heutigen Problemgruppen sind kleiner; sie zerfallen in ganz unterschiedliche Gruppierungen; und sie sind schwach, weil sie außerhalb des Wirtschaftslebens stehen und nicht mit Leistungsverweigerung drohen können.

Schließlich hat sich das Ungleichheitsgefüge Westdeutschlands von dem einer „typischen Industriegesellschaft“ auch in der Hinsicht entfernt, als klassen- und schichtspezifische Lebensweisen zerfasern. Viele empirische Befunde weisen auf eine *Pluralisierung von Milieus und Lebensstilen* hin. Pluralisierung heißt hierbei dreierlei: Das Gesamtspektrum wird erstens breiter, zweitens in sich vielgestaltiger, drittens unabhängiger von Beruf, Klasse, Schicht und – damit zusammenhängend – von Einkommenshöhe, Bildungsgrad und Prestige-status.

Zwar haben unter den äußeren Lebensbedingungen auch heute (noch?) der Bildungsgrad, das Alter und die Familienverhältnisse Einfluß auf Milieuzugehörigkeit und Lebensstil¹⁶, aber diese Einwirkungskräfte sind eher schwach. Auch unter Menschen gleicher Bildung, gleichen Alters und/oder gleicher familiärer Lebensform, erst recht gleicher Klasse und Schicht, finden wir sehr unterschiedliche Lebenszuschnitte. Gesteigerter Wohlstand, kleinere Familien, mehr Bildung und Informationen, schwächere Alltagsnormen, bessere soziale Sicherheit und wohlfahrtsstaatliche Ausstattung haben es vielen Menschen ermöglicht, ihr

14 Vgl. Wolfgang Glatzer und Richard Hauser, Von der Überwindung der Not zur Wohlstandsgesellschaft, in: Norbert Blüm und Hans F. Zacher (Hrsg.), 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 751f.

15 Karl Martin Bolte, Strukturtypen sozialer Ungleichheit, in: P. A. Berger/S. Hradil (Anm. 2), S. 45.

16 Vgl. Peter Gluchowski, Freizeit und Lebensstile, Erkrath 1988, S. 89ff.; Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt 1992.

Leben mehr oder minder nach eigenen Präferenzen auszurichten¹⁷.

Seit den achtziger Jahren wurde in einer Vielzahl von Studien das Gesamtspektrum und die innere Differenzierung von Wertgruppierungen, sozialen Milieus, Lebensstilen, Lebensführungen und sozialen Bewegungen erforscht. Schon die Vielfalt der verwendeten Begriffe ist bezeichnend dafür, daß die Lebensweise vieler Menschen sich heute nicht mehr als eindimensionaler Abdruck grober „Gußformen“ (H. Esser) industriegesellschaftlicher Arbeits- und Lebensbedingungen darstellen läßt. Vielmehr treten die allgemeinen Vorstellungen vom Wünschenswerten (Werte), die Wahrnehmung und Nutzung der Umwelt (Milieu), die alltäglichen Verhaltensmuster (Lebensstil) und biographischen Prinzipien der Lebensgestaltung (Lebensführung) und politischen Bestrebungen (soziale Bewegung) nicht selten auseinander. Menschen gehören diesbezüglich unterschiedlichen, oftmals recht kleinen Gruppierungen an.

Einige Befunde als Beispiele: Die Forschergruppe um Helmut Klages unterteilt die Gesamtbevölkerung in acht Gruppen mit unterschiedlichen Werthaltungen und -kombinationen zwischen den Polen „alter“ Pflicht- und „neuer“ Entfaltungswerte: die Konservativen (13 Prozent), die konservativen Hedonisten (11 Prozent), die integrierten Staatsbürger (10 Prozent), die Pluralisten (20 Prozent), die Resignierten (10,5 Prozent), die hedonistischen Materialisten (6,5 Prozent), die progressiven Idealisten (13 Prozent) und die Anhänger des New Age (11 Prozent)¹⁸.

In der Konsum-, Wahl- und Jugendforschung eingesetzt und besonders bekannt wurde die Typologie sozialer Milieus des SINUS-Instituts: Konservativ gehobenes Milieu (9 Prozent), technokratisch-liberales (10 Prozent), alternatives (3 Prozent), kleinbürgerliches (26 Prozent), aufstiegsorientiertes (24 Prozent), hedonistisches (10 Prozent), traditionelles Arbeiter- (9 Prozent) und traditionsloses Arbeitermilieu (10 Prozent).

Um die Kleinräumigkeit sozio-kultureller Differenzierung deutlich zu machen, sei schließlich ein, freilich extremes, Beispiel von Lebensstilvielfalt in Berlin-Schöneberg angeführt¹⁹: „Homosexuelle Subkultur“, „das gutbürgerliche Schöneberg“, „die Drogenszene“, „die Punks“, „die erste New-Wave-Generation“, „die links-alternative Szene“, „die Alternativszene“, „die sogenannten neuen

Mittelschichten“, „Altlinke“, „die intellektuelle Szene, die Aufstandskultur, der ästhetische Flügel der No-future-Generation“, „Söhne und Töchter des exekutiven Kleinbürgertums, die hier Gelegenheit hatten, den Bruch mit ihrem Herkunftsmilieu zu leben und zu zelebrieren“, „existentiell radikalisierte Spätjugendliche“, „die Nischen der Kulturszene“, „der Lebensstil des neu-existentialistischen Post-Punk“, „das Bewegungsmilieu“, „die Widerstandskultur“, „der aufgestylte Schicki-Micki aus dem City-Bereich“, „das proletarische Milieu“, „die jüngeren, an Lebensstilen orientierten Gruppen“ usw.

Die gezeigte Pluralisierung von Werten, Milieus, Lebensstilen etc. hat enorme praktische Auswirkungen. Vieles spricht dafür, daß die Zugehörigkeit zu dergleichen „subjektiven“ Gruppierungen immer mehr – und die zu „objektiven“ Berufsgruppen, Klassen und Schichten immer weniger – zur Quelle des Alltagshandelns geworden ist. Wer wissen will, wo in der westdeutschen Gesellschaft und wieso gerade da bestimmte Erziehungsstile, Sprachgewohnheiten, Konsumstile, Wahlentscheidungen, Partizipationsformen, Kontaktkreise, Statussymbole u. v. a. m. zu finden sind, muß sich zunehmend um sozio-kulturelle Differenzierungslinien kümmern. Dort findet immer öfter Vergesellschaftung statt, dort wachsen immer wichtigere Stätten der Identitätsbildung heran, dort wird Zugehörigkeit empfunden und Abgrenzung betrieben.

Die Pluralisierung von Lebensweisen und Gruppenzugehörigkeiten prägt nicht zuletzt auch die alltagsweltliche Bedeutung sozialer Ungleichheit. Auch „objektiv“ gleiche Ressourcenausstattung und Lebensbedingungen können heute, je nach Werthaltungen, Milieuzugehörigkeit, Lebensstil etc. der Menschen, sehr unterschiedliche bzw. ungleiche Auswirkungen haben. 2000 DM Monats-einkommen pro Kopf bedeuten im „aufstiegsorientierten“ und im „alternativen“ Milieu nicht das gleiche. Damit entfällt heute viel von der Durchschlagskraft bis in den Alltag, die der Klassen- und Schichtzugehörigkeit einst zukam.

Diese Ungleichheitsstruktur Westdeutschlands, die seit den späten sechziger Jahren

- um zusätzliche Ansprüche und Dimensionen *erweitert* ist,
- durch politisch brisante „neue“ Ungleichheiten, durch Statusinkonsistenzen innerhalb mittlerer Statusgruppen, sowie durch benachteiligte Rand- und Problemgruppen *komplizierter* geworden ist, und
- durch die Pluralisierung von Lebensformen, Milieus und Lebensstilen *alltagsweltlich überformt* worden ist und so teils unkenntlich, teils verschärft, teils nur ausdifferenziert zutage tritt,

17 Vgl. Hartmut Lüdtke, *Expressive Ungleichheit*, Opladen 1989, S. 124.

18 Vgl. Willi Herbert, Wertwandel in den 80er Jahren. Entwicklung eines neuen Wertmusters, in: Heinz Otto Luthe/Heiner Meulemann (Hrsg.), *Wertwandel – Faktum oder Fiktion*, Frankfurt/M. 1988, S. 140–160.

19 Vgl. Helmut Berking und Sighard Neckel, Die Politik der Lebensstile. Zu einigen Formen nachtraditionaler Vergemeinschaftung in einem Berliner Bezirk, in: P. A. Berger/ S. Hradil (Anm. 2), S. 481–500.

wurde durch die Wiedervereinigung mit der Ungleichheitsstruktur der DDR konfrontiert. Diese wirkt, obwohl weitgehend verschwunden, bis heute kräftig nach – um so mehr, als sie große Unterschiede zur westdeutschen aufwies. Bildungsungleichheiten waren ähnlich, Machtungleichheit und Rentnerarmut krasser, Einkommensungleichheiten nivellierter als im Westen²⁰. Während in Westdeutschland – trotz Anwachsens des differenzierten Mittelstandes – die Zunahme von Armut und Randgruppen einerseits, von Reichtum andererseits, also zu viel finanzielle Ungleichheit zum Problem wurde, hatte die DDR zu wenig Einkommensungleichheit, um z. B. für Führungspositionen zu motivieren. Auch die Subventionierung vieler Alltagsgüter und die mangelnde Verfügbarkeit von Gütern wirkten nivellierend.

Dabei war der Zugang zu Gütern durchaus ungleich verteilt. Die Wirtschaft der DDR war ja im Grunde keine Plan-, sondern eine Beziehungswirtschaft, in der Machtpositionen und Kontakte zählten. Dies schuf bei der Güterbeschaffung sehr spezifische Ungleichheiten im Mikrobereich, aber, von den immensen Vorteilen der mächtigen Nomenklatura einmal abgesehen, kaum eine auffällige soziale Schichtung im Makrobereich.

Insgesamt war das Ungleichheitsgefüge der DDR also nicht in jeder Hinsicht geringer als im Westen. Aber es war, berücksichtigt man den alltagsweltlichen Normalitätsdruck im „Land der kleinen Leute“, den geringeren Wohlstand und die verpönte Zurschaustellung, *noch* wenig sichtbar. Dies ändert sich gerade. In Westdeutschland dagegen ist die Ungleichheitsstruktur, abgesehen von blanker Armut, infolge eines allgemein hohen Wohlstandsniveaus und infolge der Vielfalt der Lebensstile und Lebensführungen *schon wieder* wenig sichtbar geworden.

6. Fazit

Sieht man die skizzierten Sozialstrukturbereiche der Bevölkerungsweise, der Familie, der Erwerbstätigkeit, der Bildung und der sozialen Ungleichheit im Überblick, so wird deutlich, daß der soziale Wandel in Westdeutschland an zahlreichen Stellen weg von den „Normalzuständen“ und von der rein funktionalen Differenzierung typischer Industriegesellschaften und hinein in weitreichender pluralisierte Strukturen führte. Ob es sich dabei um Familienformen, Lebensstile oder Beschäftigungsformen handelt – häufig kamen diese pluralen Gefüge und die Zugehörigkeit zu ihnen aufgrund individueller Vorlieben und Problemlösungen zustande und nicht aufgrund gesamtgesellschaftlicher Funktionszusammenhänge.

Damit hatte sich zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung die Sozialstruktur der Bundesrepublik

von der der DDR weit entfernt. Denn diese war nach wie vor dem industriegesellschaftlichen „Code“ (s.o.) entsprechend gebaut, in mancher Hinsicht sogar noch weitergehender als viele „typische Industriegesellschaften“: Die Sozialstruktur der DDR war zwar zum Teil unterspezialisiert, aber extrem standardisiert, synchronisiert, konzentriert, maximiert und zentralisiert. Dies zeigte sich u. a. in der Dominanz und Hochschätzung der „Normalfamilie“, in langen und starren Arbeitszeiten, in der norm(alitäts)orientierten Mentalität und Alltagskultur etc.

Im Westen entwickelte sich dagegen die Entstandardisierung, die De-Institutionalisierung, die De-Zentralisierung und die Verkleinerung von sozialen Gebilden. Dies geschah vor allem auf jener Ebene der Sozialstruktur, die dem Einwirken der Menschen unmittelbar zugänglich ist, in den Handlungsgeflechten der Bevölkerungsweise, der Haushalte, der Arbeitszeitwahl, der Lebensstile, bei der Bildung von Selbsthilfegruppen etc. Diese Pluralisierungstendenzen gingen über funktionale Spezialisierungen teils hinaus (Lebensstile), teils machten sie diese rückgängig und mündeten in anderen Differenzierungen (Geschlechtsrollen im Haushalt). Im Grunde gefährdete jedoch die sozialstrukturelle Pluralisierung den harten Kern funktionaler Differenzierung nicht. Denn von der individuell geprägten Pluralisierung der Sozialstruktur finden wir sehr viel weniger auf der organisatorischen Ebene (z. B. im Bildungswesen) und auf der Ebene von Systembedingungen²¹. Hier dominiert nach wie vor die funktionale Differenzierung von Institutionen und deren Verflechtung.

Es erscheint derzeit leichter, in Westdeutschland bestimmte Entwicklungen *weg* von bestimmten industriegesellschaftlichen Strukturprinzipien zu erkennen, als zu (er)messen, auf welche Strukturen *hin* sich dieser soziale Wandel zubewegt. Hierfür fehlt bislang eine „Meßlatte“ von der Genauigkeit des Konzepts der Industriegesellschaft.

Legt man die „längere“ der eingangs formulierten „Meßlatte“ – die Prinzipien der Modernisierung – an die genannten Tendenzen sozialstruktureller Pluralisierung in Westdeutschland an, so wird deutlich, daß sie durchweg Modernisierungen, und zwar sehr radikale Modernisierungen, darstellen. Wie anders als individuelle Optionsmehrungen und als individuelle, zweckrationale Lösungen lassen sich verringerte Kinderzahlen, „maßgeschneiderte“ Lebensformen, flexibilisierte Arbeitszeiten und pluralisierte Lebensstile interpretieren?

Im Hinblick auf die Sozialstruktur Ostdeutschlands stellen sich unter anderem die folgenden Fragen:

21 Vgl. Stefan Hradil, Epochaler Umbruch oder ganz normaler Wandel? Wie weit reichen die neueren Veränderungen der Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Anm. 11), S. 73–100.

20 Vgl. dazu den Beitrag von Rainer Geißler in diesem Heft.

1. Wenn Westdeutschland Modernisierungsvorsprünge gegenüber Ostdeutschland aufweist, stellen diese Vorsprünge eine neue Stufe der Modernisierung dar?
2. Betrieb man in der DDR, die offenkundig auch eine Gesellschaft auf dem Modernisierungspfad war, eine andere, evtl. weniger erfolgreiche Art der Modernisierung?
3. Läßt sich aus dieser Konfrontation Gewinn für die gegenwärtige Diskussion um die gesellschaftliche Modernisierung ziehen?

III. Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung

Erstens: Die Sozialstruktur Westdeutschlands ist, wie die vieler anderer fortgeschrittener Gesellschaften, wesentlich weiter und in anderen Bereichen über die Strukturen einer herkömmlichen Industriegesellschaft hinausgewachsen, als *Daniel Bell* und *Alain Touraine*, die wichtigsten Theoretiker der „Postindustriellen Gesellschaft“, diagnostizierten. Diese – eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft²² – stellt lediglich ein Anwachsen und eine Ausdifferenzierung von Institutionen des Bildungs- und Wirtschaftssystems dar. Westdeutschland hat, wie andere fortgeschrittene Gesellschaften, Strukturveränderungen auch in anderen Bereichen hervorgebracht.

Es war der sozio-kulturelle Bereich, es waren die Werte und Normen, das Denken und Handeln der einzelnen, wo sich in Westdeutschland sozialstrukturell besonders viel veränderte. Dieser Bereich, vom Wertewandel über die Technologiediskussion bis hin zur sozialstrukturell bedeutsamen Pluralisierung von ethnischen und sozio-kulturellen Milieus, Lebensformen, Beschäftigungsverhältnissen, Lebensstilen und neuen sozialen Bewegungen, die oben skizziert wurden, ist es auch, der die weitreichendsten sozialstrukturellen Modernisierungsvorsprünge Westdeutschlands gegenüber der ostdeutschen Sozialstruktur aufweist. Diesen Wandel der Sozialstruktur hin zu „subjektiven“ Freiräumen und Pluralisierungen kann man in der Tat als eine neue Stufe der Modernisierung bezeichnen. Allerdings, da sich an vielen organisatorischen und systemischen Grundzügen der herkömmlichen Industriegesellschaft nichts ändert, sollte diese Stufe vielleicht nur als die einer „entwickelten Industriegesellschaft“ bezeichnet werden.

Zweitens: Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur im sozio-kulturellen und im „subjektiven“

Bereich, der durch die Konfrontation und Vereinigung mit der Sozialstruktur der DDR erst vollends sichtbar wurde, kommt nicht von ungefähr. Er beruht auf einer anderen Modernisierungsstrategie, die sich in Westdeutschland immer mehr in den Vordergrund geschoben hat. Man kann sie „subjektive“ Modernisierung nennen.

Wie Fortschritt und Modernisierung zu realisieren seien, welche Ziel- und Programmplanungen maßgebend sein sollten, war in der Nachkriegszeit primär Sache des Marktes, wurde in den siebziger Jahren auch dem Wohlfahrtsstaat überantwortet und dann seit den achtziger Jahren immer mehr den einzelnen und öffentlichen Diskursen überlassen. Parallel lief der Wandel gesellschaftlicher und politischer Zielsetzungen vom Wohlstandsparadigma über das Wohlfahrtsparadigma zum Lebensweiseparadigma²³. Dieser Wandel beruhte weniger auf überlegener Einsicht als auf schlechten Erfahrungen.

Die schlechten Erfahrungen bezogen sich zum einen paradoxerweise auf die *Erfolge* der Modernisierung: Die Steigerung des Wohlstandes und der individuellen Ressourcen machte erst recht sichtbar, daß Modernisierung zwar erfolgreich diese Mittel mehrte, aber die damit erreichbaren Ziele schwinden und fragwürdig werden ließ. Die „Subjektivierung“ der Modernisierung beruhte zum andern auf schlechten Erfahrungen im Hinblick auf *Modernisierungsmißerfolge*: Vom Verkehrswahnsinn bis hin zur alltäglichen Funktionalisierung des Menschen brachte die Modernisierung so viele negativ bewertete Erscheinungen mit sich, daß weder Markt noch Staat, sondern nur „subjektive“ Kontrolle darüber übrig blieb, welche individuellen Optionen am Platz seien, welche rationalen Mittel zum Erreichen welcher Zwecke einzusetzen seien etc. Diese Subjektivität ersetzte keine Perspektive; sie kalkulierte Scheitern und Irrtum ein; sie erschien aber im Privaten und im Öffentlichen geeignet, vor Schlimmerem zu bewahren; sie setzte dabei viel Kreativität und Initiative frei.

Demgegenüber wurde Modernisierung in Ostdeutschland bis zuletzt „objektiv“ betrieben. Was Fortschritt hieß, wie individuelle Optionen aussehen sollten, welche Mittel zu welchen Zwecken einzusetzen seien, wurde nach „objektiven“ Maßstäben festgesetzt. Diese Art der Modernisierung zielte auf umfassende Funktionalisierung, auf Zweckmäßigkeit und auf Schutz vor Scheitern. Diese Strategie scheiterte gerade deshalb. Sie schadete der Ökonomie, Umwelt und persönlicher Kreativität gleichermaßen.

Drittens: Die deutsche Vereinigung und das Aufeinandertreffen so unterschiedlich (weit) modernisierter Sozialstrukturen hat sicher erst einmal ne-

²² Vgl. Daniel Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek 1979; Alain Touraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1972.

²³ Frei nach: Joachim Raschke, *Politik und Wertewandel in westlichen Demokratien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80, S. 36–45.

gative Auswirkungen: Finanzierungslasten, verschärfte Verteilungskämpfe, Mentalitätsbrüche, das Zurückfallen ins Mittelfeld der europäischen Wohlstandshierarchie, insgesamt eine gewisse „Modernisierungspause“. Freilich gibt es auch Bereiche beschleunigter Modernisierung, vor allem, was die Stellung von Frauen im Erwerbsleben und die Freiräume von Frauen (z. B. bezüglich der Abtreibung) betrifft.

Für den sozialstrukturellen Wandel kann die Modernisierungsverzögerung nach der Wiedervereinigung aber auch positive Auswirkungen haben: Drei sollen abschließend angedeutet werden:

– „Postmoderne“ Lebensstilparadigmata in Westdeutschland, seien sie privat oder öffentlich, die auf der Suche nach Weg und Ziel von der Realität abheben, können durch die Konfrontation mit den sehr handfesten „frühmodernen“ Problemen in Ostdeutschland auf den Boden von eindeutigen Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten zurückfinden. Regression auf der Modernitätsskala kann hilfreiche Denkpausen vermitteln.

– Dieses Moratorium kann auch dazu genutzt werden, Formen „subjektiver“ Modernisierung weiterzuentwickeln und zu konsolidieren. Dies ist nötig, um den „cultural lag“ der herkömmlichen Industriegesellschaft, wo die technische, ökonomische und materielle Entwicklung den sozio-kulturellen Strukturen, dem Denken und dem Handeln der Menschen vorauseilte, dauerhaft in einen „in-

stitutional lag“ zu verwandeln. Dies ist nötig, um dem Bewußtsein möglichst vieler Menschen, um öffentlichen Diskursen, auch und gerade im Hinblick auf die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung, einen Vorsprung vor den institutionellen, materiellen, technischen und ökonomischen Gegebenheiten zu verschaffen. Dies ist nötig, um Modernisierung von einem technologisch und ökonomisch vorwärtsgetriebenen, wie auf einer einspurigen Einbahnstraße selbstlaufenden Prozeß dauerhaft in einen kulturell und reflexiv gesteuerten Prozeß zu verwandeln. Die herkömmliche moderne Industriegesellschaft mit ihrer Ressourcenmehrung, Bildungsexpansion und Perfektionierung der sozialen Sicherung schuf die Möglichkeiten zu solch „subjektiver“ Selbststeuerung; sie lieferte mit Umweltzerstörung, Verkehrsinfarkt, Städtezerstörung, Randgruppen, Datenmißbrauch, neuer Armut etc. aber auch die Anlässe dazu.

– Die „Modernisierungspause“ nach der Wiedervereinigung kann dabei helfen, Modernisierung als Gestaltung des Gewollten zu begreifen, das sehr unterschiedliche Entwicklungsrichtungen und -geschwindigkeiten einschlagen kann. Wir müßten uns dann an diese Bedeutung des Modernisierungsbegriffs gewöhnen, mit dem wir heute noch oft Geradlinigkeit und Alternativlosigkeit verbinden. Das heißt, daß Gesellschaftsmitglieder im Zuge der so verstandenen Modernisierung auch Sozialstruktur und Lebensbedingungen selbst verändern.

Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck

I. Vorbemerkungen

Während vier Jahrzehnten deutscher Teilung haben sich in den Sozialstrukturen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ähnliche, aber auch unterschiedliche Entwicklungen vollzogen¹. In diesem Beitrag geht es in erster Linie um die Unterschiede, denn durch diese entstehen die Probleme bei dem Vorhaben, die beiden deutschen Teilgesellschaften wieder zusammenzuführen.

Ich werde in diesem Beitrag zwei Leitfragen nachgehen:

1. Welche sozialstrukturellen Besonderheiten hatten sich im real existierenden Sozialismus der DDR herausgebildet?
2. Was passiert mit diesen Besonderheiten im Verlauf des „Zusammenwachsens“ der beiden Gesellschaften?

Meine übergreifende These zu den derzeit ablaufenden sozialstrukturellen Transformationen lautet: *Die ostdeutsche Sozialstruktur steht unter Modernisierungsdruck.*

Ich möchte diese These in zwei Schritten konkretisieren. Im ersten Teil werde ich zeigen, daß sich die realsozialistischen Spezifika der ostdeutschen Sozialstruktur (von zwei Ausnahmen abgesehen) als *Modernisierungsdefizite* deuten lassen – als Abweichungen vom Modernisierungsprozeß oder als Modernisierungsrückstände, die Leistungsschwäche zur Folge hatten und schließlich einen wichtigen Ursachenkomplex für den Zusammenbruch des sozialistischen Systems bildeten. Und im zweiten Teil werde ich darlegen, daß sich die ostdeutsche Sozialstruktur unter dem Leitziel der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West aus Gründen der Effizienz nach und nach – in sektoral unterschiedlichem Tempo – an das westdeutsche Muster anpaßt bzw. anpassen wird.

¹ Vgl. Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Opladen 1992.

II. Besonderheiten der ostdeutschen Sozialstruktur: Modernisierungsvorsprünge und Modernisierungsdefizite

In der 40jährigen Geschichte der DDR haben sich zehn Besonderheiten der ostdeutschen Sozialstruktur herausgebildet, acht von ihnen lassen sich als Modernisierungsdefizite und zwei als Modernisierungsvorsprünge deuten.

Ich beginne den Überblick mit den *Modernisierungsvorsprüngen*.

1. Gleichstellungsvorsprung der Frauen

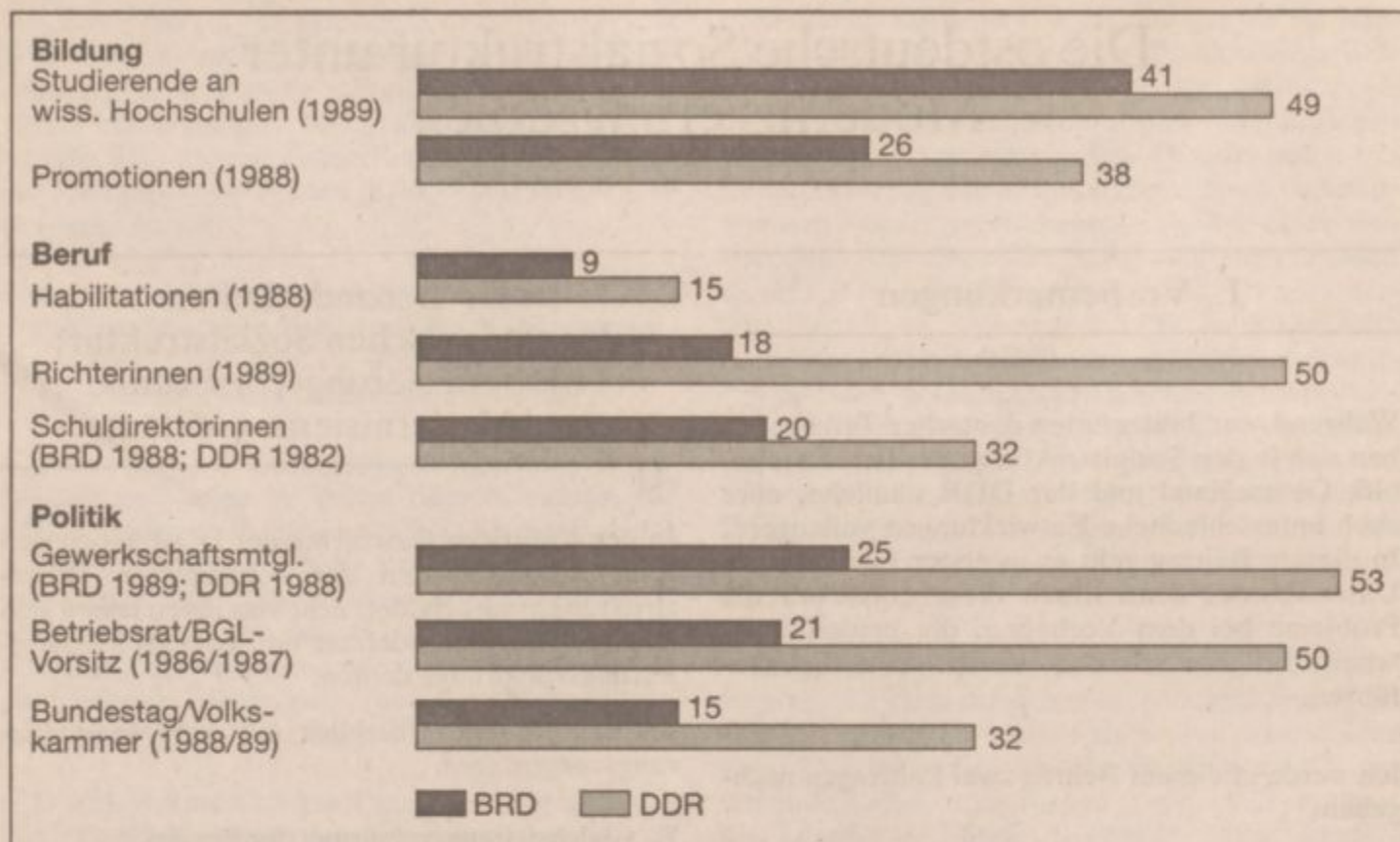
Die von Männern initiierte und kontrollierte „Emanzipation von oben“ hat den ostdeutschen Frauen keine Gleichstellung gebracht, aber in vielen Bereichen einen Gleichstellungsvorsprung, wenn man ihre Soziallage mit derjenigen der westdeutschen Frauen vergleicht. In Abbildung 1 ist eine kleine Auswahl aus einer Fülle von empirischen Indikatoren zusammengestellt, die diesen Sachverhalt belegen²: Frauen in der DDR waren besser qualifiziert, in der oberen Mitte der Berufshierarchie besser vertreten und politisch aktiver sowie in den unteren und mittleren Ebenen der Herrschaftsstruktur stärker präsent. Die sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtern waren in der DDR nicht nur im Bildungssystem, in der Berufswelt und in der Politik weiter abgebaut worden als in der alten Bundesrepublik, sondern auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Familien hatte sich etwas weiter aufgelockert – eine notwendige Voraussetzung für das stärkere Engagement der Frauen in den drei anderen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens.

Um den Stand der Frauenemanzipation im Sozialismus nicht allzusehr durch quantitative Vergleichsdaten zu glorifizieren, sollte man allerdings zum Beispiel auch erwähnen, daß die westdeutsche

² Vgl. Rainer Geißler, *Soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen – Erfolge und Hindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung in den beiden deutschen Gesellschaften*, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen*, 19 (1990), S. 181–196; ders., *Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14–15/91, S. 13–24; ders. (Anm. 1), Kap. 8.

Abb. 1: Gleichstellungsvorsprung der ostdeutschen Frauen

Frauenanteil in verschiedenen Sektoren von Bildung, Beruf und Politik (in Prozent)



Quellen: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1990/91, Bad Honnef 1990, S. 142, 221, 250; Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 1987, Nr. 16, S. 4; Autorenkollektiv (Ltg. Rudi Weidig), Sozialstruktur der DDR, Berlin (Ost) 1988, S. 323; Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik und der DDR; Zweiwochendienst (Frauen und Politik), (1988) 3, S. 5ff.

Frauenbewegung Diskussionen und „emanzipatorische“ Bewußtseinsveränderungen in Gang gesetzt hat – z.B. durch kritische Hinweise auf sprachliche Sexismen oder auf das „Sexualobjekt Frau“ –, die in der DDR in dieser Form nicht stattfanden³.

2. Bessere Versorgung mit beruflichen Grundqualifikationen

Bis in die sechziger Jahre hinein hatte die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands keine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Inzwischen ist der Typ des ungelerten Arbeiters oder Angestellten im Zuge der Herausbildung der „Wissensgesellschaft“ (Daniel Bell) in Ost und West zu einer Minderheit geschrumpft. In der DDR wurde allerdings die bessere Versor-

gung der Bevölkerung mit beruflichen Grundqualifikationen zielstrebig, schneller und erfolgreicher angepackt als in der Bundesrepublik⁴. Abbildung 2 zeigt, daß kurz vor der Wende in der Bundesrepublik noch fast jeder vierte, in der DDR jedoch nur jeder zehnte zu den Ungelernten gehörte⁵.

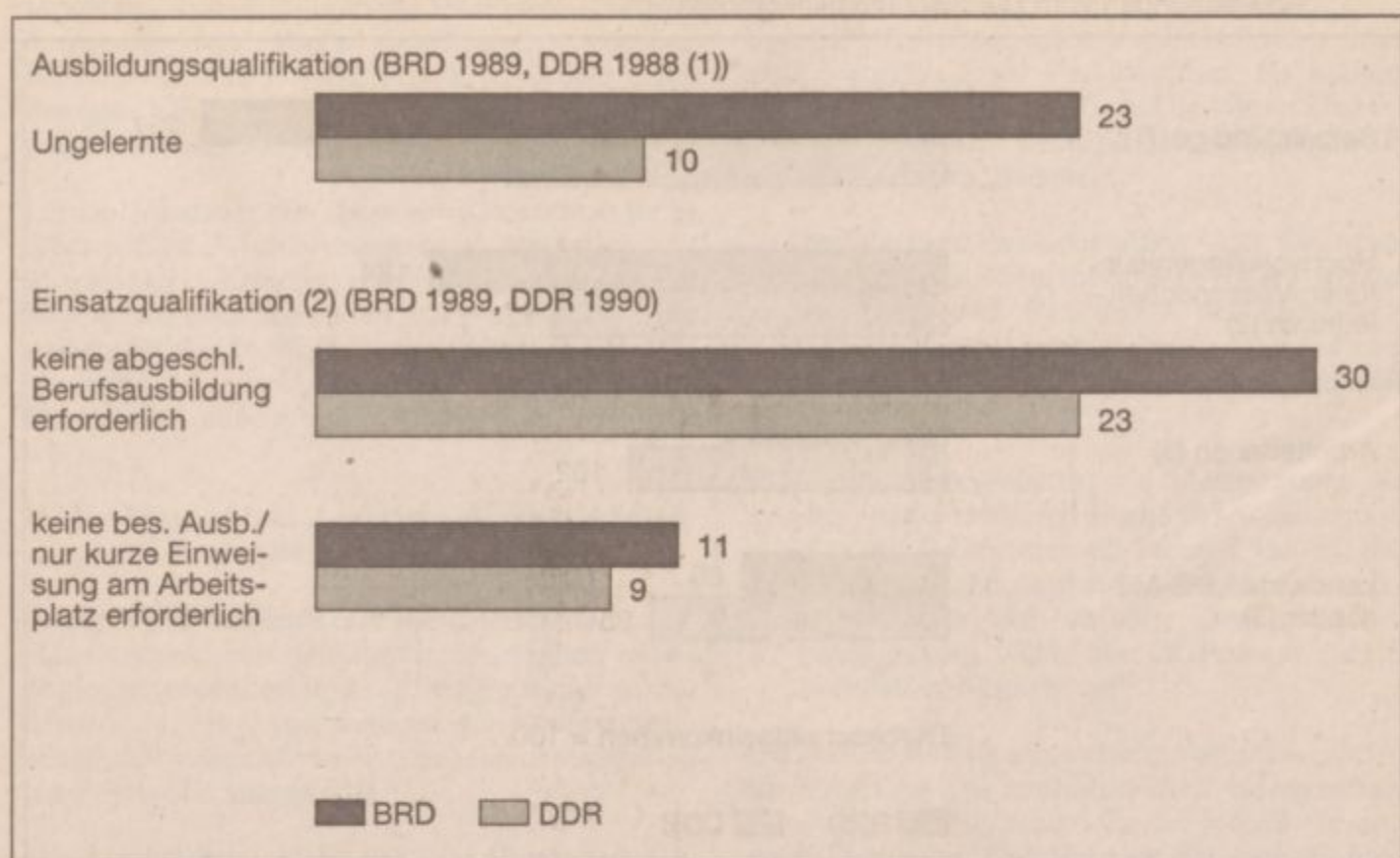
Die Daten in Abbildung 2 machen auch deutlich, daß der Anstieg der Qualifikationsanforderungen in der Berufswelt in beiden Gesellschaften nicht mit der Bildungsexpansion und mit der Anhebung des Ausbildungsniveaus Schritt halten konnte. Viele Erwerbstätige müssen an ihren Arbeitsplätzen unterqualifiziert eingesetzt werden. Aber auch die sog. „Einsatzqualifikationen“, die tatsächli-

3 Erstaunlich ist auch der Befund, daß die Vorbehalte gegenüber Frauen in Männerberufen und in beruflichen Führungspositionen unter der ostdeutschen Bevölkerung – sowohl unter Männern als auch unter Frauen – weiter verbreitet sind als unter der westdeutschen. Vgl. Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.), Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung, o. O. 1992, S. 71, 73, 87.

4 Vgl. im einzelnen Rainer Geißler, Entwicklung der Sozialstruktur und Bildungswesen, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln 1990, S. 100f.

5 Nach dem Sozio-ökonomischen Panel vom Juni 1990 liegt der Anteil der Ungelernten mit 9% noch um einen Prozentpunkt niedriger als nach der offiziellen DDR-Statistik für die Jahre 1988 und 1989.

Abb. 2: Berufliche Grundqualifikation der Erwerbstätigen in BRD und DDR (in Prozent)



(1) Erwerbstätige in der sozialistischen Wirtschaft (ohne PGH)

(2) abhängig Beschäftigte

PGH= Produktionsgenossenschaft des Handwerks

Quellen: Ausbildungsqualifikation – Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik und der DDR.

Einsatzqualifikation – Gert Wagner/Jürgen Schupp, Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR und in Ostdeutschland, in: Projektgruppe (Anm. 7), S. 181 (Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel).

chen Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt, lagen in der DDR im unteren Bereich etwas höher als in der Bundesrepublik.

Mit diesem Vergleich in einem Sektor der Qualifikationsstruktur soll kein Gesamturteil über die Qualität des DDR-Bildungssystems gefällt werden. Der große Umschulungs- und Weiterbildungsbedarf in den neuen Ländern macht nachdrücklich auf „Rückständigkeiten“ in der ostdeutschen Qualifikationsstruktur aufmerksam. Dennoch kann das DDR-Bildungssystem im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen Ostdeutschlands als relativ modern angesehen werden.

Erhebliche *Modernisierungsdefizite* lassen sich dagegen in den folgenden sozialstrukturellen Spezifika Ostdeutschlands diagnostizieren.

3. Leistungsschwäche/Lebensstandarddefizit

Die Fakten zum *West-Ost-Gefälle im Lebensstandard* – die sich öffnende Einkommensschere, die Unterschiede in den Konsumchancen, in der Versorgung mit Wohnungen, Gütern und Dienstleistungen, im Gesundheitszustand und in den Lebenserwartungen – sind inzwischen allgemein bekannt, so daß ich mir hier die Präsentation von

empirischen Einzelheiten erspare⁶. Die *Leistungsschwäche* des sozialistischen Systems, die in diesem Gefälle zum Ausdruck kommt, ist auf einen vielschichtigen Ursachenkomplex zurückzuführen, zu dem auch die folgenden sozialstrukturellen Besonderheiten gehören.

4. Übermäßige Nivellierung vertikaler Ungleichheiten

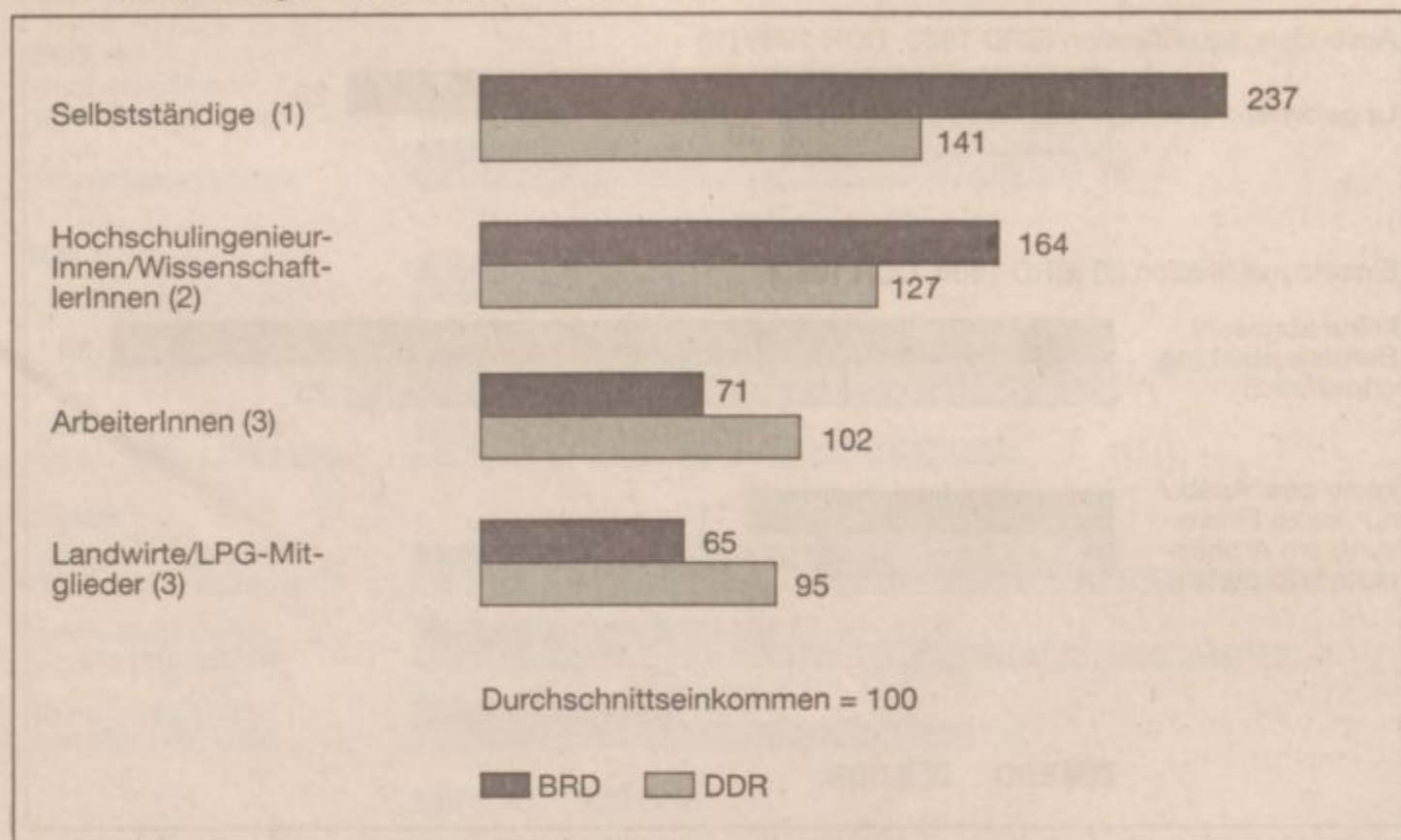
Eine zentrale Ursache liegt in der übermäßigen Nivellierung vertikaler (schichttypischer) Ungleichheiten. Die egalitäre Gesellschaftspolitik der DDR-Führung, die u. a. an dem Prinzip der „Annäherung aller Klassen und Schichten“ orientiert war, hat die Einkommen wichtiger Leistungsträger – hochqualifizierte Berufsgruppen, Selbständige – erheblich näher an den Durchschnitt gedrückt als in der Bundesrepublik (s. Abbildung 3)⁷.

Nutznießer dieser Einebnung waren die ArbeiterInnen und Genossenschaftsbauern. In der DDR

6 Vgl. R. Geißler (Anm. 1), Kap. 3.

7 Vgl. auch Frank Adler, Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR, in: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel, Frankfurt-New York 1991, S. 169; Frank Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie, 1 (1991), S. 163 ff.

Abb. 3: Einkommensnivellierung in der DDR im Vergleich zur BRD (1988)
Abweichungen vom Durchschnittseinkommen



(1) verfügbares Haushaltseinkommen; ohne Landwirte; BRD: ohne Spitzenverdiener (mehr als 25 000 DM/Monat)

(2) Bruttoverdienst

(3) verfügbares Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied

Quellen: Statistisches Bundesamt (Selbständige); M. Gornig/J. Schwarze (Anm.44), S.1622 (HochschulingenieurInnen, WissenschaftlerInnen); Klaus-Dietrich Bedau/Heinz Vortmann, Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR, in: DIW Wochenbericht, 57 (1990), Nr. 47, S. 659 (Arbeiter, Landwirte).

lagen die Pro-Kopf-Haushaltseinkommen dieser Gruppen in etwa im Durchschnitt, in der Bundesrepublik dagegen deutlich unter dem Durchschnitt. Die DDR war also im Hinblick auf die Verteilung der Einkommen durchaus ein „Arbeiter- und Bauernstaat“. Die relative Besserstellung dieser Schichten wurde allerdings mit Einbußen in der absoluten Höhe ihres Lebensstandards erkauft.

Das in dieser Aussage enthaltene funktionalistische Argument, daß die Nivellierung vertikaler Ungleichheiten eine zentrale Ursache für die Leistungsschwäche des sozialistischen Systems gewesen ist, wurde im letzten Jahrzehnt in der DDR insbesondere von dem Soziologen *Manfred Lötsch* vertreten⁸. Im Berliner Journal für Soziologie schreibt Lötsch, die Nivellierungseffekte seien die

8 Vgl. u. a. Manfred Lötsch, Zur Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik, 17 (1981), S. 14–19; ders., Sozialstruktur und Triebkräfte, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik, 20 (1984), S. 3–16; Ingrid Lötsch/Manfred Lötsch, Soziale Strukturen und Triebkräfte, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin (Ost) 1985, S. 195–177.

„causa finalis“ für das letztliche Scheitern des Sozialismus⁹.

Ich kann dieser Argumentation zunächst durchaus zustimmen, allerdings erscheint sie mir – selbst wenn man die eingeschränkte Perspektive des Sozialstrukturanalytikers einnimmt und wichtige Faktoren aus dem ökonomischen Bereich im engeren Sinne ausklammert – zu monokausal. Die Sozialstrukturanalyse kann eine zweite causa finalis sichtbar machen: die übermäßige Konzentration der Macht.

5. Übermäßige Konzentration der Macht

Im Sozialismus waren vertikale Ungleichheiten in vielen Lebensbereichen übermäßig nivelliert, Macht dagegen war übermäßig konzentriert. Trotz fortschreitender gesellschaftlicher Differenzierungen blieb Macht ungeteilt und ohne wirksame Kontrolle von unten in der Spitze des SED-Apparates zusammengeballt. Die zentrale Steuerung aller wichtigen gesellschaftlichen Funktionsbereiche

9 Manfred Lötsch, Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie, 1 (1991), S. 195–202.

– Politik, Wirtschaft, Justiz, Kommunikation, Wissenschaft, Kultur, öffentliche Erziehung – verhinderte die Ausbildung ausreichender relativer Autonomie und funktionaler Eigendynamik bei den gesellschaftlichen Subsystemen, die für die Effizienz komplexer Systeme erforderlich ist¹⁰.

Ich möchte daher die These von Lötsch erweitern: Übermäßige Nivellierungen in Kombination mit übermäßiger Konzentration von Macht waren letztlich die entscheidenden sozialstrukturellen Ursachen für die Ineffizienz und schließlich den Zusammenbruch des Sozialismus (nachdem der Druck von außen zum Systemerhalt gewichen war).

In der Schichtstruktur schlug sich die Machtkonzentration in zwei Besonderheiten nieder:

In der DDR existierte eine *monopolitische Machtelite* – hierarchisch strukturiert, ideologisch relativ homogen, überaltert und z. T. vergreist, mit großer Machtfülle, aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit vergleichsweise bescheidenen materiellen Privilegien ausgestattet¹¹.

Die Machtelite sicherte sich ihre Herrschaft u. a. mit Hilfe einer loyalen, disziplinierten *sozialistischen Dienstklasse* von höheren, mittleren und subalternen Funktionären und Staatsangestellten. Diese umfaßte ca. ein Fünftel der Erwerbstätigen und war zahlenmäßig stark aufgebläht. So war z. B. in den Funktionen des öffentlichen Dienstes in der DDR ein Beschäftigter für schätzungsweise sechs bis acht Einwohner tätig, in der Bundesrepublik dagegen für 14 Einwohner¹². Ein übermäßig großer Teil der sozialistischen Dienstklasse – insbesondere der stark ausgebaute Staatssicherheitsdienst – war dabei ausschließlich mit der Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung beschäftigt. Der hohe Bedarf an menschlicher Arbeitskraft zur Stabilisierung des undemokratischen zentralistischen Herrschaftssystems absorbierte also übermäßig viele Energien, die dann für andere gesellschaftliche Aufgaben nicht mehr zur Verfügung standen.

Mit der Herrschaftsstruktur hängt auch das vierte Modernisierungsdefizit zusammen – die politisierte Statuszuweisung.

6. Politisierte Statuszuweisung

In der DDR war politische Loyalität, insbesondere SED-Loyalität, eine Voraussetzung für sozialen Aufstieg, manchmal war sie bei der Besetzung von Führungspositionen wichtiger als fachliche Qualifikation. Dazu zwei Beispiele:

- Der Präsident der Leopoldina – der Deutschen Akademie für Naturforscher in Halle – schätzt, daß mindestens 80 Prozent der Professoren SED-Mitglieder waren und viele davon „Partei-buchkarrieren“ ohne ausreichende fachliche Eignung hinter sich hatten.
- Dieser leistungshemmende Mechanismus war auch auf der mittleren Ebene der Sozialstruktur wirksam: So meinten 60 Prozent von ca. 1000 befragten Montagearbeitern, es sei in erster Linie politische Aktivität nötig, „wenn man hier vorankommen will“, nur 22 Prozent führten „berufliches Können“ an¹³.

Die politisierte Statuszuweisung war notwendig für die Erhaltung des zentralistischen Herrschaftssystems, gleichzeitig behinderte sie jedoch die optimale Zuordnung und Nutzung der sachlich-funktionalen Qualifikationen und schwächte damit die sozioökonomische Leistungskraft der Sozialstruktur.

7. Erstarrungstendenzen

Abbildung 4 zeigt, daß die Arbeiterkinder an den Universitäten der DDR in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend von den Kindern der Intelligenz verdrängt wurden. Nach einer dramatischen sozialen Öffnung in der revolutionären Umbruchphase des ersten Nachkriegsjahrzehnts, die durch ein Bündel bildungspolitischer Maßnahmen und durch Verstöße gegen das Leistungsprinzip („Arbeiter-und-Bauern-Bonus“) ausgelöst wurde, schlossen sich die Hochschulen seit Ende der fünfziger Jahre wieder zunehmend für die Kinder der Arbeiterschaft¹⁴. Als Folge dieser sozialen Schließung waren 1989 die Studienchancen für Arbeiterkinder in Ostdeutschland erheblich schlechter als in Westdeutschland, obwohl auch hier die Phase der zunehmenden sozialen Öffnung der Universitäten seit längerem beendet ist und Schließungstendenzen erkennbar werden.

Die soziale Schließung der Hochschulen läßt sich als Verstoß gegen das Prinzip der leistungsbezogenen Chancengleichheit und damit als Abweichung vom Modernisierungsprozeß deuten.

10 Vgl. u. a. Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292–307.

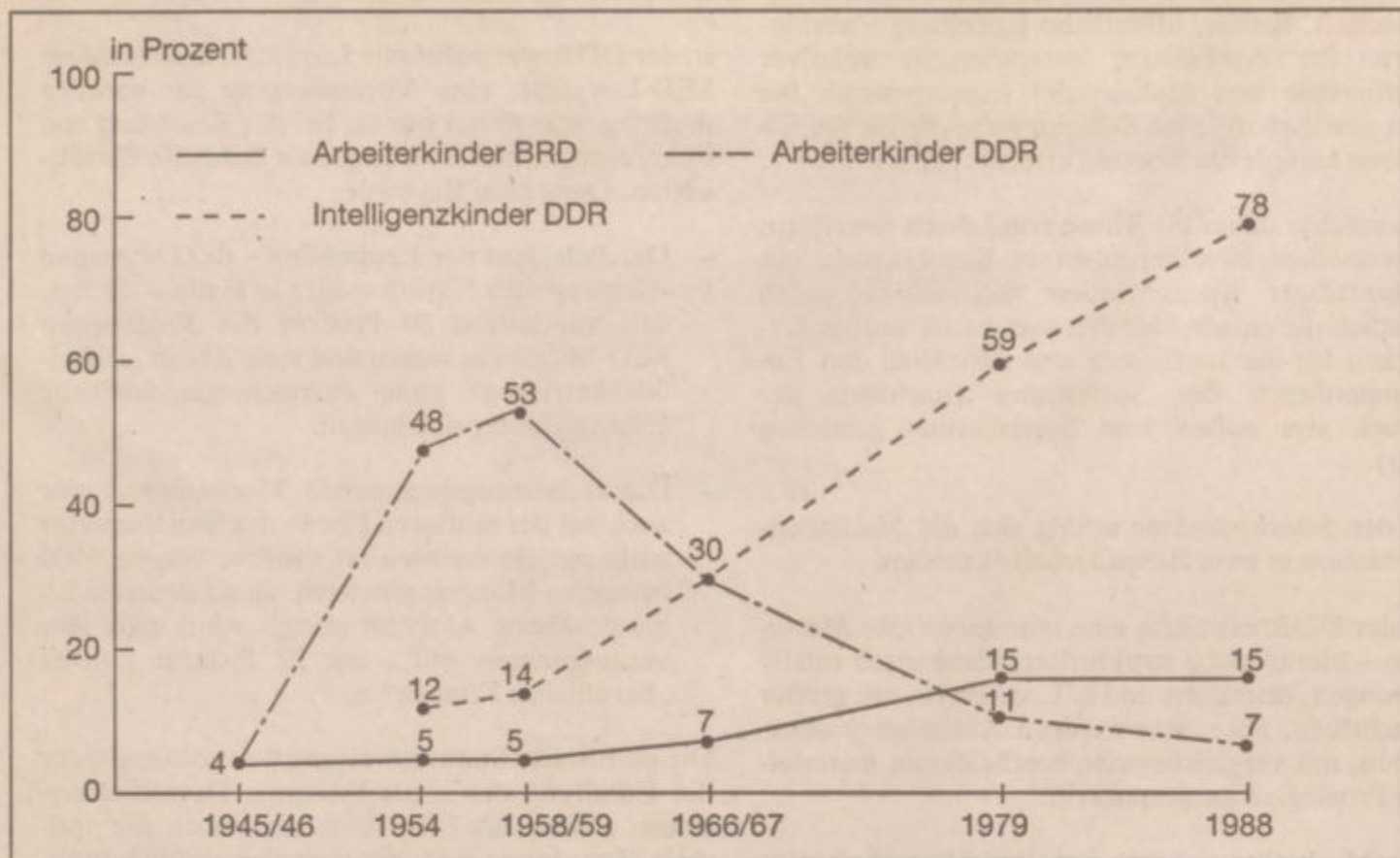
11 Vgl. im einzelnen R. Geißler (Anm. 1), Kap. 5.1; vgl. auch Gerd Meyer, Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991.

12 Vgl. Rainer Geißler, Transformationsprozesse in der Sozialstruktur der neuen Bundesländer, in: Berliner Journal für Soziologie, 1 (1991), S. 183f.

13 Dieter Voigt, Montagearbeiter in der DDR, Darmstadt-Neuwied 1973, S. 109.

14 Vgl. Rainer Geißler, Bildungschancen und Statusvererbung in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1983) 35, S. 755–770, und ders. (Anm. 4).

Abb. 4: Sozialprofil der Studierenden an Wissenschaftlichen Hochschulen



Quellen: DDR 1954–1967: nach Statistische Jahrbücher der DDR; DDR 1979–1989: eigene Berechnungen nach Gustav-Wilhelm Bathke, Herkunftsbedingungen von Studienanfängern, in: Uta Starke/Uta Bruhm-Schlegel (Hrsg.), Leistungsstreben von Studienanfängern, Leipzig 1984, S. 74, und Gustav-Wilhelm Bathke, Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR, in: Günter Burkart (Hrsg.), Sozialisation im Sozialismus, Weinheim 1990, S. 120; Bundesrepublik: Peter Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil 2: 1918–1980, Göttingen 1981, S. 153 (1954–1967); 11. und 12. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (1979, 1988).

Da die Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung die westdeutsche Kategorie des „Arbeiters“ nicht enthalten, beruhen die Angaben zur DDR für die Jahre 1979 und 1989 auf Schätzungen. Dabei wurde die soziale Herkunft der Studierenden, die nicht aus der Intelligenz stammen, nach den Proportionen des Sozialprofils dieser Gruppen berechnet, die bei den Studierenden des Jahres 1967 vorlagen.

8. Tertiärisierungsrückstand und aufgeblähte Dienstleistungssegmente

Die niedrige Produktivität sowie die Ideologie und Praxis der Planwirtschaft hatten einen erheblichen Tertiärisierungsrückstand zur Folge. Handel, Verkehr, Kreditgewerbe, Versicherungen, sonstige Dienstleistungsunternehmen usw. waren in der DDR nur schwach entwickelte Bereiche. Nach 1970 erfolgte in der Bundesrepublik ein Tertiärisierungsschub, ein starker Ausbau des Dienstleistungssektors, der in der DDR weitgehend ausblieb. In der Bundesrepublik arbeiteten 1989 55 Prozent der Erwerbstätigen im tertiären, 41 Prozent im sekundären (warenproduzierenden Gewerbe) und nur noch 3,7 Prozent im primären Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei). In der DDR waren im selben Jahr nur 40 Prozent im tertiären Sektor beschäftigt, aber noch 50 Prozent

im sekundären und 11 Prozent im primären. Die Folge für die DDR waren eine überdimensionierte Arbeiter- und Bauernschaft sowie unterentwickelte Dienstleistungsschichten, insbesondere im privaten Bereich¹⁵.

Die Deformation der ostdeutschen Dienstleistungsstruktur wird in ihrer Wirkung verschärft durch eine Besonderheit, die fast paradox anmutet: Es gab in der DDR zu wenige Dienstleister, aber wo es sie gab, waren es ihrer zu viele. So arbeiteten die volkseigenen Betriebe der Planwirtschaft mit aufgeblähten Verwaltungsapparaten, die u. a. nötig waren, um Pläne zu begründen und die Zentrale über die Planerfüllung zu informie-

¹⁵ Vgl. Rainer Geißler, Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: Rainer Geißler (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1992 (im Druck).

ren¹⁶. Der Personalbestand pro Einwohner in den Kommunen der neuen Bundesländer war zu Beginn dieses Jahres fast doppelt so hoch wie in westdeutschen Städten und Gemeinden¹⁷.

9. Quasi-Vernichtung des alten Mittelstandes

Zu einer effizienten modernen Sozialstruktur gehört ein Mittelstand von Selbständigen. Er bildet ein sozialstrukturelles Zentrum von Leistungsmotivation und kann in einigen Bereichen flexibler und effizienter auf Kundenwünsche eingehen als Großorganisationen.

In der Bundesrepublik wurde der Mittelstand – der düsteren Marx-Engels-Prognose entsprechend – zwischen 1950 und 1970 zahlenmäßig erheblich reduziert. Seitdem hat sich jedoch sein Umfang – abgesehen vom primären Sektor – einigermaßen stabilisiert; 1989 waren 11 Prozent der westdeutschen Erwerbstätigen selbständig bzw. halfen im eigenen Familienbetrieb mit. In der DDR dagegen wurde der Marx-Engels-Prophezeiung zum Durchbruch verholfen: Die Gruppe der Selbständigen wurde fast vernichtet – aber nicht durch die Marktkräfte, sondern durch die Sozialisierungs- und Kollektivierungspolitik der sozialistischen Machtelite. Dem kümmerlichen Rest Selbständiger von 2,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung (einschl. mithelfende Familienangehörige) waren in der DDR durch gesellschaftspolitische und planwirtschaftliche Vorgaben weitere Fesseln angelegt, so daß er sein Leistungspotential nicht voll entfalten konnte¹⁸.

10. Abwanderungsdruck

Eine Folge der skizzierten Mängel waren Abwanderungsdruck und Bevölkerungsverluste. Während Westdeutschland eine Sogwirkung auf Angehörige aus weniger modernen Gesellschaften ausübte, stand die DDR von Anbeginn an unter Abwanderungsdruck. Sie war das einzige Land der Welt, dessen Bevölkerung in den letzten vier Jahrzehnten kontinuierlich schrumpfte. Zwischen 1947 und 1974 – im Jahr 1973 dämmte die Bundesrepublik den Einwanderungszustrom durch den Anwerbepost für ausländische Arbeitskräfte ein – wuchs die westdeutsche Bevölkerung um 15 Mio. oder 32 Prozent an; die Bevölkerung der DDR dagegen ging im gleichen Zeitraum um 2 Mio. oder 11 Prozent zurück.

Die Flüchtlinge und Auswanderer aus der DDR waren – das gilt sowohl für die Zeit vor dem Mauerbau als auch für die beiden letzten Übersiedler-

wellen vor der Öffnung der Mauer – in der Regel relativ junge, überdurchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte; sie gelten zudem als überdurchschnittlich motiviert, wagemutig, beweglich und umstellungsfähig¹⁹. Sie hinterließen häufig schmerzhaft Lücken in der Arbeitswelt, und ihr plötzliches Verschwinden störte die Arbeitsabläufe und die Versorgung mit Diensten. Der Abwanderungsdruck trieb also überdurchschnittlich leistungsfähige Menschen aus dem Land und verstärkte die Leistungsschwäche der Gesellschaft zusätzlich.

III. Die Modernisierung der ostdeutschen Sozialstruktur

Was passiert nun mit den sozialistischen Besonderheiten der ostdeutschen Sozialstruktur im Zuge des sozialen Umbruchs?

Hinter der euphemistischen Metapher des „Zusammenwachsens“ der beiden Teile Deutschlands, die von Politikern gern benutzt wird und die „Verschmelzung“ oder auch „Synthese“ suggerieren kann, verbirgt sich in der Realität die weitgehende *Anpassung der ostdeutschen Sozialstruktur an das westdeutsche Muster* – ein Anpassungsprozeß, der in erster Linie gleichbedeutend ist mit Modernisierung und der funktionalen Erfordernissen folgt.

Die Politiker haben die Angleichung der Lebensverhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands und die Anhebung des ostdeutschen Lebensstandards auf westdeutsches Niveau zum vorrangigen Ziel für die Politik der nächsten Jahre proklamiert – ein Ziel, das wohl auch den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung entspricht. Dieser Abbau des West-Ost-Gefälles im Lebensstandard setzt voraus, daß die genannten leistungshemmenden Modernisierungsdefizite der ostdeutschen Sozialstruktur nach und nach verschwinden, wenn die Angleichung nicht auf Dauer über Leistungstransfers von West nach Ost hergestellt werden soll. Erforderlich sind also

- der Abbau leistungshemmender Nivellierungen,
- die Dezentralisierung der Macht,
- die Entpolitisierung der Statuszuweisung und die Beseitigung der Folgen politisierter Zuordnung (Allokation) von Qualifikationen,

¹⁹ Vgl. Paul Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration, in: Zeitschrift für Soziologie, 15 (1986), S. 30, sowie Volker Ronge, Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 39–47.

¹⁶ Vgl. Fred Klinger, Soziale Probleme des wirtschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit, Köln 1990, S. 78; zum Personalbestand in Bildung und Wissenschaft, der pro Schüler bzw. Student erheblich höher ist als in Westdeutschland, vgl. auch S. 11

¹⁷ Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, (1992) 13, S. 2.

¹⁸ Vgl. R. Geißler (Anm. 1), S. 104ff.

- die Wiederbelebung vertikaler Mobilität,
- die Schließung der Tertiärisierungslücke und der Abbau von personellen Überhängen,
- der Wiederaufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes sowie
- die Beseitigung des Abwanderungsdrucks.

Erste Trends in dieser Richtung sind bereits empirisch zu beobachten. Sie vollziehen sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Am schnellsten wandelt sich die Sozialstruktur dort, wo sie direkt mit dem bereits erfolgten Austausch des politischen Institutionensystems verknüpft ist.

1. Dezentralisierung der Machtstruktur: Pluralisierung der Machtelite und Auflösung der sozialistischen Dienstklasse

Die Machtstruktur wurde dezentralisiert und z. T. demokratisiert. Damit sind gesellschaftliche Differenzierungsprozesse nachgeholt, Teilsysteme in relative Autonomie entlassen worden. Diese können ihre funktionale Eigendynamik und ihre Effizienz steigern.

Die monopolistische *Machtelite* wurde in eine pluralistische verwandelt, deren Struktur sich dem westdeutschen Muster annähert. Bei dieser Transformation erfolgt weitgehend personeller Austausch: in den Bereichen Politik, Justiz, Militär und Gewerkschaften nahezu vollständig; in den Massenmedien weitgehend; in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur teilweise. Dabei wurde bzw. wird die neue Machtelite mit Westdeutschen durchmischt; Ostdeutschland wird z. T. westdeutsch überschichtet.

Auch die *sozialistische Dienstklasse* hat sich inzwischen aufgelöst. Der Staatssicherheitsdienst ist vollständig, die großen Apparate der Parteien und Massenorganisationen sind weitgehend verschwunden. Andere Segmente der ehemaligen Dienstklasse – in Bildung und Wissenschaft, in den Massenmedien, im Militär – werden auf „westdeutsche Normalgröße“ zurechtgestutzt. Die Justiz wird dagegen zahlenmäßig ausgebaut, da sie wegen der DDR-Defizite an Rechtsstaatlichkeit vom üblichen Muster der Dienstklasse abweicht – sie war nicht aufgebläht, sondern im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich unterbesetzt. Der verbleibende Rest der alten Dienstklasse verwandelt sich in pluralisierte Dienstleistungsschichten, die teils als private, teils als öffentliche Angestellte in den verschiedenen Funktionsbereichen unterschiedlichen Herren dienen. Ein Teil wird in absehbarer Zeit in den privilegierten Beamtenstatus erhoben.

Quantitativ läßt sich die Transformation der Dienstklasse nur bruchstückhaft nachzeichnen:

- Ein Teil der gut 85 500 hauptamtlichen Mitarbeiter des *Ministeriums für Staatssicherheit* wurde nach der Auflösung des Apparates in den Ruhestand versetzt; ein Teil kam im Handel und Dienstleistungsgewerbe, häufig in neu gegründeten „MfS-Betrieben“ unter („Stasi-Mafia“ in der Wirtschaft), ein Teil war 1990 noch im öffentlichen Dienst tätig²⁰.
- Der einst 44 000 hauptamtliche Funktionäre umfassende *Apparat der SED* wurde fast vollständig aufgelöst; seit 1. 1. 1992 arbeiten bei der Nachfolgepartei PDS nur noch 200 hauptamtliche Parteiangestellte²¹.
- Die *Nationale Volksarmee* beschäftigte 1984 172 000 Berufs- oder Zeitsoldaten²². Am 3. Oktober 1990 wurden davon 50 000 in die Bundeswehr übernommen. Darunter waren 32 000 Offiziere, von denen 20 000 in den folgenden fünf Monaten entlassen wurden, davon 13 000 auf eigenen Antrag. Zielvorgabe der Bundeswehrführung ist es, 1994 noch 4 000 Zeit- und Berufsoffiziere der ehemaligen NVA zu beschäftigen, d. h. nur rund 12 Prozent der im Oktober 1990 übernommenen²³.
- 1989 gab es in der DDR lediglich 2 720 *RichterInnen und StaatsanwältInnen*²⁴. (Zum Vergleich: In der Bundesrepublik arbeiteten 1989 fast 21 500 RichterInnen und StaatsanwältInnen, das waren pro Kopf der Bevölkerung mehr als das Doppelte²⁵.) In den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) wurden – die Übernahmekquoten variieren von Land zu Land – zwischen etwa einem Drittel (Mecklenburg-Vorpommern) und etwa der Hälfte (Sachsen) von ihnen übernommen²⁶.
- Die Zahl der 179 000 *LehrerInnen*, die Mitte 1991 in den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) tätig waren, soll um 34 000 (oder 19 Prozent) reduziert werden. Viele sind bereits aus dem Schuldienst ausgeschieden, der Rest soll in absehbarer Zeit entlassen werden. Bei etwa 8 000 von ihnen erfolgt(e) die Entlassung aus politischen Gründen²⁷.

20 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Entmachtung und Erblast des MfS, in: Deutschland Archiv, 23 (1990), S. 1883, 1889 f.

21 Vgl. F.A.Z. vom 8. Oktober 1991.

22 Vgl. Gunter Holzweißig, Militärwesen in der DDR, Berlin 1985, S. 57.

23 Vgl. Peter J. Lapp, Vereinter Staat – noch keine vereinte Armee?, in: Das Parlament vom 21. Februar 1992, S. 11.

24 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, S. 484.

25 Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1990, S. 336.

26 Nach verschiedenen Berichten in der F.A.Z.

27 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Deutsche Einheit, (1991) 7; F.A.Z. vom 11. Januar 1992.

- Pro Student waren an den *Hochschulen* der DDR fast dreimal so viele hauptberuflich tätige Wissenschaftler beschäftigt wie an den westdeutschen Universitäten, im Jahre 1989 insgesamt ca. 32 000²⁸. Steigende Studentenzahlen in Ostdeutschland, wo der Anteil der UniversitätsstudentInnen an den jeweiligen Geburtsjahrgängen 1989 mit 14 Prozent erheblich niedriger lag als in Westdeutschland mit 20 Prozent, mindern den Umfang der personellen Überkapazitäten. Die Zielzahlen der Bildungspolitiker über die Verringerung des Hochschulpersonals bewegen sich z.Zt. zwischen 33 und 60 Prozent²⁹.
- Von ca. 30 000 *Wissenschaftlern*, die an drei DDR-Akademien beschäftigt waren, müssen mehr als die Hälfte aus dem öffentlichen Wissenschaftsbetrieb ausscheiden. Ca. 11 000 werden in außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter beschäftigt, und ca. 2 000 von Hochschulen übernommen³⁰.
- Nur ca. ein Drittel der etwa 14 000 Mitarbeiter des *Fernsehens und Hörfunks* der DDR wurden von den neuen öffentlich-rechtlichen oder privaten Medien in den neuen Ländern übernommen³¹.
- In einer Studie zur ostdeutschen *Wirtschaft* wurden 1990 930 000 Personen den Führungskräften zugerechnet, davon 180 000 der obersten Ebene der Direktoren und Abteilungsleiter. Im ersten Jahr nach der Wende war nur jede achte Führungsposition neu besetzt worden, davon die Hälfte im eher untergeordneten Bereich³². In den Treuhandbetrieben wurden zwischen September 1990 und August 1991 1 400 Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder gegen 1 000 Führungskräfte aus dem Westen ausgetauscht. Nach Ansicht des Treuhand-Personalchefs sollen weitere 12 000 ostdeutsche Geschäftsführer die Vorstandsetagen der ehemaligen volkseigenen Betriebe (VEB) wegen fachlicher Inkompetenz oder politischer Belastung räumen³³. In den privatisierten Betrieben dürfte der Austausch des Führungspersonals höher liegen.

Welche Belegungen von der Transformation der Dienstklasse auf die sozioökonomische Dynamik ausgehen, wird in hohem Maße davon abhängen, ob der zahlenmäßigen Reduktion und dem Wandel

ihres äußeren Sozialstatus eine Veränderung ihrer Sozialmentalität folgt, ob die einst vorherrschende „Orientierung nach oben“ (Disziplin, Kritiklosigkeit, Abwarten) durch mehr Bereitschaft zu Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Kritik abgelöst wird; ob – um die Typologie von *Helmut Klages* zu verwenden – entwicklungshemmender Attentismus durch dynamischen „aktiven Realismus“ ersetzt wird³⁴.

2. Entpolitisierung der Statuszuweisung

Auch die Statuszuweisung ist mit dem Austausch des politischen Institutionensystems von politischen Kriterien unabhängiger geworden. SED-Loyalität hat als Aufstiegs Kriterium ausgedient, bei einigen ist sie heute eher Ursache für (meist sanften) sozialen Abstieg. Hohes politisches Engagement im sozialistischen System – die Übernahme von Ämtern in den Parteien und Massenorganisationen, insbesondere in der SED – sowie moralisch verwerfliches Verhalten, z.B. Spitzeldienste für die Stasi, werden bei vielen mit Stagnation oder einem Knick in der beruflichen Karriere „bestraft“. Bildungs- und Berufslaufbahnen orientieren sich wieder stärker an funktional-sachlichen Leistungen.

Allerdings wird es schwierig sein, die leistungshemmenden Fehlbesetzungen im beruflichen Positionsgefüge zu korrigieren, die sich in viereinhalb Jahrzehnten politisierter Statusordnung angehäuft haben. In diesem Zusammenhang muß man es fast als Glücksfall ansehen, daß die sozialistische Dienstklasse so stark überbesetzt war. Der ökonomische Zwang, ihren Umfang zu verringern, erhöht die Chance, diejenigen aus wichtigen Positionen zu entfernen, die im sozialistischen System aus politischen Gründen die „Stufe der Inkompetenz“ erklettern konnten.

3. Schließung der Tertiärisierungslücke

Auch diejenigen Sektoren der Sozialstruktur, die eng mit dem wirtschaftlichen Wandel verknüpft sind, passen sich vergleichsweise schnell an. Es gibt eine Reihe von empirischen Hinweisen darauf, daß sich die Tertiärisierungslücke in den neuen Ländern relativ rasch schließt:

28 Vgl. R. Geißler (Anm. 12), S. 184.

29 Vgl. Informationen Bildung Wissenschaft, (1992) 2, S. 14.

30 Vgl. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates nach F.A.Z. vom 11. Januar 1992.

31 Vgl. Lukas Weber, Wie man einen Staats-Rundfunk liquidiert, in: F.A.Z. vom 31. Dezember 1991, S. 4.

32 Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, (1991) 6, S. 6.

33 Vgl. Hans Luft, Die Treuhandanstalt, in: Deutschland Archiv, 24 (1991), S. 1276.

34 Helmut Klages, Der Wertewandel in den westlichen Bundesländern, in: BISS Public, (1991) 2, S. 99–118; ders., Es fehlt die Bereitschaft zum bedingungslosen „Ärmelaufkrepeln“, in: F.A.Z vom 16. Februar 1991, S. 7; vgl. auch Katharina Belwe, Innere Einigung schwieriger als erwartet, in: Das Parlament vom 29. November 1991, S. 11.

- Bis Ende 1991 waren bereits 59–62 Prozent³⁵ der Beschäftigten aus der *Landwirtschaft* ausgeschieden. Von den verbliebenen zwei Fünfteln verrichtet die Hälfte Kurzarbeit.
- Auch in der *Industrie* sank die Zahl der Beschäftigten überdurchschnittlich stark³⁶.
- Der *Dienstleistungssektor* verzeichnete dagegen 1990 unterdurchschnittliche Rückgänge und im ersten Quartal 1991 bereits wieder einen leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl. So meldeten auch ca. 85 Prozent der neuen Selbständigen Betriebe im tertiären Bereich an³⁷.
- Während die Bruttowertschöpfung von Mitte 1990 bis Mitte 1991 im Industriesektor um 65 Prozent und in der Landwirtschaft um 10 Prozent zurückging, stieg sie im Dienstleistungssektor in demselben Zeitraum um 30 Prozent an³⁸.

4. Wiederbelebung des Mittelstandes

Die (Wieder-)Entstehung des alten Mittelstandes ist mit einer Fülle von Problemen verknüpft. Nach der Wende haben sich viele Arbeitnehmer selbständig gemacht: 1990 und 1991 (bis einschl. Oktober) wurden 465 000 neue Betriebe gegründet – gut 85 Prozent davon im Dienstleistungssektor. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen hat sich mehr als verdreifacht – von 199 000 im Jahr 1989 auf 661 000 im Oktober 1991. Viele der Neugründungen erfolgten im Klein- und Kleinstgewerbe (Imbißbuden, Videoläden, Sex-Shops, Gebrauchtwagenhandel u. ä.), ein Bereich, der relativ wenig Startkapital und Fachwissen voraussetzt. Eine große Zahl der neuen Betriebe ist jedoch nicht überlebensfähig. Die Fluktuationsrate – das Verhältnis von *Gewerbeabmeldungen* zu den *Gewerbebeanmeldungen* – stieg von neun Prozent im dritten Quartal 1990 auf 43 Prozent im Oktober 1991³⁹. Kapitalmangel, fehlende

35 1989 waren in der DDR 889 000 Personen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) oder Volkseigenen Gütern (VEG) beschäftigt (Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 36). Schätzungsweise 100 000 bis 150 000 von ihnen arbeiteten nicht direkt in der Landwirtschaft, sondern z. B. als Mechaniker, Bauarbeiter oder in den Sozialeinrichtungen oder Verwaltungen der Betriebe, so daß man von ca. 740 000–790 000 Beschäftigten im primären Sektor ausgehen muß. Deren Zahl war bis zum 31. Dez. 1991 auf 300 000 gesunken (Agrarbericht der Bundesregierung 1992, Bonn 1992, S. 19).

36 Vgl. Martin Gornig, Der Industriesektor in den Ländern Ostdeutschlands im Jahr 1990, in: DIW Wochenbericht, 58 (1991), Nr. 31, S. 443.

37 Vgl. ebenda, S. 443; Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 1991, Nr. 35, S. 8.

38 Informationsdienst (Anm. 37), S. 8; vgl. auch Nr. 43, S. 8.

39 Zahlen nach Dieter Lindig/Gabriele Valerius, Neue Selbständige in Ostdeutschland, in: R. Geißler (Hrsg.) (Anm. 15); vgl. auch Hans Dietrich, Beruflich Selbständige in den neuen Bundesländern, in: R. Geißler (Hrsg.) (Anm. 15); R. Geißler (Anm. 1), S. 107f.

Erfahrungen mit der Marktwirtschaft, ungesicherte Rechts- und Eigentumsverhältnisse, hohe Gewerberaummieten sowie Unsicherheiten im Hinblick auf die Entwicklung von Nachfrage und Preisen sind Stichworte beim Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes. Auch der noch weiter verkleinerte Einkommensvorsprung – in der DDR (1988) lag das Nettoeinkommen bei Selbständigen um 43 Prozent über dem Durchschnitt, in den neuen Ländern (1. Quartal 1991) nur noch um 19 Prozent (s. Abbildung 5) – ist ein Hinweis auf die Anlaufschwierigkeiten.

In der *Landwirtschaft* bestehen offenbar die größten Probleme, die Kollektivierung und Sozialisierung der Produktionsweise zurückzudrehen. Nur eine verschwindend kleine Zahl von ehemaligen Angehörigen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) wagt den Sprung in die Selbständigkeit. Bis Juni 1991 waren erst ca. 3 500 einzelbäuerliche Betriebe neu entstanden; sie bestellten lediglich drei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche⁴⁰. Darunter befinden sich auch neue westdeutsche oder holländische Pächter, die nach der Wende im Stil von Großagrariern große Flächen von Pachtland – z. T. über 1 000 ha – mit fremden Arbeitskräften und einem immensen Einsatz von Kapital und Technologie bestellen⁴¹. Fast alle ostdeutschen Landarbeiter und Landangestellten, die gut in die sozialistische Gesellschaft integriert waren, scheuen vor einer neuen Selbständigkeit zurück, denn sie sehen sich einer doppelten Schwierigkeit gegenüber: Über die üblichen Probleme beim Selbständigwerden hinaus sind sie mit der allgemeinen Strukturkrise der Landwirtschaft konfrontiert, die auch viele westdeutsche Landwirte in eine prekäre sozioökonomische Lage bringt⁴².

Zögerlicher und diffuser als in den erwähnten Bereichen vollziehen sich die Veränderungen in der Struktur der sozialen Ungleichheit, bei der vertikalen Mobilität und bei den Wanderungen.

5. Vertikale Differenzierungen mit vorübergehenden Verwerfungen

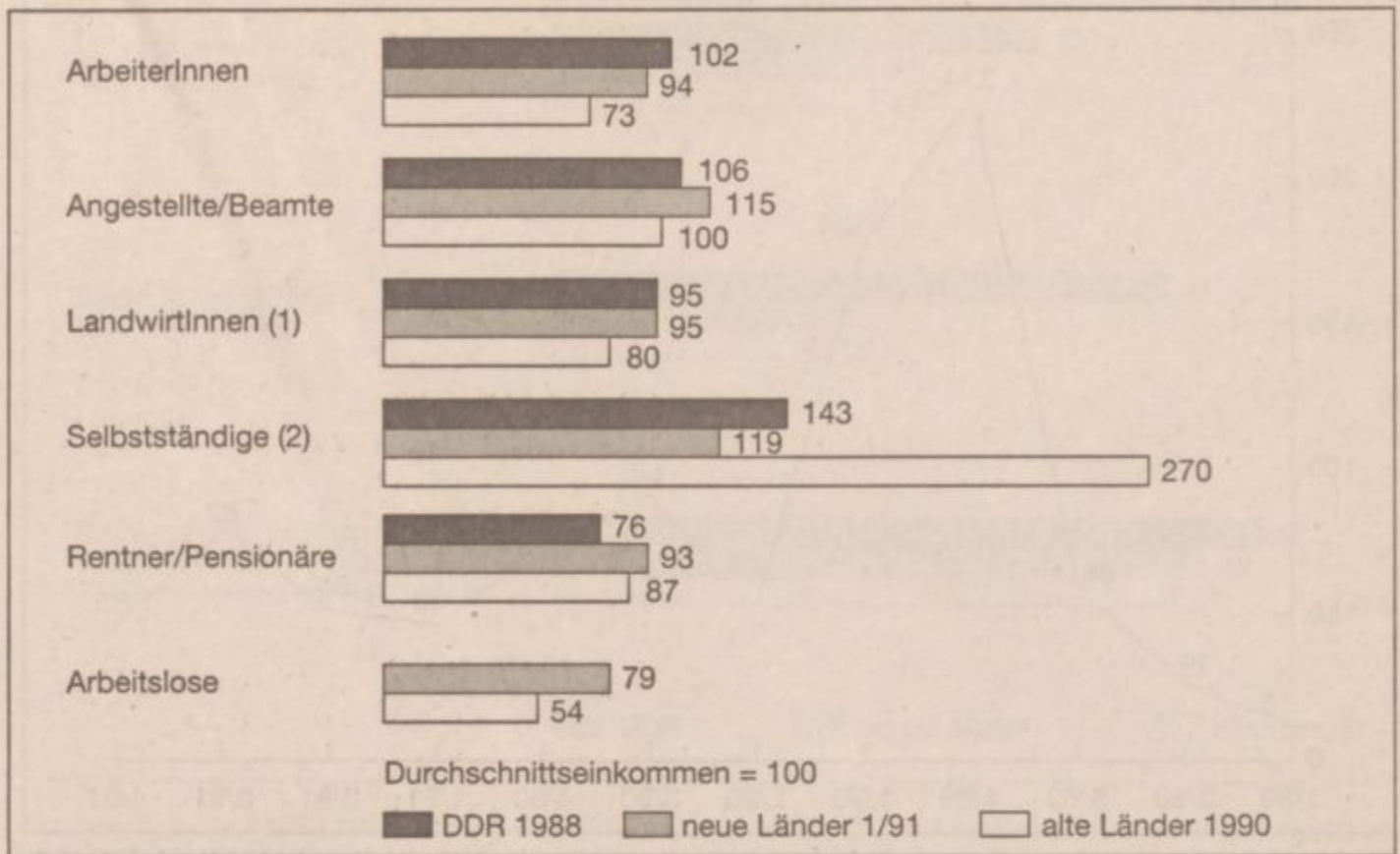
Es ist absehbar, daß der Abbau der *vertikalen Unterschiede* langfristig in einen (Wieder-)Aufbau umschlägt und soziale Ungleichheiten entstehen, die dem westdeutschen Muster ähneln. Nivellierungen verkehren sich in vertikale Differenzierungen

40 Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, (1991) 25, S. 7; vgl. auch Agrarbericht der Bundesregierung 1992, Bonn 1992, S. 19f.

41 Vgl. Der Spiegel, Nr. 19 vom 6. Mai 1991, S. 70ff; Agrarbericht (Anm. 40), S. 19.

42 Vgl. Thomas Meyer/Pavel Uttitz, Nachholende Marginalisierung – oder der agrarwirtschaftliche Wandel in der ehemaligen DDR, in: R. Geißler (Hrsg.) (Anm. 15), sowie R. Geißler (Anm. 1), Kap. 5.2.3.

Abb. 5: Verfügbares Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied
Abweichungen vom Durchschnittseinkommen



(1) Ostdeutschland: LPG-Mtgl. (2) Westdeutschland: ohne Landwirte

Quelle: Berechnet nach Daten der DIW Wochenberichte (1990) 47, S. 659, (1991) 27, S. 405.

gen⁴³. Bei den Einkommensunterschieden sind allerdings Übergangserscheinungen sichtbar, die vom langfristigen Differenzierungstrend abweichen. Zwischen den verschiedenen Bildungsschichten (1990) wurden die Einkommensunterschiede nach der Währungsunion zunächst weiter eingeebnet; dasselbe gilt, wenn man die Bevölkerung in Fünftel unterteilt: Auch zwischen diesen statistischen Gruppen sind die Einkommensdifferenzen von 1989 auf 1990 kleiner geworden, zwischen 1990 und 1991 blieben die Unterschiede stabil⁴⁴. Die Ursachen der (vorübergehenden) weiteren Nivellierung waren starke Rentenerhöhungen sowie pauschale Einkommenszuschläge, die plötzlich auftretende Veränderungen im Preisgefüge und im System der Steuern und Sozialabgaben auffangen sollten.

Die grobe Einteilung nach *Berufsgruppen* in Abbildung 5 macht weitere Verlagerungen im Jahr 1990 sichtbar, die teils nivellierend, teils differen-

zierend wirken. Die *Arbeiterschaft* hat bereits einen Teil ihrer relativen Privilegien eingebüßt. Gewinner der Umschichtungen sind die von der sozialistischen Einkommenspolitik vernachlässigten *Angestellten*, die sich nach der Wende in ihrem Einkommensniveau von den Arbeitern absetzen konnten. Bereits die Einführung der westdeutschen Besteuerung und Sozialversicherung wirkte sich zugunsten der Angestellten und zu Lasten der Arbeiter aus⁴⁵.

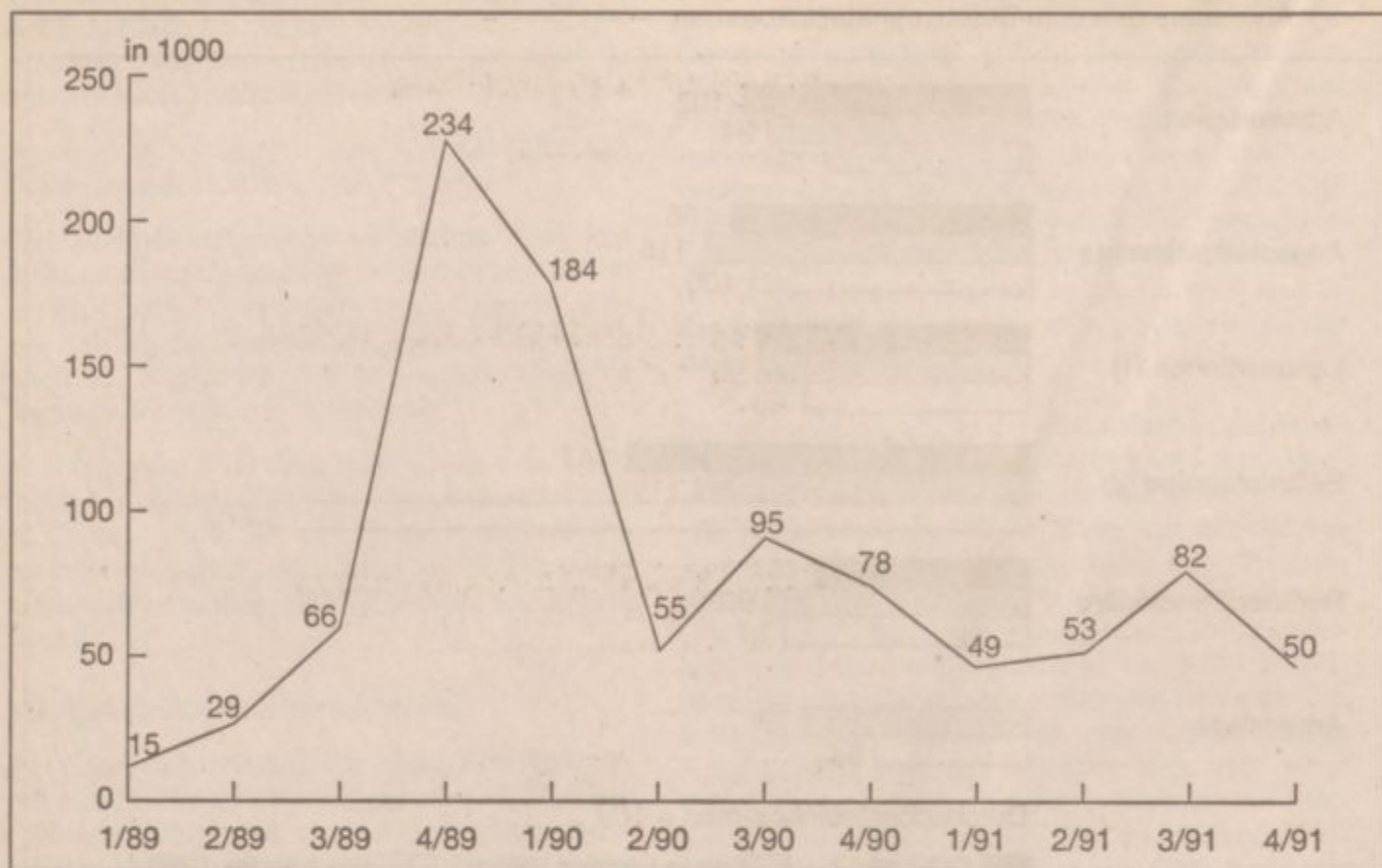
Zu den Gewinnern gehören auch die *Rentner*; ein Teil von ihnen wurde aus der Randlage befreit, in

43 Eine Studie über die Einkommen (Mitte 1991) der Führungskräfte in ostdeutschen Industrieunternehmen belegt eine zunehmende Differenzierung zwischen erster und zweiter Führungsebene, wenn auch die Abstände noch erheblich geringer sind als zwischen den entsprechenden Gruppen in Westdeutschland. Vgl. Karina Momm, Viel Idealismus und wenig Gehalt: Führungskräfte in Ostdeutschland, in: F.A.Z. vom 8. Februar 1992, S. 45.

44 Vgl. Martin Gornig/Johannes Schwarze, Hohe pauschale Lohnsteigerungen in der DDR gefährden die Wettbewerbsfähigkeit, in: Deutschland Archiv, 22 (1990), S. 1619-1624; Johannes Schwarze, Erwerbseinkommen in den Monaten Mai 1989 bis Mai 1990, in: Gert Wagner/Bernhard von Rosenblatt/Dieter Blaschke (Hrsg.), An der Schwelle zur sozialen Marktwirtschaft, Bayreuth 1991, S. 53; Johannes Schwarze/Birgit Parakenings, Entwicklung der Haushaltseinkommen Ostdeutschlands, in: DIW Wochenbericht, 58 (1991) 17, S. 216; Peter Krause/Bruce Headey/Roland Habich, Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 25 (1992), S. 298-303.

45 Vgl. Helga Stephan/Eberhard Wiedemann, Ergebnisse der Lohndatenerfassung vom September 1988, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23 (1990), S. 561.

Abb. 6: ÜbersiedlerInnen



Quelle: bis 2/90 Statistisches Bundesamt; ab 3/90 Schätzungen.

Die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes wurde am 1. Juli 1990 eingestellt. Die Schätzungen ab 3/90 beruhen auf Daten des Zentralen Einwohneramtes Berlin. Diese lagen vor dem 1. Juli 1990 niedriger als die des Statistischen Bundesamtes und wurden für 3/90 bis 4/91 um die durchschnittliche Differenz (jeweils ca. ein Fünftel pro Quartal) erhöht.

die sie eine produktionsorientierte sozialistische Sozialpolitik gebracht hatte⁴⁶. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Rentenerhöhungen nicht in allen Fällen mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten (Preise, Mieten u. a.), der z. T. marktwirtschaftlichen Bedingungen unterliegt, abgestimmt werden konnten, so daß es gerade unter den RentnerInnen Gruppen gibt, die zumindest vorübergehend in prekäre ökonomische Situationen geraten.

Eine weitere vorübergehende Verwerfung der Einkommensstruktur besteht darin, daß sich verschiedene Sektoren und Gruppen dem westdeutschen Einkommensniveau in unterschiedlichem Tempo nähern. So konnte das boomende Baugewerbe seinen Arbeitern im April 1991 bereits 62 Prozent der westlichen Bruttoverdienste zahlen, die Angestellten der krisengeschüttelten Industrie mußten sich dagegen mit 40 Prozent begnügen⁴⁷.

6. Fortbestehender Abwanderungsdruck

Wie schnell sich der *Abwanderungsdruck* lockern wird, ist z. Zt. noch nicht zu erkennen.

Die Migrationswelle nach der Maueröffnung ist abgeflaut, aber auch 1990 und 1991 gab es starke Wanderungsströme aus den neuen in die alten Bundesländer, die von ihrem Umfang her in etwa mit der Ost-West-Migration in den fünfziger Jahren vor der Abriegelung der deutsch-deutschen Grenze vergleichbar sind (s. Abbildung 6).

7. Modernisierungsoffer und Demodernisierung

Wie ich eingangs erwähnte, ist die Anpassung an die westdeutsche Sozialstruktur nur überwiegend, aber nicht ausschließlich gleichbedeutend mit Modernisierung. Die Modernisierungsprozesse fordern ihren Tribut. Zu ihren *Opfern* gehören neben den Arbeitslosen

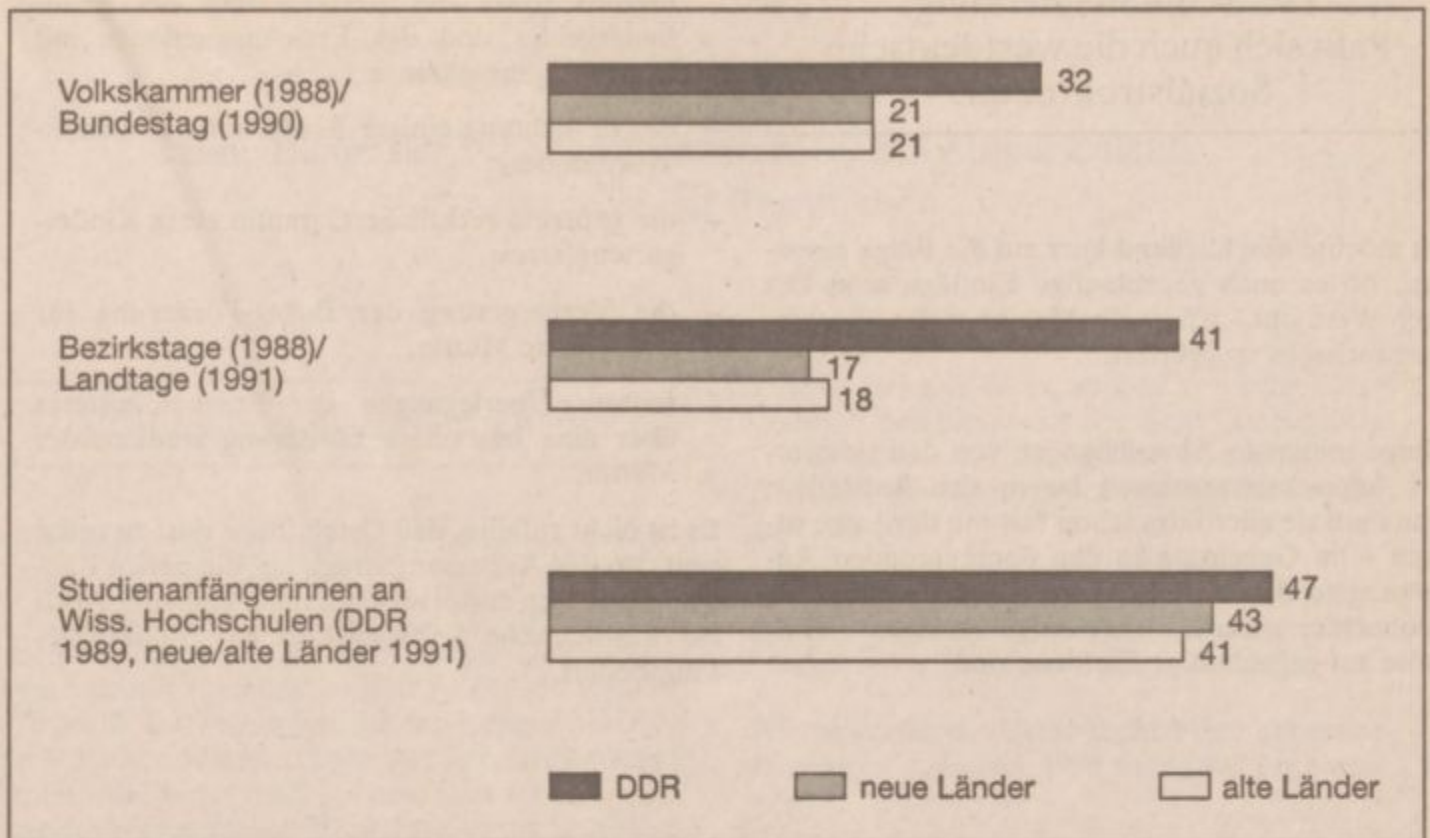
- die *Ungelernten*: Sie verlieren bei der rasanten Beschleunigung der Arbeitsmarktdynamik besonders häufig ihre Arbeitsplätze⁴⁸.

46 Vgl. R. Geißler (Anm. 1), Kap. 5.6.6.

47 Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 1991, Nr. 37, S. 5.

48 Vgl. H. Dietrich (Anm. 39) und Stefan Bender/Wolfgang Meyer, Individuelle Arbeitsmarktchancen und berufliche Anforderungen im Transformationsprozeß, in: R. Geißler (Hrsg.) (Anm. 15).

Abb.7: Rückgang des Gleichstellungsvorsprungs (Frauenanteile in Prozent)



Quellen: Statistisches Taschenbuch der DDR 89, Berlin (Ost) 1989, S. 18f. (Volkskammer, Bezirkstage); Bundestag und Landtage berechnet nach Informationen von den Verwaltungen der Parlamente; Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 342 (Studienanfängerinnen DDR 1989); Studienanfängerinnen 1991 nach Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

Die Frauenanteile im Bundestag 1990 wurden getrennt für die Abgeordneten der neuen und alten Bundesländer berechnet.

- die *Kinderreichen* und *Alleinerziehenden*: Sie gehören in Westdeutschland zu den Risikogruppen, die besonders häufig in die Armutszone abgleiten; dieses Schicksal wird ihnen durch die Einführung des westdeutschen Systems der sozialen Sicherheit mit seinen Vorzügen und Schwächen auch in der Ex-DDR beschieden sein⁴⁹.
- die *Generation des „späten Mittelalters“*: Im Arbeitsleben stehende Menschen, die z. Zt. der Wende etwa 45-50 Jahre oder älter waren, sind aus Altersgründen der Dynamik des Arbeitsmarktes schlechter gewachsen als jüngere Menschen.

Zu den Opfern der Anpassung gehören auch die *Frauen*. Das historische Rad der zunehmenden Gleichstellung dreht sich in einigen Bereichen zurück. Auch diese *Demodernisierung* ist bereits in drastischen Zahlen greifbar.

Die *Arbeitsmarktkrise* trifft die Frauen besonders hart. In der ostdeutschen Berufswelt tauchen mit

der Arbeitslosigkeit neue geschlechtstypische Ungleichheiten auf, die es im Sozialismus nicht gab. Ende Mai 1992 lag der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen mit 63,2 Prozent (Männer: 36,8 Prozent) weit über der westdeutschen Quote (46,1 Prozent)⁵⁰. Männer werden in den neuen Ländern – so wie auch in den alten – häufiger durch Kurzarbeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen. So machen Frauen nur etwa ein Drittel der ABM-Beschäftigten aus⁵¹.

In den *Volksvertretungen* sind die Frauenanteile in den neuen Ländern sprunghaft auf das niedrigere westdeutsche Niveau zurückgefallen, und auch bei den *StudienanfängerInnen* haben die ostdeutschen Frauen bereits einen Teil ihres Vorsprungs eingebüßt (s. Abbildung 7).

50 Vgl. F.A.Z. vom 5. Juni 1992.

51 Vgl. WZB-Mitteilungen, 1991, Nr. 52, S. 7.

49 Vgl. R. Geißler (Anm. 1), Kap. 5.6.1 und 5.6.6.

IV. Schlußbemerkung: Paßt sich auch die westdeutsche Sozialstruktur an?

Ich möchte abschließend kurz auf die Frage eingehen, ob es auch gegenläufige Einflüsse von Ost nach West gibt – wie es die Metapher des „Zusammenwachsens“ suggeriert.

Einige minimale Abweichungen von den skizzierten Anpassungsprozessen lassen sich feststellen; man muß sie allerdings schon fast mit der Lupe suchen – im Gegensatz zu den dominierenden Anpassungstendenzen in den neuen Ländern, die dem Beobachter geradezu „ins Auge springen“. Hinweise auf gegenläufige Einflüsse sind:

- die Verlängerung und Erweiterung des Pflegeurlaubs sowie die Verlängerung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs mit Beschäftigungsgarantie;
- die Einrichtung einiger Kinderhorte in Baden-Württemberg;
- die geplante rechtliche Garantie eines Kindergartenplatzes;
- die Verlängerung der Bafög-Förderung für studierende Mütter;
- weitere Überlegungen der Frauenministerin über eine besondere Förderung studierender Mütter.

Es ist nicht zufällig, daß Osteinflüsse dort zu orten sind, wo der Anpassungsdruck auf die neuen Länder gegen den historischen Trend verläuft. Auch die westdeutsche Sozialstruktur hat Modernisierungsbedarf.

„Magere Zeiten“

Eine Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung in Ostdeutschland aus der Sicht der Betroffenen

I. Vorbemerkungen zum Thema

Die deutsche Wiedervereinigung ist rechtlich und institutionell vollzogen worden, aber das eigentliche Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaftssysteme wird noch lange andauern. Ebenso deutlich zeichnet sich ab, daß viele sozialstrukturelle Entwicklungen in der früheren DDR westdeutschen Mustern folgen werden. Keineswegs alle der infolge des ostdeutschen Transformationsprozesses eingetretenen Ereignisse waren also unvorhersehbar. Weniger als die allgemeine Richtung überraschten in den zurückliegenden Monaten oft die Geschwindigkeit und die Intensität, mit der sich die Entwicklung in vielen Teilbereichen vollzog. Die Steuerbarkeit der anhaltenden Veränderungen gesellschaftlicher Ordnungen im Ostteil Deutschlands wurde nicht zuletzt auch durch das hohe Entwicklungstempo und durch den Tiefgang des sozialen Wandels nachhaltig gestört.

Eine umfassende Bestandsaufnahme des bisherigen Verlaufs der Veränderungen im Osten fällt nicht leicht. Sicher ist, die Lebensverhältnisse in der ehemaligen DDR waren und sind – verglichen mit den westdeutschen – durch erhebliche Defizite gekennzeichnet. Informationen zu den meisten dieser Probleme sind mittlerweile vorhanden. Zahlreiche Datenquellen in Ostdeutschland über die Einkommensverhältnisse, die Arbeitslosenquote, die Wohnungsmisere, den Grad der Umweltzerstörung, die Kriminalitätsrate und andere Informationen über „objektive“, im Prinzip meßbare Lebensbedingungen legten das Ausmaß an ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland offen.

Wie aber reagieren die betroffenen Menschen in Ostdeutschland auf die sich rapide verändernden Lebensumstände, wie bewerten sie ihre – vergleichsweise – schlechten Lebensbedingungen, wie finden sie sich in den neuen und ungewohnten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zurecht? Für eine Bestandsaufnahme der Wohlfahrtsentwicklung im deutsch-deutschen Transformationsprozeß kommt, neben Daten über „objektive“ Lebensverhältnisse, auch Informationen über diese „subjektiven“ Aspekte eine hohe Bedeutung zu¹.

Ziel dieses Beitrags ist es, anhand von subjektiven Indikatoren und damit aus der Sicht der Betroffenen eine vorläufige, bilanzierende Bewertung zum Verlauf des Umwälzungsprozesses in Ostdeutschland zu geben²:

- Wie wichtig sind die einzelnen Lebensbereiche für das subjektive Wohlbefinden der Ostdeutschen?
- Wie bewerten die Ostdeutschen ihre Lebensbedingungen zwischen 1990 und 1991 im einzelnen?
- Welche wirtschaftlichen Sorgen und beruflichen Erwartungen verbinden die Deutschen mit ihrer Lebenslage?
- Wie bewerten die Ostdeutschen ihre momentanen Lebensverhältnisse insgesamt?

1 Das Gewicht dieser Zusatzinformationen ergibt sich nicht zuletzt durch die unterschiedlichen Erwartungs- und Anspruchshaltungen einzelner Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland. Zufriedenheitsangaben geben Aufschluß darüber, wie Personen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Erwartungen und Ansprüche bestimmte Lebensbedingungen bewerten, und beziehen sich damit auf das Verhältnis zwischen objektiver Lage und ihrer subjektiven Reflexion. Sie repräsentieren darüber hinaus das Ergebnis von sozialen Vergleichsprozessen, etwa mit Freunden und Bekannten, und sie weisen, vor allem im Falle von massiv geäußelter Unzufriedenheit, auf Handlungspotentiale hin, die sie verursachende Situation zu verändern. Vgl. Wolfgang Zapf, Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität, in: Wolfgang Glatzer/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt/M.-New York, 1984, S. 13–26.

2 Die Datenbasis bildet das *Sozio-ökonomische Panel* (SOEP). Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnituntersuchung privater Haushalte in Deutschland und wird im jährlichen Rhythmus seit 1984 in der Bundesrepublik durchgeführt (SOEP-West). 1984 hatte die erste Datenerhebung einen Umfang von rund 6000 Haushalten bzw. mehr als 12200 Personen. 1990, unmittelbar vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, wurde die Umfrage auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet (SOEP-Ost). Im Juni 1991 nahmen ca. 4200 Personen in 2030 Haushalten an der zweiten Ost-Befragung teil. Nähere Angaben finden sich bei Jürgen Schupp/Gerd Wagner, Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels, in: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, Frankfurt/M.-New York 1991, S. 25–41. Für das West-Panel vgl. Ute Hanefeld, Das Sozio-ökonomische Panel. Grundlagen und Konzeption, Frankfurt/M.-New York 1987.

- Wie sehen die Ostdeutschen ihre weitere persönliche Zukunft?
- Wie ist der allgemeine Stimmungseinbruch in Ostdeutschland zu erklären?

Es ist schwer möglich, Verständnis für Veränderungen subjektiver Befindlichkeiten in Ostdeutschland zu entwickeln, ohne sich das Ausmaß und das Tempo des sozialen Wandels in der ehemaligen DDR seit 1990 in Erinnerung zu rufen³. Nur wenige Monate nach der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ am 1. Juli 1990 waren, trotz umfangreicher westlicher Transferleistungen zur Stützung des ostdeutschen Arbeitsmarktes, über eine Million Männer und Frauen im Ostteil Deutschlands arbeitslos gemeldet. Der Anteil erwerbsloser Personen stieg sogar erheblich mehr, denn gleichzeitig schieden rund drei Prozent aller erwachsenen Ostdeutschen über die „Vorruhestandsregelung“ aus dem Erwerbsleben aus. Die vor allem in den Arbeiterpositionen hohen Anteile an KurzarbeiterInnen ließen mit dem Auslaufen der Kurzarbeiterregelung einen zusätzlichen, enormen Freisetzungsschub von Arbeitskräften erwarten. Aber auch zwischen den Berufspositionen derjenigen Ostdeutschen, die kontinuierlich erwerbstätig blieben, zeichneten sich umfangreiche Mobilitätsprozesse ab und viele dieser Übergänge sind – insbesondere für weibliche Beschäftigte – als berufliche Abstiege zu kennzeichnen⁴. Dabei ist zu betonen, daß lange und kontinuierliche Phasen der Erwerbstätigkeit für den überwiegenden Teil der erwachsenen Bevölkerung in der DDR zur Normalbiographie zählten und die eigene Berufstätigkeit im Bewußtsein der Menschen bis heute einen entsprechend hohen Stellenwert einnimmt⁵.

Wie also reagieren die neuen Bundesbürger auf den partiellen Zusammenbruch des ostdeutschen Arbeitsmarktes und auf andere Veränderungen

3 Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse von Vergleichsanalysen zentraler Veränderungen der sozialstrukturellen Grundgliederung in Ost- und Westdeutschland. Vgl. hierzu Wolfgang Zapf, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 99–124; Detlef Landua/Wolfgang Zapf, Deutschland nach der Wiedervereinigung: Zwei Gesellschaften, eine Nation, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 6, Mannheim 1991, S. 10–13; Detlef Landua, Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen, Arbeitspapier P 92–102, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1992a, Kapitel 1.

4 Eine überblicksartige Darstellung dieser Prozesse zwischen 1990 und 1991 findet sich in: D. Landua (Anm. 3), S. 10f.

5 Vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen in: Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Sozialreport 1990, Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Dokumentation eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Arbeitspapier P 90–102, Berlin 1990.

gewohnter Alltagsstrukturen und Lebensverhältnisse? Diese Veränderungen sind in ihrer Gesamtheit der „sachlich-objektive“ Hintergrund der „subjektiven“ Bewertungen der Betroffenen, die den Inhalt der folgenden Kapitel bilden.

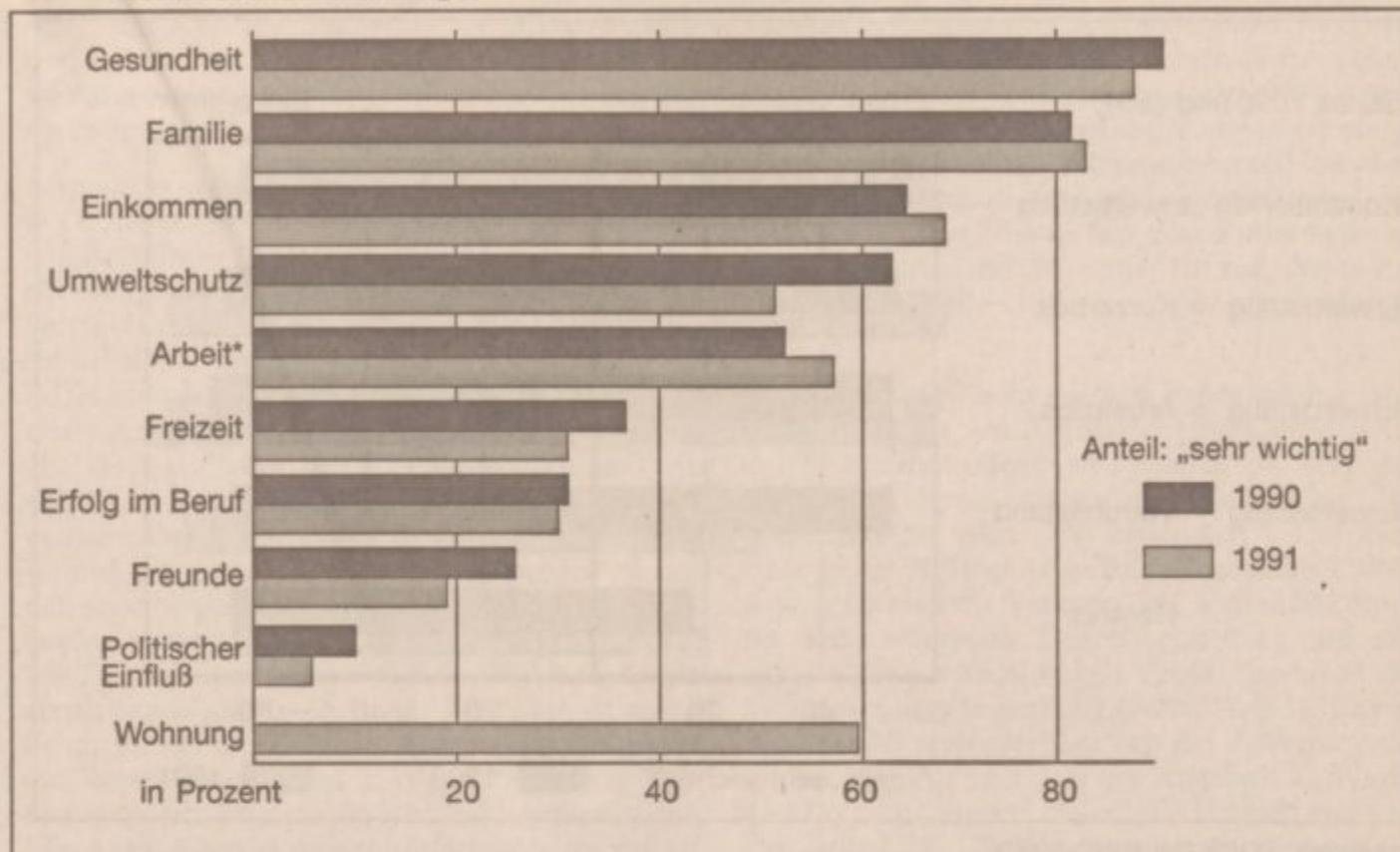
II. Wie wichtig sind einzelne Lebensbereiche für das subjektive Wohlbefinden der Ostdeutschen?

Nicht alle Lebensbereiche sind für das subjektive Wohlbefinden der Menschen in Ostdeutschland gleichermaßen von Bedeutung. Abbildung 1 zeigt, daß die privaten Bereiche Familie und Gesundheit 1990 an der Spitze der Rangfolge stehen, während der politische Einfluß für das individuelle Wohlergehen relativ bedeutungslos ist. Auch der öffentliche Bereich „Umweltschutz“ wird 1990 mehrheitlich als sehr wichtig angesehen. Die hohe Sensibilisierung und der große Problemdruck in diesem Bereich dürften zu diesem Zeitpunkt für seinen hohen Stellenwert ausschlaggebend sein. Die Rangfolge dieser Wichtigkeiten weist in den alten und neuen Bundesländern eine erstaunliche Ähnlichkeit auf, aber hinsichtlich des absoluten Stellenwerts schreiben die Ostdeutschen vielen Lebensbereichen eine höhere Bedeutung für ihr subjektives Wohlbefinden zu⁶. Angesichts der großen Bedeutung der Erwerbsarbeit in der früheren DDR und der aktuellen ökonomischen Krise in den neuen Ländern ist es wenig überraschend, daß vor allem Arbeit und Einkommen in der ostdeutschen Bevölkerung wesentlich höher eingestuft werden als im Westen.

Im Zuge der Umstrukturierung in Ostdeutschland hat sich die Bedeutung einzelner Lebensbereiche verändert, die Rangfolge der Bereiche blieb hier von allerdings weitgehend unberührt. Auffällig ist, daß auf der einen Seite vor allem der Umweltschutz 1991 von vielen Befragten als weniger wichtig für das eigene Wohlbefinden eingestuft wird. Neben einer regional günstigeren Wahrnehmung des Umweltzustandes dürften hierbei auch veränderte Prioritäten eine Rolle spielen. So ist auf der anderen Seite der hohe Stellenwert von Arbeit und Einkommen noch weiter gestiegen. Die Zustände und Entwicklungen in diesen Bereichen kennzeichnen den Kern jener Problemfelder, die Mitte 1991 das individuelle Wohlbefinden weiter Teile der ostdeutschen Bevölkerung bestimmen (Tabelle 1).

6 Zu den entsprechenden Verteilungen vgl. Roland Habich/Detlef Landua/Wolfgang Seifert/Annette Spellerberg, „Ein unbekanntes Land“ – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B32/91, S. 13–33, (hier S. 28–29).

Abb. 1: Bedeutung einzelner Lebensbereiche für das subjektive Wohlbefinden der neuen Bundesbürger



* Nur Befragte bis 60 Jahre

Datenbasis: SOEP-Ost (1990-1991).

Tabelle 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen für das subjektive Wohlbefinden in Ostdeutschland
Anteile in Prozent

Wichtigkeit ¹	Insgesamt		Geschlecht				Altergruppen					
			Männer		Frauen		bis 30 J.		31 bis 60 J.		über 60 J.	
	O-90	O-91	O-90	O-91	O-90	O-91	O-90	O-91	O-90	O-91	O-90	O-91
- Gesundheit	91	88	90	86	93	90	87	85	92	86	94	93
- Familie	82	83	80	80	83	85	81	83	87	88	72	70
- Einkommen	65	69	66	71	65	68	64	72	66	70	65	65
- Umweltschutz	64	52	63	50	64	54	56	46	65	53	71	57
- Arbeit ²	53	58	55	63	52	53	50	56	55	60	25	15
- Freizeit	37	31	40	32	35	29	48	40	38	30	23	23
- Berufl. Erfolg	31	30	36	35	27	25	36	36	36	35	14	6
- Freundeskreis	26	20	26	19	26	22	40	32	23	16	16	16
- Pol. Einfluß	10	6	11	7	10	5	6	5	13	5	10	7

1 Anteil „Sehr wichtig“. Frage: „Welche der nachfolgenden Bereiche sind für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?“

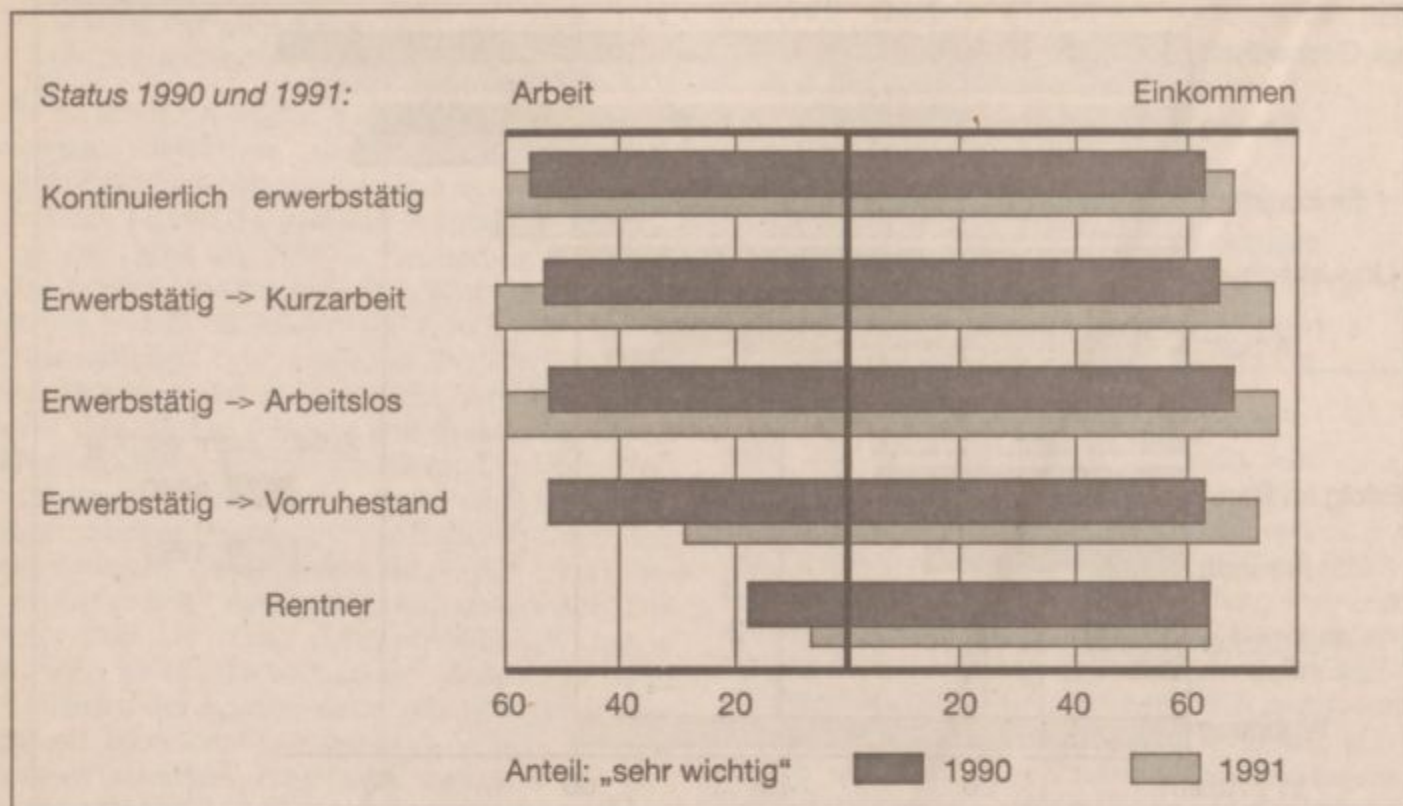
2 Für die Spalten „Insgesamt“ sowie für Männer und Frauen nur Befragte bis zum 60. Lebensjahr.

Datenbasis: SOEP-Ost (1990-1991).

Die jeweilige Bedeutung einzelner Lebensbereiche für das persönliche Wohlergehen ist erwartungsgemäß nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen ausgeprägt, sondern variiert nach dem Geschlecht und dem Alter der Befragten (Tabelle 1). Es ist bemerkenswert, daß der vergleichbar hohe Stellenwert, den der Arbeitsbereich für ostdeutsche Männer und Frauen (bis 60 Jahre) noch 1990 einnahm, 1991 ein geschlechtsspezifisches Gefälle

aufweist: Männer schreiben der Arbeit zu diesem Zeitpunkt eine höhere Bedeutung für ihr persönliches Wohlbefinden zu, Frauen bewerten diesen Bereich hingegen fast unverändert. Es wäre voreilig, hieraus bereits auf einen relativen „Bedeutungsverlust“ der Erwerbsarbeit für Frauen zu schließen, denn nach wie vor stuft eine Mehrheit der ostdeutschen Frauen Arbeit als „sehr wichtig“ für ihr Wohlbefinden ein. Eine vergleichbar stark

Abb. 2: Wichtigkeit von Arbeit und Einkommen im Rahmen verschiedener Statuspassagen
Anteile in Prozent



Datenbasis: SOEP-Ost (1990-1991).

ausgeprägte Arbeitsorientierung ist bei westdeutschen Frauen nicht zu finden⁷.

Mit zunehmendem Alter gewinnt, nicht zuletzt aufgrund der altersbedingt wachsenden Probleme in diesem Bereich, die Gesundheit an Bedeutung; andere Lebensbereiche wie Arbeit, Familie und Freizeit treten in fortgeschrittenen Lebensphasen hingegen erwartungsgemäß zurück. Die Wichtigkeit des Einkommens ist lediglich für Befragte der beiden ersten Altersgruppen gestiegen, für ältere Ostdeutsche hat sich der Stellenwert dieses Bereichs nicht verändert.

Werden die Wichtigkeitseinschätzungen im Sinne von Ansprüchen an einzelne Lebensbereiche interpretiert, so enthalten diese Angaben auch Informationen über die Reaktionsweisen der Betroffenen auf Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse. Prinzipiell ist es möglich, auf bestimmte, nicht erwünschte Veränderungen in den eigenen Lebensumständen entweder mit veränderten Verhaltensmustern (Protestverhalten, Aktivitäten zur Beseitigung des ungewollten Zustands etc.) oder mit neuen Einstellungsmustern zu reagieren. Eine Möglichkeit, mit der Sorge um den drohenden oder tatsächlichen Verlust des eigenen Arbeitsplatzes „umzugehen“, liegt deshalb auch darin, die Bedeutung der Erwerbsarbeit für das eigene Wohl-

finden – im Sinne reduzierter Anspruchshaltungen – zu vermindern. Diese Möglichkeit erscheint jedoch nur unter den Voraussetzungen realistisch, daß sowohl gesellschaftlich akzeptierte Rollenalternativen zur Berufstätigkeit vorhanden sind (in westlichen Gesellschaften bspw. in der „Hausfrauenrolle“) als auch der finanzielle Bedarf des betroffenen Haushalts durch die Erwerbslosigkeit einzelner Mitglieder nicht gefährdet ist. Beide Voraussetzungen sind z.Zt. in Ostdeutschland kaum gegeben.

Abbildung 2 zeigt für Personen mit unverändertem Erwerbsstatus und für Personen, die bis 1991 arbeitslos wurden bzw. von einem „regulären“ Beschäftigungsverhältnis in Kurzarbeit oder in „Vorruhestand“ wechselten, und schließlich für die Vergleichsgruppe der Rentner, die bereits vor 1990 aus dem Erwerbsleben ausschieden, die Anteile der Befragten, die angaben, Arbeit bzw. Einkommen seien „sehr wichtig“ für ihr Wohlbefinden. Diesen Ergebnissen ist zu entnehmen, daß lediglich die altersgeprägten Erwerbsübergänge der Personen, die die Vorruhestandsregelung in Anspruch nahmen, einen verminderten Stellenwert von Arbeit erkennen lassen. Sowohl Kurzarbeiter als auch Arbeitslose in Ostdeutschland heben im Zusammenhang mit den Veränderungen ihres Erwerbsstatus die Bedeutung von „Arbeit“ sogar noch weiter hervor. Einstellungsänderungen dieser Gruppen lassen sich also eher in Form von *verstärkten Anspruchshaltungen* erkennen. Dies gilt

7 Zur Bedeutung von Arbeit und Freizeit s. ausführlicher bei R. Habich u. a. (Anm. 6), S. 30.

für Männer und Frauen gleichermaßen. Infolge der angeführten Statuspassagen bzw. -veränderungen steigt auch die Bedeutung der Einkommensverhältnisse, die sowohl für die kontinuierlich Erwerbstätigen als auch für Rentner bis 1991 fast unverändert bleibt.

Angesichts der anhaltenden ökonomischen Krise in Ostdeutschland und der dadurch hervorgehobenen Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Existenzsicherung, aber auch vor dem Hintergrund des relativ hohen subjektiven Stellenwertes, den die Berufsarbeit für Männer und Frauen in der früheren DDR einnahm, ist davon auszugehen, daß reduzierte Anspruchshaltungen von Erwerbslosen vorerst und weiterhin nicht zu erwarten sind. Die sichtbaren Reaktionen auf die Bedrohungen oder den direkten Verlust des eigenen Arbeitsplatzes werden vor allem auf der Verhaltensebene zu finden sein: Migrationen von Ost- nach Westdeutschland, „Arbeitspendler“, Protestverhalten in Form von Demonstrationen oder an der Wahlurne sowie zunehmende soziale Devianz. Weiterhin ist anzunehmen, daß die nicht-sichtbaren Reaktionen auf die Verschlechterungen in den Arbeits- und Einkommensverhältnissen, in Verbindung mit den hohen Ansprüchen in diesen Bereichen, nicht zuletzt auch in massiver Unzufriedenheit zum Ausdruck kommen werden.

III. Wie bewerten die Ostdeutschen ihre Lebensbedingungen zwischen 1990 und 1991 im einzelnen?

Aus zahlreichen Untersuchungen zur subjektiven Wohlfahrtsforschung ist bekannt, daß in Westdeutschland ein *insgesamt* hohes Zufriedenheitsniveau besteht⁸. Durch den Vergleich der Daten des „Wohlfahrtssurveys 1988“ mit denen des „Wohlfahrtssurveys 1990-Ost“ (beides sind repräsentative Bevölkerungsumfragen zur Messung objektiver Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens⁹) konnte gezeigt werden, daß sich innerhalb einer Bewertungshierarchie von Bereichszufriedenheiten in Ost- und Westdeutsch-

8 Es gibt kaum Teilbereiche, in denen der Anteil der „Unzufriedenen“ über dem der „Zufriedenen“ liegt. Die niedrigsten Zufriedenheiten finden sich bei der Bewertung öffentlicher Bereiche wie dem Umweltschutz und der Kriminalitätsbekämpfung, am besten bewerten die Westdeutschen ihr privates Umfeld, wie das Familienleben und die Ehe bzw. die Partnerschaft. Trotz eines insgesamt hohen subjektiven Wohlfahrtsniveaus streuen die Bewertungen mehrerer Lebensbereiche also beträchtlich und einzelne Bevölkerungsgruppen bewerten ein und denselben Lebensbereich teilweise sehr unterschiedlich; vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1989, Teil II, insbes. Kap. 3.

land kaum nennenswerte Unterschiede finden lassen: Auch in Ostdeutschland stehen Familie und Partnerbeziehungen an der Spitze einer Rangordnung der Zufriedenheiten; die öffentliche Sicherheit und der Umweltschutz werden 1990 auch in den neuen Bundesländern am niedrigsten eingestuft. Als Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen Ost- und Westdeutschen zeichnete sich ein allgemein niedrigeres Niveau fast aller Zufriedenheitswerte im Osten ab¹⁰. Wie aber hat sich dieses Zufriedenheitsgefälle im Laufe eines Jahres entwickelt?

Auch im Sozio-ökonomischen Panel werden jährlich eine Reihe von Zufriedenheitsfragen gestellt, deren Skalenbereiche sich einheitlich von den Werten „0“ (ganz und gar unzufrieden) bis „10“ (ganz und gar zufrieden) erstrecken¹¹. Die Tendenz in der Entwicklung der ostdeutschen Zufriedenheiten bis zum Sommer 1991 wird dabei durch die kontrastierende Gegenüberstellung mit den vorhandenen westdeutschen Vergleichswerten von 1989 besonders augenfällig (Abbildung 3). Erwartungsgemäß verbessert hat sich die Bewertung der Ostdeutschen hinsichtlich des Angebots an Waren und Dienstleistungen. Allerdings ist noch mehr als ein Drittel der Befragten mit dem bestehenden Angebot „eher unzufrieden“ und auch der niedrige Durchschnittswert von 5,7 weist auf ein nach wie vor bestehendes Versorgungsdefizit in diesem Bereich hin. Die Bewertung des Umweltzustandes hat sich ebenfalls deutlich verbessert. Es sollte aber berücksichtigt werden, daß einerseits die Mehrheit aller Ostdeutschen hier immer noch Unzufriedenheit äußert und andererseits die Ursachen dieser tendenziell positiveren Bewertung nicht nur in den praktizierten Maßnahmen zur Umweltsanierung, sondern auch in den Nebenfolgen zahlreicher Betriebsstillegungen zu suchen sein dürften.

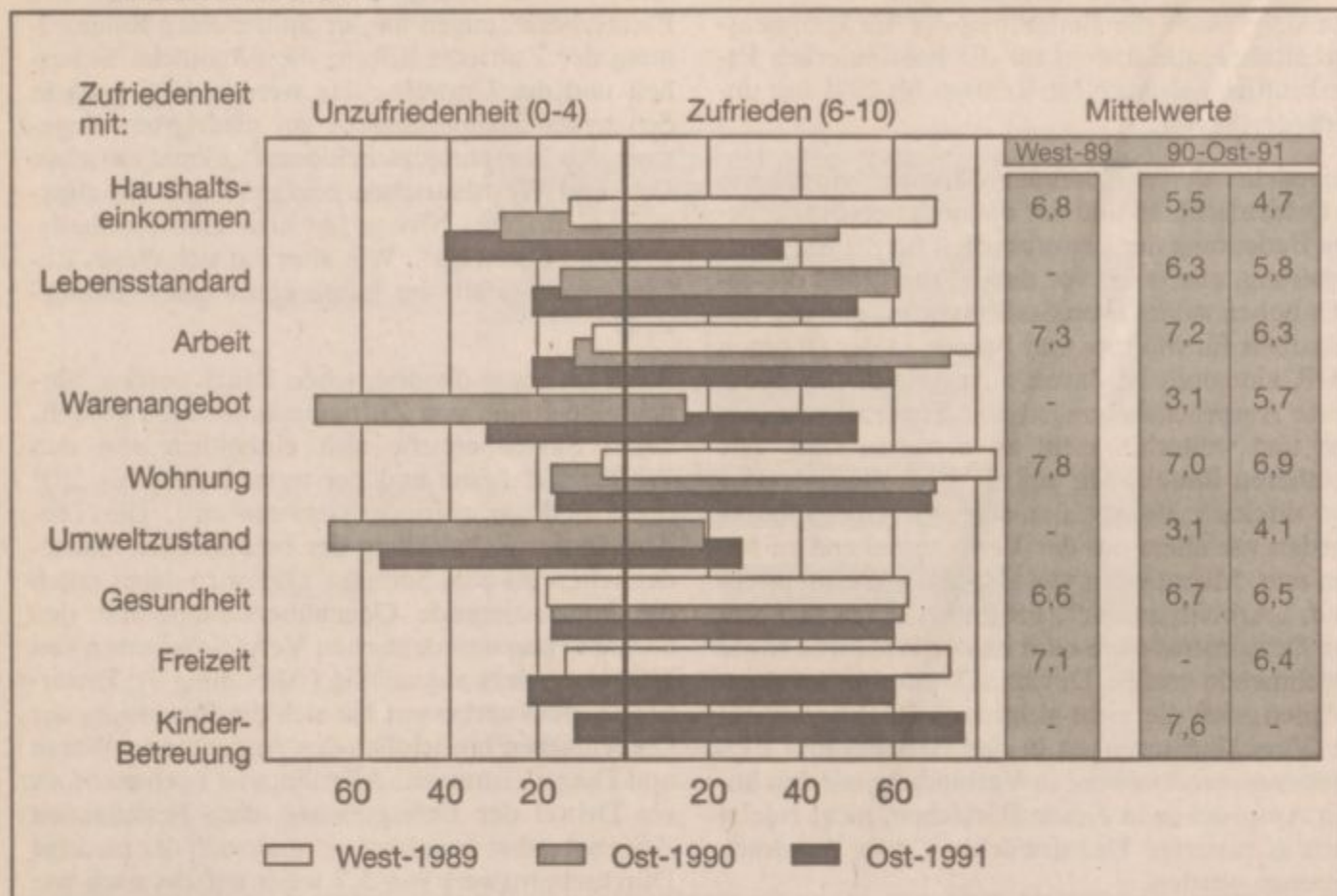
Über 70 Prozent der Westdeutschen waren 1989 mit dem Einkommen ihres Haushaltes „eher zufrieden“, in Ostdeutschland war dies 1990 nur bei weniger als der Hälfte aller Befragten der Fall. Die

9 Ein zusammenfassender Überblick über die Daten und über den zugrundeliegenden theoretischen Ansatz der empirischen Wohlfahrtsforschung findet sich bei Roland Habich/Wolfgang Zapf, Gesellschaftliche Dauerbeobachtung mit Surveydaten. Die Wohlfahrtssurveys: Instrument der Sozialberichterstattung, in: Gerd Wagner u. a. (Hrsg.), Fortschritte der Wirtschafts- und Sozialberichterstattung, Weinheim 1991.

10 Zu einer differenzierten Darstellung und Interpretation entsprechender Ergebnisse vgl. Detlef Landua, Social aspects of german unification, in: A. Ghanie Ghaussy/Wolf Schäfer (Hrsg.), Economic issues on german unification, 1992b, in Vorbereitung; Detlef Landua/Annette Spellerberg/Roland Habich, Der lange Weg zur Einheit – Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern, Arbeitspapier P 91–101, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, WZB, 1991; R. Habich u. a. (Anm. 6), S. 27.

11 Zu Vergleichszwecken zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung werden in diesem Beitrag die Angaben ausländischer MitbürgerInnen nicht angeführt.

Abb. 3: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland
Anteile in Prozent



Datenbasis: SOEP-West (1989); SOEP-Ost (1990-1991).

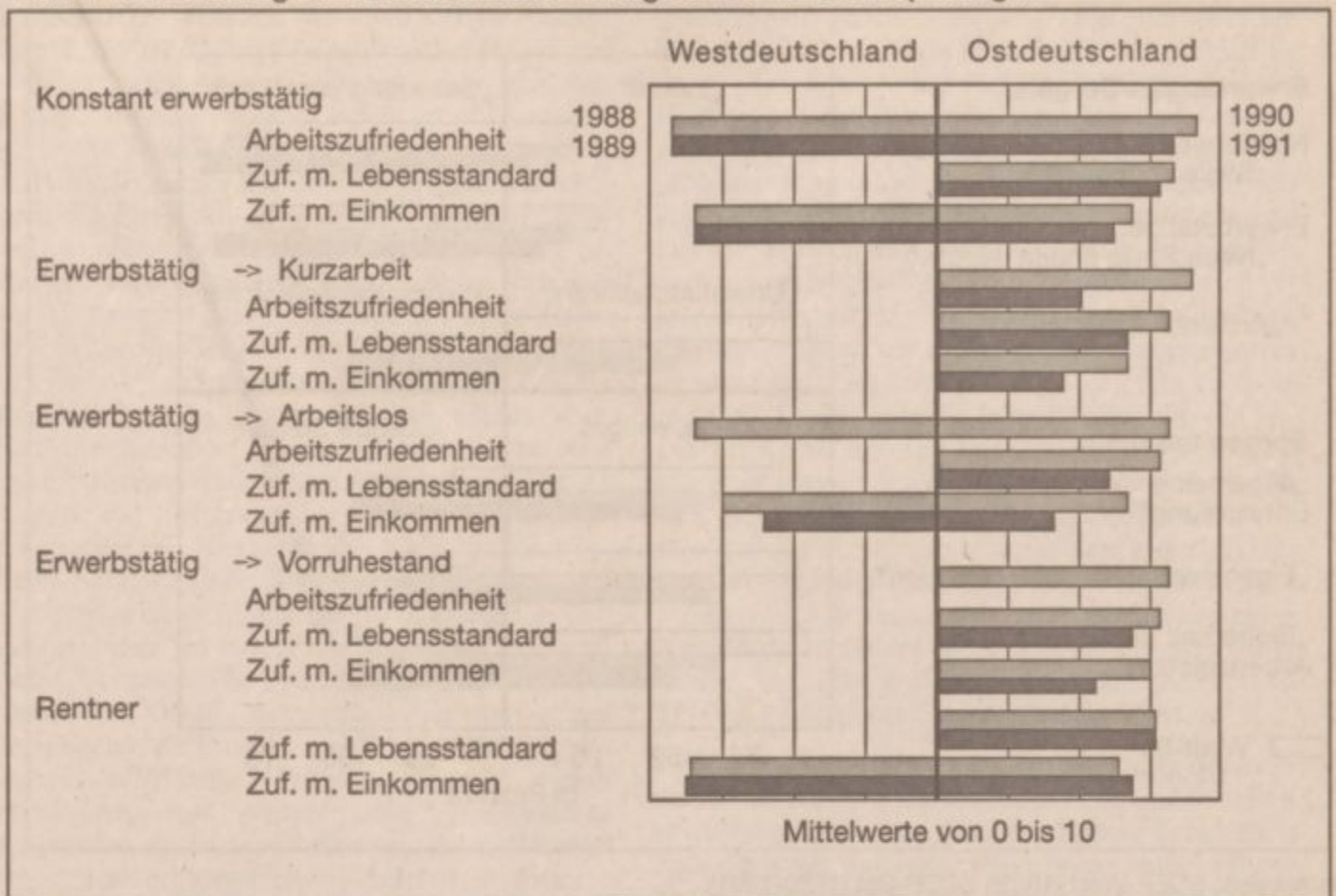
Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen der früheren DDR lag damit bereits zu diesem Zeitpunkt auf einem niedrigen Niveau. Angesichts des bereits ungewöhnlich hohen Ausmaßes an Unzufriedenheit ist hervorzuheben, daß die eigene Einkommensentwicklung – im Rahmen der Maßnahmen zur „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ – bis Juni 1991 von vielen Ostdeutschen noch schlechter bewertet wird: 1991 liegt der Anteil der „eher Unzufriedenen“ mit rund 40 Prozent deutlich über dem der „eher Zufriedenen“. Ein Großteil der ostdeutschen Bevölkerung äußert damit gerade in einem der Bereiche Unzufriedenheit, der für ihr individuelles Wohlbefinden zugleich als einer der wichtigsten anzusehen ist. Das ebenfalls sinkende Niveau der Bewertung des eigenen Lebensstandards ergänzt das Bild eines wachsenden Gefälles zwischen Ost und West hinsichtlich der Zufriedenheit mit zentralen materiellen Lebensbedingungen.

Das Niveau der Arbeitszufriedenheit wies 1990 noch keine nennenswerten Ost-West-Unterschiede auf: Mehr als drei Viertel aller Ostdeutschen bzw. über 80 Prozent aller Westdeutschen waren mit ihrer Arbeit „eher zufrieden“. Auch in diesem Teilbereich zeichnet sich innerhalb eines Jahres im Osten ein deutlicher Bewertungseinbruch ab, dessen Ursachen vor allem in der Zunahme „irregulärer“ Beschäftigungsverhältnisse – wie Kurzarbeit – zu suchen sind¹².

Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen für den teilweise drastischen Rückgang der Zufriedenheit mit den Einkommensverhältnissen, dem eigenen Lebensstandard – aber auch für die sinkende Arbeitszufriedenheit – in Ostdeutschland steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Veränderungen des Erwerbsstatus, von denen viele Ostdeutsche bis 1991 betroffen sind. Infolge dieser Statuspassagen sind die bedeutendsten Zufriedenheitsveränderungen zu erkennen (Abbildung 4). Eine durchgängige Erwerbstätigkeit zwischen 1988 und 1989 führt bei westdeutschen Berufstätigen erwartungsgemäß zu konstanten und hohen Werten der Einkommens- und Arbeitszufriedenheit. Das Niveau der Arbeitszufriedenheit der konstant erwerbstätigen Ostdeutschen geht von 1990 bis 1991 hingegen leicht zurück. Möglicherweise spielen hier, neben den vorhandenen Ängsten und Sorgen

12 Das Zufriedenheitsgefälle zwischen Ost und West bleibt auch dann bestehen, wenn man die Bewertungen einzelner Bevölkerungsgruppen betrachtet: Sowohl für Männer und Frauen als auch für einzelne Altersgruppen liegt das Zufriedenheitsniveau der Ostdeutschen unter dem entsprechenden Niveau westdeutscher Gruppen. Die Entwicklung der Lebensverhältnisse im Ostteil Deutschlands wird im Laufe eines Jahres von den einzelnen Gruppen allerdings nicht völlig gleichförmig bewertet. Während bspw. ältere Befragte im Alter von über 60 Jahren keine nennenswerte Verschlechterung ihrer Einkommenssituation wahrnehmen, wird gerade der Einkommensaspekt von jüngeren Altersgruppen deutlich schlechter bewertet. Vgl. hierzu ausführlicher D. Landua (Anm. 3), Kap. 4.

Abb. 4: Veränderung von Zufriedenheiten infolge einzelner Statuspassagen



Datenbasis: SOEP-West (1988-1989); SOEP-Ost (1990-1991).

um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, auch die in ihrem Ausmaß nicht unbedeutenden beruflichen Abstiegsprozesse eine gewisse Rolle. Trotz anhaltender Berufstätigkeit sind die betreffenden Personen auch mit der Höhe ihres Haushaltseinkommens unzufriedener als ein Jahr zuvor. Dabei sollte betont werden, daß auch die Einkommenszufriedenheit dieser Gruppe bereits 1990 weit unter dem westdeutschen Niveau lag.

Dieser Rückgang kann insofern erstaunen, als die Arbeitseinkommen der Ostdeutschen bis 1991 (im Durchschnitt) stärker gestiegen sind als die Inflationsrate¹³, real also ein Einkommenszuwachs zu verzeichnen war. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß, anders als in Westdeutschland, in der DDR die Ehefrau im Normalfall erwerbstätig war. In der Mehrzahl der ostdeutschen Haushalte trugen also mindestens zwei Erwerbspersonen zum Haushaltseinkommen bei. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Berufstätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhalts und als Determinante des Lebensstandards ist deshalb neben der individuellen Erwerbsbeteiligung auch die Verteilung vor Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen innerhalb der ostdeutschen Haushalte ausschlaggebend. Ein Teil der gestiegenen Unzufriedenheit berufstätiger Personen mit dem Haushaltseinkommen könnte

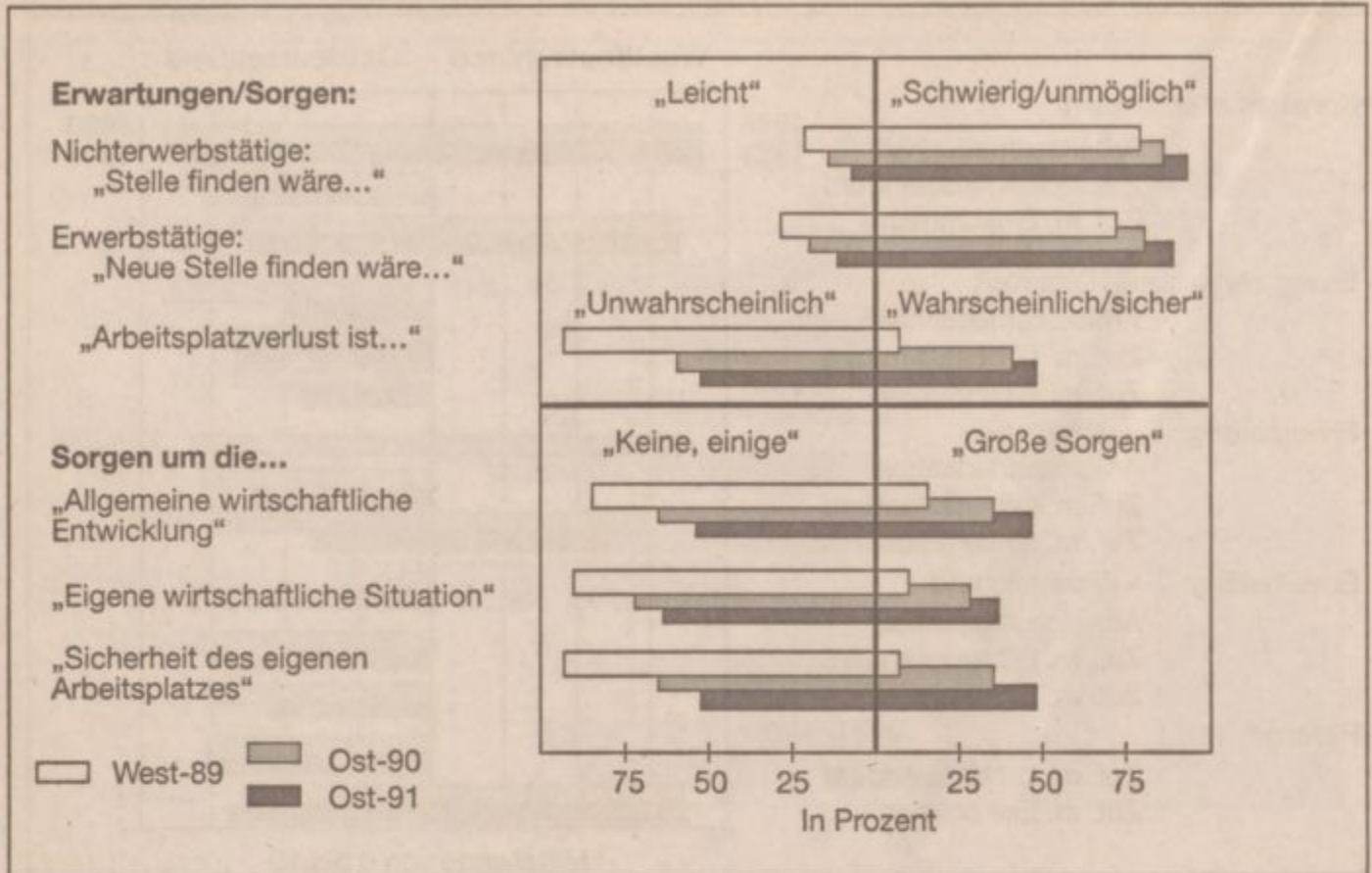
¹³ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Ostdeutschland, Wochenbericht, (1992) 4, S. 36-40.

demnach durchaus auf die Arbeitslosigkeit eines anderen Haushaltsmitglieds, also auf *haushaltsinterne Veränderungen* von Erwerbskonstellationen zurückzuführen sein.

Im ostdeutschen Maßstab günstig stellt sich, aus der Perspektive der Betroffenen, die Entwicklung der Renteneinkommen in den neuen Bundesländern dar. Die Bewertungsangaben dieser Gruppe zu ihren materiellen Lebensverhältnissen liegen zwar noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau, sind aber – entgegen dem allgemeineren Trend – Anzeichen eines Zufriedenheitsanstiegs. Hinsichtlich der Einschätzungen bezüglich der Höhe des eigenen Haushaltseinkommens und dem damit verbundenen Lebensstandard unterscheiden sich die Rentner im Osten 1991 kaum von den Erwerbstätigen. Die neuorganisierten und -strukturierten Versorgungsleistungen im Zuge der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ werden von den meisten älteren Nichterwerbstätigen also keineswegs negativ beurteilt.

Insgesamt erweisen sich die angeführten Zufriedenheitswerte der Rentner und derjenigen Ostdeutschen, die sich bis 1991 auf dem Arbeitsmarkt halten konnten, als stabil; d. h. im Vergleich zu denen jener Bevölkerungsgruppen, deren Arbeitsverhältnis einschneidenden und bis dahin weitgehend unbekanntem Veränderungen unterlag. Der Umfang der Zufriedenheitseinbußen im Osten, die durch Arbeitslosigkeit ausgelöst werden, über-

Abb. 5: Erwartungen und Sorgen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: SOEP-West (1989); SOEP-Ost (1990-1991).

steigt bei weitem das Ausmaß in der westdeutschen Vergleichsgruppe. Der Verlust der Erwerbsarbeit zieht zwar auch im Westen schwere Wohlfahrtsdefizite nach sich, aber zum einen ist Arbeitslosigkeit hier bereits seit langem eine bekannte Form der Nichterwerbstätigkeit, zum anderen kumulieren ihre Folgen nicht mit den persönlichen Belastungen und Unsicherheiten im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Umbruchprozesses, mit dem die Menschen in den neuen Bundesländern zur Zeit konfrontiert sind.

Kurzarbeiter unterscheiden sich hinsichtlich ihres arbeitsrechtlichen Status von der Gruppe der Arbeitslosen; die mit dem Übergang in diese Beschäftigungsform einhergehenden schlechteren Bewertungen der eigenen Lebensverhältnisse ähneln hingegen in ihrem Muster weitgehend denen der arbeitslos gemeldeten Personen. Die durchschnittliche Arbeitszufriedenheit der Kurzarbeiter sinkt infolge dieses Statuswechsels von 6,9 auf 4,0. Auch dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, daß die Betroffenen der praktizierten Kurzarbeiterregelung eher negativ gegenüberstehen und nur eine Minderheit mögliche Vorteile, die sich aus diesem Beschäftigungsverhältnis ergeben können, auch wahrnimmt. Eine Alternative zum allgemein akzeptierten Status der vollzeiterwerbstätigen Arbeitskraft in Ostdeutschland zeichnet sich in diesem Modell nicht ab.

Auch der Übergang in die Nichterwerbstätigkeit durch die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung führt zu sichtbar schlechteren Bewertungen des Haushaltseinkommens und des Lebensstandards. Die Zufriedenheitseinbußen enthalten in ihrem Umfang jedoch nicht die Bedeutung, wie sie bei Arbeitslosen und Kurzarbeitern zu erkennen ist.

IV. Welche wirtschaftlichen Sorgen und beruflichen Erwartungen verbinden die Deutschen mit ihrer Lebenslage?

Einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden, wenn man einen sucht, ist keine leichte Aufgabe. Dies gibt 1989 auch die Mehrheit der westdeutschen Erwerbslosen an (Abbildung 5). Nicht einmal jeder vierte glaubt, eine solche Suche „leicht“ zum Erfolg bringen zu können. Auch die Erwerbstätigen in Westdeutschland erwarten mehrheitlich Schwierigkeiten, oder sie befürchten sogar, vor einer praktisch unlösbaren Aufgabe zu stehen, sollten sie nach einem denkbaren Arbeitsplatzverlust gezwungen sein, sich eine neue und gleichwertige Arbeitsstelle suchen zu müssen (72 Prozent). Andererseits sind jedoch die meisten Erwerbstätigen

im Westen zugleich sicher, nie mit dieser Situation konfrontiert zu werden. Nur rund sieben Prozent halten den Verlust ihres Arbeitsplatzes für „wahrscheinlich“ oder „sicher“; dies entspricht dem Anteil aller Erwerbstätigen, die sich „große Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen. Das Ausmaß an Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unterliegt – konjunkturabhängig – auch in der „alten“ Bundesrepublik erheblichen Schwankungen. 1989 machten sich nur etwa 17 Prozent der Westdeutschen über dieses Problem „große Sorgen“. Noch weniger (11 Prozent) sahen zu diesem Zeitpunkt ernsthafte Schwierigkeiten in bezug auf ihre eigene wirtschaftliche Situation. Erheblich schlechtere subjektive Arbeitsmarktchancen und größere Sorgen bezüglich der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes äußerten die Befragten in Ostdeutschland bereits im Sommer 1990. Noch bevor Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu einem politischen und sozialen Hauptproblem im wiedervereinten Deutschland wurden, erwarteten 86 Prozent aller Nichterwerbstätigen im Osten Schwierigkeiten bei einer Arbeitssuche; 81 Prozent der Erwerbstätigen vermuteten erhebliche Probleme, nach einem Arbeitsplatzverlust wieder eine gleichwertige Stelle finden zu können. Anders als im Westteil Deutschlands schlossen aber bereits ca. 40 Prozent gleichzeitig einen Verlust ihrer Arbeitsstelle nicht mehr aus. Mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen machte sich entsprechend „große Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Dies sind Hinweise einer frühzeitig skeptischen Einschätzung der Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Bis 1991 hat sich dieses pessimistische Stimmungsbild weiter verschlechtert. Nur noch sieben Prozent der Nichterwerbstätigen erwarten eine leichte Stellensuche (93 Prozent rechnen mit Schwierigkeiten) und nur noch zehn Prozent der Erwerbstätigen schätzen ihre weiteren Arbeitsmarktchancen im Falle der eigenen Erwerbslosigkeit als günstig ein (90 Prozent geben sich wenig Chancen). Dieses Ergebnis erhält durch den Umstand zusätzliches Gewicht, daß nunmehr fast die Hälfte der Erwerbstätigen fürchtet, „sicher“ oder „wahrscheinlich“ mit der schweren Aufgabe einer Stellensuche konfrontiert zu werden. Das Ausmaß an Sorgen über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, aber auch die persönliche Zukunft ist ebenfalls erheblich angewachsen. Ungewißheit, Ängste und Sorgen um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes und damit um die Existenzgrundlagen sind damit zu einem übergreifenden Massenphänomen in den neuen Bundesländern geworden¹⁴.

Wiederum sind die Ursachen für diesen allgemeinen Stimmungstrend vor allem in Zusammenhang mit Veränderungen des Erwerbsstatus zu sehen (Abbildung 6). So schätzen zwar auch die Ostdeutschen, die sich bis 1991 in einem regulären Beschäftigungsverhältnis halten konnten, ihre eigenen Arbeitsmarktchancen im Falle eines mög-

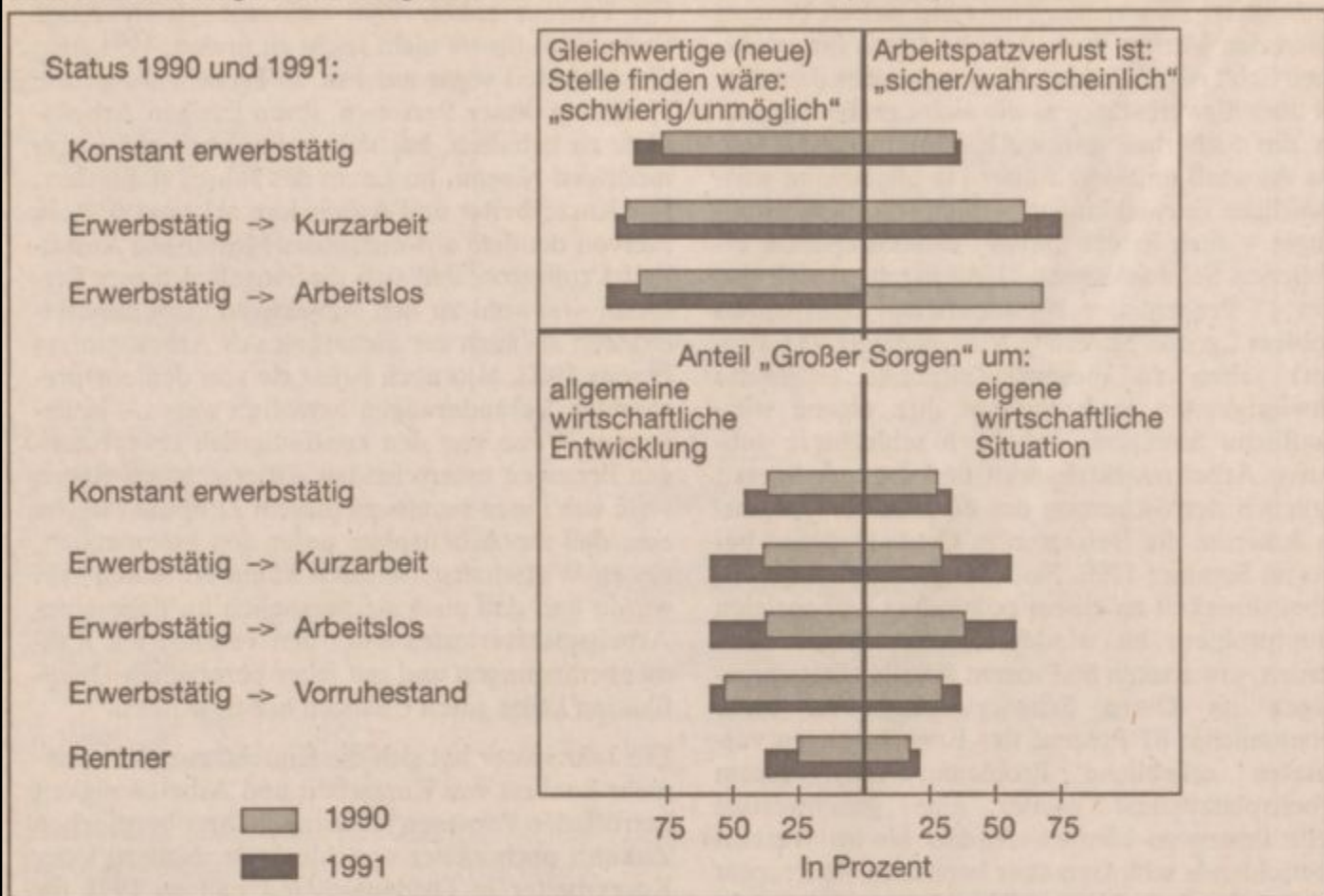
lichen Arbeitsplatzverlustes alles andere als gut ein (78 Prozent gaben 1990 an, eine gleichwertige Stelle wäre für sie nicht leicht zu finden, 1991 stieg dieser Anteil sogar auf fast 90 Prozent), aber die Hoffnung dieser Personen, ihren jetzigen Arbeitsplatz zu behalten, hat sich, wenn auch auf einem niedrigen Niveau, im Laufe des Jahres stabilisiert. Für Kurzarbeiter und Arbeitslose zeichnet sich ein hiervon deutlich abweichendes Muster ab. Auffällig ist zunächst, daß sich die Angaben dieser Personen – sowohl zu den subjektiven Arbeitsmarktchancen als auch zur Sicherheit des Arbeitsplatzes bereits 1990, also noch *bevor* sie von den entsprechenden Veränderungen betroffen waren – in negativer Weise von den kontinuierlich erwerbstätigen Personen unterscheiden. Offensichtlich gingen viele von ihnen bereits zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß ihr Arbeitsplatz unter den kommenden, neuen Wirtschaftsstrukturen kaum zu halten sein würde und daß auch sie persönlich im Falle eines Arbeitsplatzverlustes unter den veränderten Rahmenbedingungen und mit ihrer beruflichen Qualifikation keine guten Chancen haben würden.

Ein Jahr später hat sich die Einschätzung der nunmehr konkret von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen Personen hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft noch weiter verschlechtert. Nahezu jeder Kurzarbeiter in Ostdeutschland hält es 1991 für „schwierig“ oder sogar für „praktisch unmöglich“, nach Verlust des eigenen Arbeitsplatzes eine neue, gleichwertige Stelle finden zu können; ebenso vollständig haben Arbeitslose die Hoffnung aufgegeben, „leicht“ eine neue Stelle finden zu können. Hinzu kommt, daß mehr als drei Viertel aller Kurzarbeiter es für „sicher“ bzw. für „wahrscheinlich“ halten, demnächst auch noch diese Beschäftigung zu verlieren.

Die genannten Erwerbsübergänge wirken sich weiterhin auf das Ausmaß an wirtschaftlichen Sorgen aus. Auch kontinuierlich erwerbstätige Personen im Vorruhestand und Rentner, die bereits vor 1990 aus dem Erwerbsleben ausschieden, machen sich infolge der fortdauernden und instabilen Umbruchsituation Ostdeutschlands erwartungsgemäß

14 Die Wahrnehmung der eigenen Arbeitsmarktchancen und das Ausmaß an wirtschaftlichen Sorgen variiert zwar erheblich zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, der Eindruck eines – im gesamtdeutschen Vergleich – generell schlechteren Stimmungsbildes im Osten bleibt jedoch für einzelne Gruppen erhalten. Männliche Nichterwerbstätige beurteilen ihre Chancen, eine geeignete Stelle finden zu können, deutlich günstiger als Frauen. Dies gilt für Ost- und Westdeutsche gleichermaßen. Wenig Unterschiede sehen erwerbstätige Männer und Frauen im Westen hinsichtlich ihrer subjektiven Arbeitsmarktchancen, in Ostdeutschland fürchten weibliche Erwerbstätige hingegen deutlich öfter als Männer, im Falle eines Arbeitsplatzverlustes keine gleichwertige Stelle mehr finden zu können. Angesichts des überproportionalen Anteils an Frauen unter den ostdeutschen Arbeitslosen dürfte sich in diesen Angaben eine recht realistische Einschätzung der besonders prekären Arbeitsmarktlage arbeitssuchender Frauen bis 1991 widerspiegeln. Vgl. hierzu D. Landua (Anm. 3), S. 22 ff.

Abb 6: Erwartungen und Sorgen im Rahmen einzelner Statuspassagen in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP-Ost (1990-1991).

mehr Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und z. T. auch über die eigene Situation, doch sowohl Arbeitslose als auch Kurzarbeiter sind von diesen Sorgen überproportional häufig betroffen. Jeweils rund 60 Prozent machen sich 1991 „große Sorgen“ um die eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlagen. Positiv ist anzumerken, daß das Ausmaß dieser Besorgnisse bei ostdeutschen Rentnern auf niedrigem Niveau nahezu stabil geblieben ist.

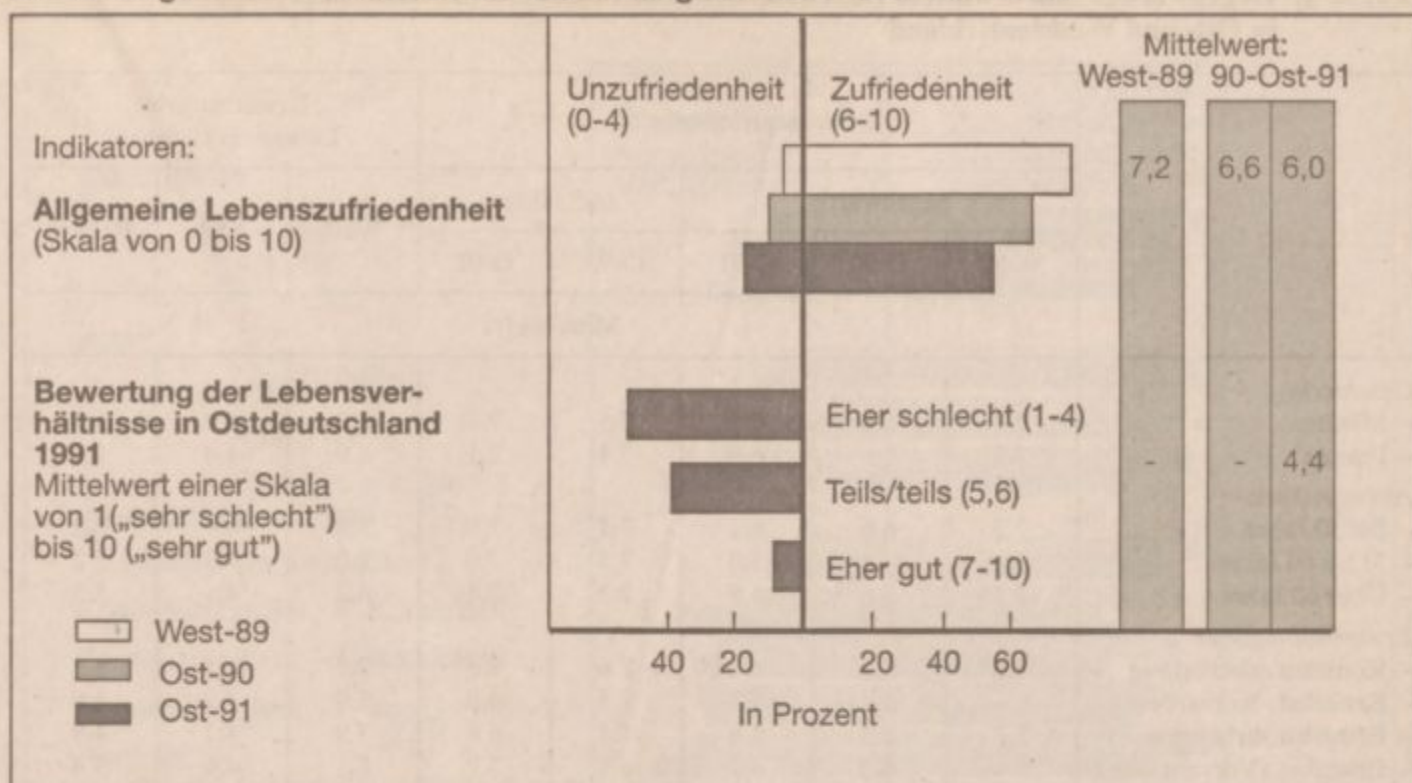
V. Wie bewerten die Ostdeutschen ihre momentanen Lebensverhältnisse insgesamt?

Um Auskunft über die zusammenfassende Bewertung aller persönlichen Lebensbedingungen zu erhalten, wird in der Wohlfahrtsforschung unter anderem nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit gefragt. Für die Angaben zu diesem Indikator sind, neben den eigenen Erwartungen und Ansprüchen an bestimmte Lebensbedingungen, auch soziale Vergleichsprozesse von Bedeutung, etwa mit bekannten Personen oder – im Falle der ehemaligen DDR-Bürger – mit den Westdeutschen. Auf die Frage: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ antworteten

Ost- und Westdeutsche sehr unterschiedlich (Abbildung 7). Auf einer Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) äußerten sich die westdeutschen Befragten 1989 mehrheitlich eher zufrieden (79 Prozent). Nur sechs Prozent gaben an, mit den eigenen Lebensumständen – alles in allem – eher unzufrieden zu sein. Dieses hohe Niveau ist in Westdeutschland über die letzten zehn Jahre weitgehend stabil geblieben¹⁵. In der ehemaligen DDR lag die allgemeine Lebenszufriedenheit mit einem Durchschnittswert von 6,6 bereits 1990 deutlich niedriger. Die Gesamtbevölkerung im Osten wies damit zu diesem Zeitpunkt in der globalen Bilanzierung ihrer Lebensverhältnisse ein Zufriedenheitsniveau auf, wie es im Westen überwiegend bei typischen Problemgruppen (Arbeitslose; alleinlebende, einsame Ältere; dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigte) anzutreffen ist. Die Ursache für dieses Wohlfahrtsdefizit lagen zum einen sicherlich in den schlechten materiellen Lebensumständen, die als „Erbe“ zentralistischer Planwirtschaft in der DDR hinterblieben waren. Aber auch das hohe Ausmaß an psychischen und emotionalen Beeinträchtigungen, Unsicherheiten und Sorgen über die eigene Zukunft, die nach dem schnellen Zusammenbruch des mehrheitlich abgelehnten, aber mit seinen Ordnungsmustern und „Arrangements“ doch gewohnten und vertrauten DDR-Staates weit ver-

15 Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt (Anm. 8), Teil II.

Abb. 7: Allgemeine Indikatoren der Bewertung von Lebensverhältnissen



Datenbasis: SOEP-West (1989); SOEP-Ost (1990-1991).

breitet waren, drückte sich in den niedrigen Zufriedenheiten aus.

Die in den vorangegangenen Abschnitten aufgezeigte negative Entwicklung der Bewertungen einzelner Lebensbereiche führt in ihrer Konsequenz zu entsprechend verschlechterten Gesamtbilanzierungen seitens der neuen Bundesbürger. Das Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist bis Juni 1991 weiter gesunken. Nur noch etwa die Hälfte der Ostdeutschen ist mit den eigenen Lebensumständen – alles in allem – eher zufrieden. Das in dem Durchschnittswert von 6,0 enthaltene Ausmaß an Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern kann vom Standpunkt der Wohlfahrtsforschung als alarmierend bezeichnet werden. Dem entspricht, daß mehr als die Hälfte aller Befragten 1991 angibt, die Lebensverhältnisse im Osten seien „eher schlecht“; nur etwa jeder zehnte beurteilt die vorhandenen Bedingungen noch positiv. Ein vergleichbares Ausmaß an Unzufriedenheit mit der Gesamtbilanz aller Lebensumstände wurde in der zurückliegenden Dekade in Westdeutschland nie beobachtet.

Das Niveau der Gesamtbewertung aller relevanten Lebensumstände hat sich im Osten insgesamt verschlechtert. Von dieser Tendenz heben sich nur Befragte über 60 Jahren bzw. Rentner, die bereits vor 1990 aus dem Erwerbsleben ausschieden, positiv ab (Tabelle 2). Die – im gesamtdeutschen Maßstab – nach wie vor relativ niedrige

Lebenszufriedenheit älterer Nichterwerbstätiger im Osten der Bundesrepublik ist zumindest in ihrem Niveau nicht weiter rückläufig. Die größten Einbußen in der Bewertung aller persönlichen Lebensumstände verzeichnen erwartungsgemäß Personen, die in Kurzarbeit wechselten oder arbeitslos wurden. Einschränkungen oder der Verlust des Erwerbsstatus führen bei den Betroffenen nicht nur zu drastisch verschlechterten Bewertungen ihrer gegenwärtigen Lebenslage, sondern wirken sich auch negativ auf die Einschätzung ihrer weiteren Zukunftsperspektiven aus: Auch die hohen Durchschnittswerte hinsichtlich ihrer erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren sind bei Arbeitslosen und Kurzarbeitern 1991 deutlich zurückgegangen.

Als aufschlußreich für die Einschätzung der momentanen Stimmungslage in Ostdeutschland erweisen sich auch die Angaben zur Bewertung der jeweiligen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland sowie innerhalb der Region, in der die Befragten wohnen. Selbstverständlich werden von den Ostdeutschen die Lebensverhältnisse im Westen erheblich besser eingeschätzt als in der früheren DDR. Bemerkenswert ist aber, daß nahezu alle Befragten die ihnen bekannten regionalen Probleme günstiger bewerten als die Verhältnisse im östlichen Teil Deutschlands insgesamt. In diesem Ergebnis könnte demnach eine gewisse „Überbetonung“ landesweiter Probleme gegenüber lokal begrenzten Einschränkungen in den

Tabelle 2: Gegenwärtige und erwartete Lebenszufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland

	Lebenszufriedenheit ¹					Bewertung der Lebensverhältnisse ²		
	gegenwärtig			in 5 Jahren		West	Ost	Region
	W-89	O-90	O-91	O-90	O-91			
	Mittelwerte							
<i>Geschlecht</i>								
- Männer	7.1	6.6	6.1	7.5	7.3	8.0	4.4	5.3
- Frauen	7.2	6.6	6.0	7.4	7.1	8.0	4.4	5.1
<i>Altersgruppen</i>								
- Bis 30 Jahre	7.3	6.6	6.1	7.7	7.6	7.8	4.4	5.2
- 31 bis 60 Jahre	7.1	6.5	5.8	7.5	7.0	8.0	4.3	5.2
- Über 60 Jahre	7.1	6.6	6.5	7.2	7.1	8.2	4.5	5.3
<i>Erwerbsübergänge</i>								
- Konstant erwerbstätig	7.2	6.7	6.2	7.6	7.5	7.9	4.5	5.3
- Erwerbst.-Kurzarbeit	-	6.4	5.3	7.5	6.8	7.9	4.2	4.8
- Erwerbst.-arbeitslos	5.8	6.3	4.8	7.4	6.8	7.9	4.1	4.9
- Erwerbst.-Vorruhestand	-	6.7	6.2	6.9	7.2	8.1	4.6	5.4
- Rentner	7.1	6.6	6.5	7.1	7.0	8.3	4.6	5.4
Insgesamt	7.2	6.6	6.0	7.5	7.2	8.0	4.4	5.2

1 Mittelwerte einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 (0 „ganz und gar unzufrieden“; 10 „ganz und gar zufrieden“). Frage: „Was meinen Sie, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – heute mit Ihrem Leben?; „Und was glauben Sie, wie wird es wohl in 5 Jahren sein?“.

2 Mittelwerte einer Bewertungsskala von 1 bis 10 (1 „sehr schlecht“; 10 „sehr gut“). Frage: „Die Lebensverhältnisse für die Bürger sind in verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich. Wie gut kann man Ihrer Meinung nach in den folgenden Teilen Deutschlands leben? A: Hier in der Region, in der Sie wohnen; B: Im westlichen Teil Deutschlands (alte BRD) insgesamt gesehen; C: Im östlichen Teil Deutschlands (frühere DDR) insgesamt gesehen.“ Ergebnisse des SOEP-Ost (91).

Datenbasis: SOEP-West (1989); SOEP-Ost (1990–1991).

eigenen Lebensverhältnissen zum Ausdruck kommen¹⁶.

VI. Wie sehen die Ostdeutschen ihre weitere persönliche Zukunft?

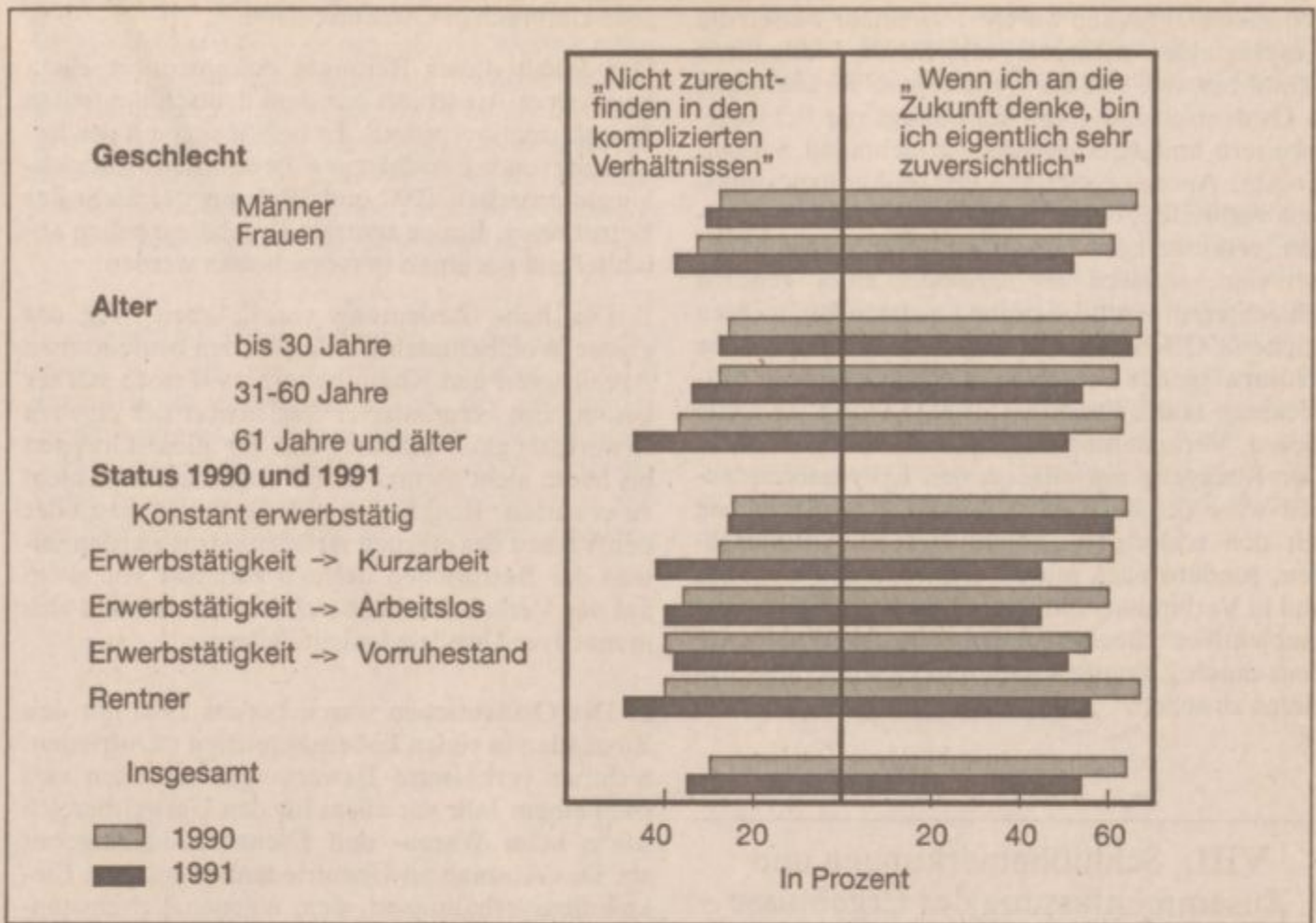
Trotz der insgesamt schlechten Lebensbedingungen und der psychischen Belastungen durch Umorientierungsprobleme und Unsicherheiten nach dem Zusammenbruch des DDR-Staates sahen über 60 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung 1990 insgesamt sehr zuversichtlich in die Zukunft

16 Die insgesamt schlechtere Bewertung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland spiegelt sich auch in den Veränderungen individueller Zufriedenheitswerte von einem Jahr auf das andere wider. Kennzeichnend für die Zufriedenheitsentwicklung im Osten ist, daß sich die allgemeine Lebenszufriedenheit von nahezu der Hälfte aller Ostdeutschen im Laufe eines Jahres verschlechtert hat. Bei Kurzarbeitern und Arbeitslosen trifft diese Entwicklung sogar für nahezu zwei Drittel aller Betroffenen zu und darüber hinaus sind gerade bei diesen Gruppen die Anteile an schwerwiegenden Zufriedenheitseinbrüchen überproportional häufig zu finden. Vgl. hierzu Detlef Landua, (Anm. 3), Kapitel 8.

(Abbildung 8). Als ein positives Signal im ostdeutschen Transformationsprozeß zeichnete sich damit ein hohes Maß an Optimismus bei den neuen Bundesbürgern ab. Für viele war dies Ausdruck der Hoffnung auf eine umfassende Verbesserung der Lebensverhältnisse. Offensichtlich überwog die Einschätzung, daß man sich in einer Talsohle befinde und „nur“ eine gewisse Durststrecke zu durchlaufen habe. Zweifellos lag in diesem hohen Ausmaß an Optimismus auch ein gewisser Kompensationseffekt für die bestehenden Defizite in den äußeren Lebensumständen, aber auch für die (damit verbundenen) Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens. Viele dieser Hoffnungen wurden durch Themenschwerpunkte des Wahlkampfes zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Herbst 1990 zusätzlich aufgebaut. Um so größer mußte für manche Betroffenen die Kluft zwischen den realen Entwicklungen in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen und den in sie gesetzten Erwartungen erscheinen.

Tatsächlich hat die Zukunftszuversicht in der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt deutlich nachgelassen. Der Anteil der Befragten, die „sehr zuversichtlich“ in die Zukunft blicken, ist von 64 (1990) auf 54 (1991) Prozent gesunken. Frauen sind dabei pessimistischer als Männer, jüngere Befragte etwas

Abb. 8: Zukunftszuversicht und Orientierungslosigkeit in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP-Ost (1990-1991).

optimistischer als ältere. Die größten Unterschiede in der Wahrnehmung der eigenen Zukunftschancen stehen jedoch wiederum im Zusammenhang mit bestimmten Erwerbsübergängen. Während kontinuierlich Berufstätige ihre hohe Zuversicht in die weitere Entwicklung bis 1991 weitgehend beibehalten, setzt eine Mehrheit aller Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu diesem Zeitpunkt bereits keine größeren Hoffnungen mehr in ihre eigene Zukunft. Gleichzeitig stimmen rund 40 Prozent dieser Gruppe der Aussage „die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurechtfinde“ zu. Ein vergleichbares Ausmaß an Gefühlen der Orientierungslosigkeit ist nur bei alleinstehenden, alten Menschen in Westdeutschland zu finden. Die in diesen Werten zum Ausdruck kommenden Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens kumulieren in Verbindung mit der hohen Unzufriedenheit bei vielen Arbeitslosen und Kurzarbeitern in Ostdeutschland zu ausgeprägten Problemlagen.

Anders als bei westdeutschen Erwerbslosen ist hier damit zu rechnen, daß größere Bevölkerungsgruppen *auf Dauer* ohne Beschäftigung bleiben werden, denn selbst im Rahmen eines umfassenden Wirtschaftsaufschwungs im Osten würde es längere Zeit in Anspruch nehmen, um eine ausreichende Anzahl neuer und „marktfähiger“ Arbeitsplätze zu schaffen. Die Lage ist besonders prekär,

da – wie sich anhand der vorgestellten Ergebnisse bereits nachweisen läßt – die meisten Erwerbslosen im Osten subjektiv mit der für sie neuen und belastenden Situation kaum fertig werden. Gesellschaftlich anerkannte Alternativen zur Erwerbstätigenrolle existieren bislang kaum, der Stellenwert der eigenen Berufsarbeit für das persönliche Wohlbefinden der Betroffenen wird deshalb weiterhin hoch bleiben. Staatlich eingeleitete Hilfs- und Stützungsprogramme wie Vorruhestand, Kurzarbeit und wohl auch ABM-Stellen sind unter den gegebenen Umständen wenig geeignet, die subjektiven Belastungen der betroffenen Personen abzubauen. Damit besteht die Gefahr einer Marginalisierung und Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile in den neuen Bundesländern.

VII. Zu den Ursachen des Stimmungseinbruchs in Ostdeutschland

Es lassen sich wenig befriedigende Anhaltspunkte für die These finden, daß für die rückläufigen Zufriedenheitswerte im Osten ausschließlich schlechte objektive Lebenslagen von 1991 bzw.

Verschlechterungen bestimmter Lebensbedingungen ausschlaggebend waren¹⁷. Vielmehr weisen die Ausprägungen mehrerer subjektiver Indikatoren darauf hin, daß sich bei weiten Bevölkerungsteilen in Ostdeutschland – und keineswegs nur bei Kurzarbeitern und Arbeitslosen – zunehmend Sorgen, Ängste, Anomiesymptome und Zukunftspessimismus verbreiten, die nicht unmittelbar auf die eigenen, *gegenwärtigen* Lebensumstände zurückzuführen sind, sondern als Ausdruck einer generell schlechteren Grundstimmung verstanden werden können. Offensichtlich sehen viele Ostdeutsche schwerwiegende Probleme in der *zukünftigen* Entwicklung und befürchten, in absehbarer Zeit von diesen Veränderungen mitbetroffen zu werden. Der Rückgang der allgemeinen Lebenszufriedenheit wäre demnach nicht nur im Zusammenhang mit den schlechten „objektiven“ Lebensumständen, sondern auch mit enttäuschten Erwartungen und in Verbindung mit der wachsenden Bedeutung „subjektiver“ Beeinträchtigungen des Wohlbefindens durch Zukunftsängste und Orientierungsprobleme zu sehen.

VIII. Schlußbemerkungen und Zusammenfassung der Ergebnisse

Die 40 Jahre anhaltende Teilung der beiden deutschen Staaten hinterließ ein hohes Ausmaß an Unkenntnis über die konkreten Lebensumstände im jeweils anderen Teil Deutschlands. Tiefgreifende Unterschiede hinsichtlich der Einstellungen, Ansprüche und Erwartungen in Ost und West prallten infolge der schnellen staatlichen Vereinigung sehr unvermittelt aufeinander. Zwar begrüßten die meisten DDR-BürgerInnen den Umsturz. Spätestens mit der Massenflucht über osteuropäische Nachbarländer und dem Massenprotest derjenigen, die blieben und ihre Angst bzw. ihren Respekt vor dem alten Regime endgültig verloren hatten, wurde die Ausweglosigkeit des „realsozialistischen“ Entwicklungsweges für jeden offensichtlich. Aber dieser Zusammenbruch bedeutete für die Menschen in Ostdeutschland in mancherlei Hinsicht eine Zäsur. Nach vier Jahrzehnten DDR-Geschichte und der Sozialisation in dieser Gesellschaft ist der Blick zurück mit unangenehmen Fragen und mit Konsequenzen verbunden. Kleine Gewohnheiten in der eigenen Alltagsorganisation, aber auch ganze Weltbilder haben ihre Gültigkeit verloren; Brüche in den Lebens- und Arbeitsbiographien scheinen der Normalfall zu sein. Der Beitritt zur Bundesrepublik ging mit verbreiteten Selbstzweifeln, Bitterkeiten und Orientierungsver-

lusten einher; dem politischen folgte der psychische Umbruch in Ostdeutschland.

Der Inhalt dieses Beitrages dokumentiert einen begrenzten Ausschnitt aus dem deutsch-deutschen Transformationsprozeß. Er befaßt sich mit der Bewertung und Einschätzung bestimmter Entwicklungen zwischen 1990 und 1991 aus der Sicht der Betroffenen. Einige zentrale Ergebnisse sollen abschließend nochmals hervorgehoben werden:

1. Die hohe Bedeutung von „Arbeit“ für das eigene Wohlbefinden wurde von den ostdeutschen Arbeitslosen und Kurzarbeitern 1991 noch stärker betont. Ein verminderter Stellenwert der eigenen Erwerbstätigkeit zeichnet sich für diese Gruppen bis heute nicht ab und ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Reaktionen auf die Bedrohung oder den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes werden seitens der Betroffenen deshalb zunächst vor allem auf der Verhaltensebene sichtbar werden und sich in massiver Unzufriedenheit äußern.

2. Die Ostdeutschen waren bereits 1990 mit den Zuständen in vielen Lebensbereichen unzufrieden. Sichtbar verbesserte Bewertungen zeichnen sich nach einem Jahr vor allem für den Umweltbereich sowie beim Waren- und Dienstleistungsangebot ab. Das Ausmaß an Unzufriedenheit mit den Einkommensverhältnissen, dem eigenen Lebensstandard und auch mit der Arbeit ist bis 1991 noch weiter gestiegen. Damit nehmen viele Ostdeutsche gerade hinsichtlich jener Bereiche Verschlechterungen wahr, die für ihr persönliches Wohlbefinden besonders wichtig sind. Vergleichsweise stabil erweisen sich die Zufriedenheitsangaben von kontinuierlich Erwerbstätigen und von Rentnern, die größten Bewertungseinbrüche sind erwartungsgemäß bei den neuen Gruppen der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen zu finden.

3. Die neuen Bundesbürger schätzen ihre subjektiven Arbeitsmarktchancen erheblich schlechter ein als die Westdeutschen, und diese Einschätzung hat sich bis 1991 weiter verstärkt. Während nur eine Minderheit der Erwerbstätigen in Westdeutschland um ihren Arbeitsplatz fürchtet, macht sich im Osten mittlerweile fast die Hälfte aller Erwerbstätigen „große Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Gleichzeitig stieg auch der Anteil derjenigen, die um ihre eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlagen sehr besorgt sind. Besonders gravierende Veränderungen zeichnen sich zwar für Kurzarbeiter und Arbeitslose ab, aber steigende Existenzsorgen, Arbeitsplatzunsicherheiten und zunehmend schlechtere Einschätzungen der eigenen Arbeitsmarktchancen sind tendenziell auch für kontinuierlich Erwerbstätige kennzeichnend geworden.

4. Das Niveau der Zufriedenheit mit dem Leben im allgemeinen war bereits 1990 in einem negativen Sinne beeindruckend. Die Gesamtbevölke-

17 Zu einer ausführlichen Darstellung dieser Ergebnisse auch im Rahmen von entsprechenden multivariaten Zusammenhangsanalysen, vgl. D. Landua (Anm. 3), Kapitel 10.

zung im Osten Deutschlands wies zu diesem Zeitpunkt in der globalen Bilanzierung ihrer Lebensverhältnisse ein Niveau auf, das im Westen lediglich bei typischen Problemgruppen anzutreffen ist. Die durchschnittliche allgemeine Lebenszufriedenheit ist bis 1991 weiter gesunken. Ein auch nur annähernd vergleichbar hohes Ausmaß an Unzufriedenheit wurde während der zurückliegenden Dekade in Westdeutschland nie beobachtet.

5. Obwohl nach wie vor mehr als die Hälfte der neuen Bundesbürger ihrer persönlichen Zukunft zuversichtlich entgegenseht, hat der ausgeprägte Optimismus vieler Ostdeutschen bis 1991 deutlich nachgelassen. Während kontinuierlich Erwerbstätige fast unverändert zuversichtlich bleiben, setzen vor allem Arbeitslose und Kurzarbeiter mehr-

heitlich nur noch wenig Hoffnung in die weitere Entwicklung. Die Gefahr der sozialen Ausgrenzung und Marginalisierung größerer Bevölkerungsteile in den neuen Bundesländern hat sich erhöht.

6. Die Ursachen für den umfassenden Stimmungseinbruch scheinen nicht nur im Zusammenhang mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu stehen. Auch kontinuierlich erwerbstätige Personen berichten zunehmend über Beeinträchtigungen ihres subjektiven Wohlbefindens. Enttäuschte Erwartungen in bezug auf den bisherigen Verlauf des ostdeutschen Transformationsprozesses, aber auch allgemein zunehmende Ängste und Sorgen hinsichtlich der weiteren Entwicklung dürften dabei von Bedeutung sein.

Ältere Menschen in den neuen Bundesländern

I. Konturen des Problems

„In dem einen kleinen Intervall, seit mir der Bart zu sprossen begann und seit er zu ergrauen beginnt, in diesem einen halben Jahrhundert hat sich mehr ereignet an radikalen Verwandlungen und Veränderungen als sonst in zehn Menschengeschlechtern, und jeder von uns fühlt: zu vieles fast! So verschieden ist mein Heute von jedem meiner Gestern, meine Aufstiege und meine Abstürze, daß mich manchmal dünkt, ich hätte nicht bloß eine, sondern mehrere, völlig voneinander verschiedene Existenzen gelebt... Wer immer durch diese Zeit ging oder vielmehr gejagt und gegetzt wurde – wir haben wenig Atempausen gekannt –, hat mehr Geschichte miterlebt als irgendeiner seiner Ahnen. Auch heute stehen wir abermals an einer Wende, an einem Abschluß und einem neuen Beginn.“ Dieses Schicksal „einer ganzen Generation“, das Stefan Zweig in seinen Erinnerungen „Die Welt von Gestern“ als Europäer Ende der dreißiger Jahre beschrieb, sollte das Schicksal weiterer Generationen werden.

Gemessen an seinen historischen Erfahrungen fand der Zusammenbruch der DDR, die friedliche Vereinigung und der Neubeginn in Gesamtdeutschland unter denkbar günstigen Umständen und Voraussetzungen statt. Die Besonderheit für die Menschen im Osten besteht darin, daß die mit der Einheit Deutschlands einhergehenden Sozialumstellungen für alle gleichbedeutend mit einem Bruch der bisherigen Lebensperspektive sind. Das gesamte Institutionen- und Rechtssystem wurde mit dem staatlichen Vereinigungsprozeß schlagartig ausgewechselt und es begann die Zusammenführung zweier völlig unterschiedlicher ökonomischer, rechtlicher und sozialer Systeme, die in den zurückliegenden Jahrzehnten zu verschiedenen Lebenslagen sowie Mentalitäten, Wertorientierungen und Verhaltensweisen der Menschen geführt haben. Die neuen rechtlichen und institutionellen Gegebenheiten konstituieren oder beeinflussen die individuellen Lebensverläufe aller Altersgruppen, Erwerbsbiographien, Einkommensverläufe, Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung u. a. m.

Für viele ältere Menschen, insbesondere im höheren Lebensalter, die nach dem Zweiten Weltkrieg, z. T. nach zwei Weltkriegen, an den Sozialismus als Hoffnung auf das Andere und Bessere geglaubt und unter schwierigsten Bedingungen den Neuanfang begonnen hatten, ist eine Welt zusammengebrochen, entfallen bisherige Leitbilder, stellt sich

die Frage nach dem Sinn des Lebens neu. Zum zweiten Mal in einem Leben gescheitert zu sein – wie es jetzt z. T. die heutige Rentnergeneration erleben muß – ist kaum zu verkraften. „Ich kann doch nicht mein ganzes Leben wegwerfen“, sagte kürzlich Stefan Heym in einem Interview und drückte damit aus, was viele empfinden¹. „Von Richtungs- und Orientierungsverlust sind auch jene betroffen, die sich *nicht* als Befürworter des Sozialismus verstanden hatten. Zwar stellt sich für sie der Zusammenbruch des alten System als Befreiung, Aufgabe politischer Unmündigkeit, Hoffnung auf ein besseres, weil stärker selbstbestimmtes Leben dar, aber ihre Entwicklungs- und Aufstiegschancen hängen letztlich davon ab, wie schnell sie sich in der freien Marktwirtschaft zurechtfinden, wie sie mit den jeweiligen Bezugsgruppen im Westen mithalten können. Fehlende Erfahrungen einerseits und erlernte, jetzt nicht selten hinderliche Verhaltensweisen andererseits, erschweren den notwendigen Lernprozeß außerordentlich.“² Vergleicht man die RentnerInnen in den alten und neuen Bundesländern, ihre Lebenslagen, ihre Denk- und Wahrnehmungstereotypen und Handlungslogiken, ihre Probleme und Hoffnungen, Zuversichten, Ängste und Befürchtungen, so ist absehbar, daß es in Deutschland auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben wird.

Wer sich in kürzester Zeit mit einer über Nacht eingeführten neuen Rechts- und Sozialordnung vertraut machen und sich im Wirrwarr neuer Institutionen und Zuständigkeiten zurechtfinden muß, monatelang keine Rente erhalten hat oder zustehende Leistungen wie Sozialhilfe nicht beantragen kann, weil die Vordrucke ausgegangen sind oder eine von den vielen jetzt erforderlichen Unterlagen nicht beizubringen ist, wer es mit überforderten Mitarbeitern zu tun bekommt, die z. T. nicht ausreichend qualifiziert sind³, wird eher klagen, als über die potentiellen Möglichkeiten und real existierenden Chancen der Demokratie und der erworbenen Freiheiten im vereinten Deutschland nachdenken. Die Sorge um die berufliche Zukunft der Kinder und Enkelkinder, die arbeitslos gewor-

1 Fritz J. Raddatz, Ich kann doch nicht mein Leben wegwerfen. Ein ZEIT-Gespräch mit Stefan Heym, in: DIE ZEIT vom 6. Dezember 1991, S. 65.

2 Katharina Belwe, Psycho-soziale Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende im Herbst 1989. Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen Instituts Bonn, (1991) 1, S. 15.

3 Vgl. Holger Backhaus-Maul/Thomas Olk, Die Konstitution kommunaler Sozialpolitik. Probleme des Aufbaus sozialer Versorgungsstrukturen in den Bundesländern, in: Christof Rühl (Hrsg.), Probleme der Einheit 5, Institutionelle Reorganisation in den neuen Ländern, Marburg 1992.

den sind oder ungewollt als Vorrüheständler Altersübergangsgeld in Anspruch nehmen (müssen) oder die sich der Abwanderungsbewegung „Go West“ anschließen, wodurch stabile soziale Beziehungen zwischen den Generationen und Familien abnehmen oder zerbrechen, sind weitere Ursachen für das allseits erfahrbare Klagen-Crescendo.

Um zu verstehen, daß für viele Ältere die Tages Sorgen überwiegen und daß, was die Zukunft anbelangt, Befürchtungen stärker als Hoffnungen ausgeprägt sind, muß berücksichtigt werden, daß sie kaum noch die Möglichkeit der eigenen Einflußnahme auf ihre soziale Lebenslage (private Vorsorge und Vermögensbildung, Erwerbstätigkeit u. a.) haben. Außerdem beurteilen auch die älteren Menschen ihre soziale Lage zunehmend nicht mehr im Vergleich zur Situation vor der Währungsunion, sondern messen diese am aktuellen Lebens- und Leistungsniveau in den alten Bundesländern; aus einem Systemvergleich ist ein regionaler Vergleich geworden.

Insgesamt bietet die Vereinigung Deutschlands als ein beispielloser und exemplarischer Systemwandel einmalige Voraussetzungen dafür,

- die Konstituierung neuer wirtschaftlicher und sozialer Strukturen durch die Transformation politischer, wohlfahrtsstaatlicher und intermediärer Institutionen als soziales „Life-Experiment“⁴ zu beobachten,
- die Veränderung von Lebenslagen und -weisen zu analysieren und mitzugestalten, und damit zugleich
- das theoretische Wissen über die Gestaltbarkeit der Gesellschaft durch sozialpolitische Interventionen und das vorhandene praktische Instrumentarium an der neuen gesamtdeutschen Wirklichkeit auf seine Eignung hin zu überprüfen.

II. Sozio-demographische Trends

Die Verschiebung der Altersstruktur, das sogenannte Altern der Bevölkerung, hat in den neuen Ländern an Dynamik gewonnen. Der Rückgang der Kinder- und (künftigen) Jugendgenerationen hat sich beschleunigt, der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter steigt schneller an, als noch vor drei Jahren prognostiziert worden war. Das ist auf den rapide sinkenden Geburtenrückgang und auf die Übersiedlung jüngerer Einwohner in die alten Länder zurückzuführen. Nach Angaben des Stati-

stischen Bundesamtes wurden 1991 im Gebiet der ehemaligen DDR rund 107 000 Kinder geboren (1989 waren es noch 199 000 und 1990 rund 175 000). Das bedeutet im Vergleich zu 1990 einen Rückgang um 38,9 Prozent (0,3 Prozent im alten Bundesgebiet). Zugleich halbierte sich die Zahl der Eheschließungen in den neuen Bundesländern (-50,3 Prozent), während in den alten Bundesländern 2,8 Prozent weniger Paare den Weg zum Standesamt fanden.

Eine von Berliner MedizinstudentInnen erstellte Studie zu den Gründen von Schwangerschaftsabbrüchen verweist auf sozial determinierte Ursachen. Danach entschlossen sich Frauen zum Schwangerschaftsabbruch wegen sozialer Unsicherheit (55 Prozent), wegen unklarer Zukunftsaussichten (49 Prozent), wegen zu hoher finanzieller Belastungen durch ein Kind (48 Prozent), wegen Wohnungsproblemen (37 Prozent) und wegen eigener Arbeitslosigkeit oder der des Partners (15 Prozent)⁵. Zugleich hält die massenhafte Abwanderung von Osten nach Westen in Deutschland an. 1991 sind schätzungsweise 250 000 Menschen umgezogen, die in ihren heimatlichen Regionen keine Zukunft mehr sahen; innerhalb von nur drei Jahren waren dies rund eine Million. Es gehen die gesündesten, qualifiziertesten, leistungsfähigsten jungen Leute und vor allem Männer, wobei meist die Frau oder Freundin und die Kinder an den neuen Arbeitsort nachgeholt werden⁶. Da sich diese demographischen Prozesse zudem regional sehr differenziert vollziehen, sind Visionen von Landstrichen im Osten ohne junge Menschen, in denen Alte, Kranke und moralisch Gebrochene zurückbleiben, durchaus realistisch, auch wenn sich die Zahl der Abwanderer auf Grund der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Wohnungs- und Arbeitsmarkts in den alten Bundesländern künftig verringern wird.

Andererseits muß dieses Schreckenszenario nicht unbedingt eintreten. Sollte sich der erhoffte Aufschwung mittelfristig einstellen, wer kann ihn bewerkstelligen, wenn die qualifizierten und disponiblen Jungen nicht mehr da sind? Für die heute 50- bis 65jährigen könnte sich dann durchaus noch einmal die Chance bieten, von der überflüssigen, ausgemusterten zur Aufbaugeneration zu mutieren, die gebraucht wird. Hält der seit 1990 zu beobachtende Geburtenrückgang im Osten Deutschlands an, wird der Weg der deutschen Bevölkerung in den neuen Bundesländern etwas schneller in die „ergraute“ Gesellschaft führen; die Gesamttenenz des Alterns der Bevölkerung in Deutschland wird davon jedoch nicht wesentlich beeinflusst. Zwar hat die DDR durch den höheren Anteil jün-

4 Vgl. Bernd Gießen/Claus Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung – ein sozialer Großversuch, Berlin 1991.

5 Ärzte prognostizieren Geburtenrückgang, in: Berliner Zeitung vom 14. Mai 1991, S. 19.

6 Vgl. Ingo Preißler, Kein Ende bei „Go West“ abzusehen, in: Berliner Zeitung vom 31. Dezember 1991, S. 6.

Tabelle 1: Über 65jährige in der ehemaligen BRD und der ehemaligen DDR sowie im vereinten Deutschland⁷

Gebietsstand	1990	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2025
Anzahl der über 65jährigen in Millionen								
Ehemalige BRD	9,4	8,9	9,3	9,3	9,2	10,1	10,9	11,4
Ehemalige DDR	2,1	2,2	2,3	2,6	2,8	2,7	2,9	3,2
Deutschland	11,5	11,1	11,6	12,0	12,0	12,8	13,8	14,6
Prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung								
Ehemalige BRD	15,4	14,7	15,5	15,9	16,1	18,2	20,3	22,2
Ehemalige DDR	13,1	13,5	14,5	16,7	17,9	17,7	19,6	21,7
Deutschland	14,9	14,4	15,3	16,1	16,5	18,1	20,1	22,1

Quelle: UN Population Prospects 1990.

gerer Altersgruppen eine „jüngere“ Bevölkerung in die Einheit eingebracht, doch wirkt sich dies in der Gesamtentwicklung nur unerheblich aus, da die Bevölkerung der ehemaligen DDR lediglich ein Fünftel der Bevölkerung des vereinten Deutschlands ausmacht (vgl. Tabelle 1).

III. Zur sozialen Lage älterer Menschen

Die Lebenslage bzw. Lebensbedingungen der Menschen in den neuen Ländern sind das Resultat der politischen Verhältnisse der vormaligen DDR und des dort erreichten Produktivitäts- und Effektivitätsniveaus der Wirtschaft, d.h., für die ostdeutsche Bevölkerung war und ist (noch) ein weitgehend nivelliertes Lebensniveau charakteristisch. Gemessen an altbundesdeutschen sozialen Lagen war es deutlich niedriger. Dies läßt sich beispielsweise an den Einkommensverhältnissen (Rentenhöhe, Spareinlagen, Vermögen), an den Wohnverhältnissen (Wohnungsgröße und -ausstattung), an der Qualität der gesundheitlichen Betreuung (Hauskrankenpflege, Versorgung mit Medikamenten und Sachleistungen), aber auch an den Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten nachweisen. Daher werden sich die Lebensbedingungen, Mentalitäten, Erwartungen, Zufriedenheitsbewertungen und Verhaltensweisen von nahezu drei Millionen RentnerInnen Ost noch über einen längerfristigen Zeitraum wesentlich von denen der Rentnergenerationen der alten Bundesländer unterscheiden. Dazu tragen neben den Differenzierungen, die aus dem Ausgangsniveau resultieren, Divergenzen bei, die sich aus den neuen sozialen Bedingungen der Marktwirtschaft

sowie aus (sozial-)politischen Entscheidungen ergeben.

1. Einkommen

Mit der im Rahmen der Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Rentenniveaueinpassung und den Rentenerhöhungen 1991 ist das Renteneinkommen für die Mehrheit der älteren Menschen in den neuen Bundesländern deutlich gestiegen (vgl. Tabelle 2).

Durch die Rentenerhöhungen vergrößerte sich aber auch die Differenz im Renteneinkommen zwischen Männern und Frauen von durchschnittlich rund 141 Mark vor der Rentenumstellung auf 285 DM im Juli 1991, wodurch sich die finanzielle Situation der Rentnerinnen weiter verschlechterte. Zudem ist anzumerken, daß in den neuen Ländern allein die Höhe der Renten bestimmend für das materielle Lebensniveau der älteren Menschen ist. Die gegenwärtigen Rentner- und VorrentnerInnengenerationen sind nur in geringem Maße Inhaber von zusätzlichen Arbeits-, Lebens- und Krankenversicherungen. Während im früheren Bundesgebiet Rentner- und Pensionärshaushalte 1987 über 30 Mrd. DM an Vermögenseinkommen verfügten⁸, konnte in der DDR Vermögen kaum gebildet werden; Aktien, hochverzinsliche Geldanlagen, u.ä. waren dort unbekannt. Die Sparguthaben bei Geld- und Kreditinstituten (1989: 9 700 M/Einwohner), die zum Stichtag der Währungsunion etwa ein Viertel des Niveaus in den alten Bundesländern ausmachten, wurden auf 7 850 DM umbewertet, die Guthaben in sparwirksamen Personenversicherungen (1989: 1 081 M/Einwohner⁹) halbiert. Zusätzliche Mittel für Not- und Wechselfälle des Lebens sind in der Regel nicht vorhanden, d.h., die finanzielle Situation der AltersrentnerInnen gestattet es kaum, soziale Notlagen längerfristig zu überbrücken.

⁷ Karla Gärtner/Charlotte Höhn/Bernd Störtzbach, Perspektiven für die sozio-demographische Entwicklung im vereinten Deutschland, Manuskript, S. 40, erscheint in: A. E. Imhof (Hrsg.), *Leben wir zu lange? Die Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren und die Folgen*, Köln 1992.

⁸ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Im Blickpunkt: Ältere Menschen*, Stuttgart 1992, S. 128.

⁹ Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S. 302f.

Tabelle 2: Die Anzahl und die durchschnittliche Höhe der laufenden Renten (Pflichtrente und FZR)*) am 30. Juni 1990, 1. Juli 1990, 1. Januar 1991 und 1. Juli 1991 in der gesetzlichen Rentenversicherung im neuen Bundesgebiet

- Vollrenten -

Stichtag	Anzahl der Renten			Durchschnittliche Höhe der Renten in M/DM/Monat **)		
	Versichertenrenten an Männer und/oder Frauen	Hinterbliebenenrenten		Versichertenrenten an Männer und/oder Frauen	Hinterbliebenenrenten	
		Witwen- und/oder Witwerrenten	Waisenrenten		Witwen- und/oder Witwerrenten	Waisenrenten
a) Männer						
30. 6. 90	885 004	83	-	572,32	375,61	-
1. 7. 90	885 004	83	-	739,04	437,14	-
1. 1. 91	889 489	82	-	870,30	485,26	-
1. 7. 91	897 215	84	-	1 001,20	551,70	-
b) Frauen						
30. 6. 90	1 995 923	79 239	-	431,59	370,71	-
1. 7. 90	1 995 923	79 239	-	524,00	476,96	-
1. 1. 91	1 987 146	92 720	-	619,86	565,12	-
1. 7. 91	1 991 227	97 695	-	716,44	652,63	-
c) Männer und Frauen						
30. 6. 90	2 880 927	79 322	83 467	474,82	370,72	190,5
1. 7. 90	2 880 927	79 322	83 467	590,06	476,92	233,9
1. 1. 91	2 876 635	92 802	77 746	697,30	565,05	267,9
1. 7. 91	2 888 442	97 779	80 233	804,89	652,54	313,1

*) Zu den Stichtagen 30. Juni 1990 und 1. Juli 1990 Rentenhöhen abgeschätzt aus Angaben zur Höhe der Renten aus der Sozialpflichtversicherung und der freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR), am 1. Januar 1991 und 1. Juli 1991; Quelle: Rentenbestandsaufnahme Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)¹⁰.

**) Zum 1. 7. 1992 wird die Rente eines Durchschnittsverdieners in den neuen Bundesländern nach 45 Arbeitsjahren 1 119,73 DM nach Abzug des Beitragsanteils des Rentners zu seiner Krankenversicherung betragen.

Ferner muß davon ausgegangen werden, daß bei dem hohen Anteil von Arbeitslosen, Vorruheständlern bzw. Beziehern von Altersübergangsgeld die Erwerbstätigkeit im Rentenalter als Quelle für eine Einkommenserhöhung künftig kaum eine Rolle spielen wird. Insgesamt konnten Anfang 1991 in den neuen Bundesländern 45 Prozent der Rentnerhaushalte monatlich weniger als 1 000 DM ausgeben, lediglich 1,5 Prozent der Haushalte verfügten über ein Einkommen von mehr als 3 000 DM. Im Westen Deutschlands standen 1990 rund drei Prozent aller Rentnerhaushalte monatlich weniger als 1 000 DM zur Verfügung, während 41 Prozent über ein Einkommen von mehr als 3 000 DM verfügten, darunter 17,3 Prozent über 4 000 DM oder mehr¹¹. Das Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Rentnerhaushalte entspricht

etwa dem der entsprechenden westdeutschen Haushalte im Jahr 1974, wobei der Rückstand der ostdeutschen Realeinkommen größer ist, als der der Nominaleinkommen; die ostdeutschen Haushalte müssen für ihren Verbrauch – mit Ausnahme der noch subventionierten Mieten, Waren und Dienstleistungen – höhere Preise zahlen, als die westdeutschen Haushalte vor reichlich einem Jahrzehnt¹².

Da die subventionierten Preise schrittweise abgebaut werden – so erhöhten sich vom Juli 1990 bis Oktober 1991 die Preise und Tarife für Bildung, Unterhaltung und Freizeit um 31,4 Prozent, für

11 Vgl. die Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern, in: DIW-Wochenbericht, 58 (1991) 29, S. 407.

12 Vgl. Klaus-Dieter Bedau, Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft, in: DIW-Wochenbericht, 58 (1991) 48, S. 682.

10 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1841, S. 16; vgl. auch Sozialpolitische Rundschau vom 15. 6. 1992, S. 3.

Tabelle 3: Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltseinkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? (in Prozent)

	ja	ja, mit bestimmten Einschränkungen	nein, es ist ziemlich knapp
alle Befragten	18,2	53,3	28,5
Rentner	34,5	48,3	17,2
Rentnerinnen	25,5	43,1	31,4

Quelle: Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS), Datensatz „Frauenreport Brandenburg '91“ (Februar/März 1991).

Wohnungsmieten um 313 Prozent, für Energie (ohne Kraftstoffe) um 227 Prozent, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 29 Prozent, für die Umlagen für Heizung und Warmwasser um 469 Prozent¹³ –, hat sich die effektive Einkommenslage der ostdeutschen Haushalte sogar verschlechtert. Tabelle 3 zeigt, wie im Februar/März 1991 945 von Mitarbeitern des ehemaligen Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) befragte BrandenburgerInnen, darunter 85 Rentnerinnen, ihre Situation reflektierten.

Eine Wiederholungsuntersuchung im September/Oktober 1991, also zu einem Zeitpunkt, als die Höhe der neuen Mieten und Betriebskosten bereits bekannt war, ließ die Zahl derjenigen, die ihr Haushaltseinkommen als nicht ausreichend empfanden, weiter ansteigen; bei den 50- bis 59jährigen und den über 70jährigen Frauen war es jede zweite. Inwieweit die Renten, die etwa die Hälfte der vergleichbaren Renten in den alten Bundesländern ausmachen (auch unter Berücksichtigung des Wohngeldes), künftig ausreichen werden, um unabhängig und in einem angemessenen Wohnraum lebend soziale Kontakte knüpfen bzw. aufrechterhalten zu können sowie Altersarmut zu verhindern, bleibt abzuwarten.

Das „Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung“ (Rentenüberleitungsgesetz/RÜG) wird dazu nur bedingt beitragen. Einerseits enthält es eine Reihe von äußerst positiven und fairen Regelungen, wie die faktische Mindestsicherung von 600 DM für Renten in den neuen Bundesländern, die beispielhaft für alle Länder wirken könnte, den Vertrauens- und Bestandsschutz sowie die Weitergewährung des Sozialzuschlags als Mindestsicherung bis Ende 1996 oder die Anwendung des Hinterbliebenenrechts. Dadurch werden etwa 25 Prozent der RentnerInnen künftig eine höhere Rente bekommen und rund 150 000 Frauen einen neuen Anspruch auf Witwenrente erhalten. Andererseits benachteiligt die nunmehr auch für den Osten geltende „lineare Beziehung zwischen der Zahl der Versicherungsjahre, der relativen Höhe des Ein-

kommens und der sich daraus ergebenden Rentenhöhe“¹⁴ vor allem jene, die auf ihren Rentenanspruch keinen oder nur noch einen geringen Einfluß nehmen können. Das betrifft aktuell die AltrentnerInnen und künftig z.B. die 1,2 Millionen Arbeitslosen (April 1992), deren Durchschnittseinkommen 1991 etwa 730 DM betrug¹⁵, die rund 466 000 Kurzarbeiter und die 780 000 Personen, die (ebenfalls im April 1992) Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen (mußten). Nach dem Wegfall des sogenannten Vertrauensschutzes wird den Frauen nur noch alternativ die Kindererziehungszeit oder die Berufstätigkeit angerechnet werden. Dadurch wird sich die bereits heute beträchtliche Differenz zwischen Frauen- und Männerrenten weiter erhöhen und die Altersarmut für viele Frauen vorprogrammiert.

Durch den Artikel 3 des RÜG wurde eine Art politisches Strafrecht in die Rentenversicherung eingeführt, mit dem „staats- oder systemnahe“ Personen, vor allem höhere/leitende Funktionäre getroffen werden sollen. Da nach dem Willen des Gesetzgebers eine Funktion dann als leitend gilt, wenn das Arbeitseinkommen das 1,4fache des jeweiligen Durchschnittseinkommens übersteigt, werden dadurch aber z.B. auch Angehörige der Intelligenz betroffen, die der SED und dem Regime ablehnend und kritisch gegenüberstanden. So paradox es erscheinen mag: würde Robert Havemann heute noch leben, hätte er ebenfalls mit einer Kürzung seiner Rentenbezüge bzw. vorerst zumindest nicht mit einer Erhöhung zu rechnen.

2. Wohnbedingungen älterer Menschen

Das Wohnen gewinnt im Alter eine besondere Bedeutung. Die tägliche Aufenthaltszeit in der Wohnung erhöht sich und ein Großteil der Lebensäußerungen, aber auch Betreuung und Pflege werden in diesem Bereich vollzogen. Die Wohnverhältnisse entscheiden bei nachlassender Gesundheit mit darüber, ob die älteren Menschen weiterhin selbständig ihren Haushalt führen können oder ob und

13 Vgl. Frank Pohl, Lebenshaltung wird teurer – Wegfall der Subventionen bewirkt die größten Preissprünge in den neuen Ländern, in: Berliner Zeitung vom 3. Januar 1992, S. 23.

14 Winfried Schmähl, Alterssicherung im vereinten Deutschland – Einige Aufgaben und Probleme aus ökonomischer Sicht, in: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.), Umbruch. Beiträge zur sozialen Transformation, (1992) 2, S. 86.

15 Vgl. Anm. 11, S. 405.

welche Formen der sozialen bzw. pflegerischen Betreuung in Anspruch genommen werden müssen. Wohnzufriedenheit im Alter wird weniger durch die Größe der Wohnung als vielmehr durch Wohnkomfort und Ausstattung bestimmt. Um die im Osten so notwendigen Reparaturen, Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten bezahlen zu können, ist es erforderlich, die Mieten zu erhöhen. Sie werden *jetzt* erhöht. Hingegen lassen Sanierung und Modernisierung auf sich warten und sind für die älteren Menschen vielleicht nicht mehr erlebbar. Dabei ist die Verbesserung der Wohnsituation eine wichtige und drängende Aufgabe der Altenhilfe; zwei Drittel der Rentnerwohnungen in den neuen Ländern sind alles andere als altengerecht: Rund 600 000 Rentnerhaushalte leben hier in Wohnungen ohne Bad und Innen-WC, 1,9 Mio. (36 Prozent) in modern ausgestatteten Wohnungen¹⁶.

In der ehemaligen DDR sind daher viele jüngere, lebensaktive RentnerInnen aufgrund schlechter Wohnverhältnisse in die Feierabend- und Pflegeheime gezogen, zumal dort das Leben billiger, weil hoch subventioniert, als im eigenen Haushalt war. Die Kosten betragen bis Juni 1990 monatlich 105 M (Feierabendheimplatz) bzw. 120 M (Pflegeheimplatz). Von Juli bis Dezember 1990 waren 300 DM bzw. 335 DM zu bezahlen, in den folgenden sechs Monaten – je nach neuem Bundesland – zwischen 364 DM und 395 DM. Seit Juli 1991 kostet ein Platz 1 800 DM im Monat, und es werden – wie im Westen, wo die Pflegesätze noch höher sind – das Vermögen der Heimbewohner sowie unterhaltspflichtige Angehörige zur Finanzierung herangezogen. Das heißt, in einem guten Jahr stiegen die monatlichen Heimkosten um das 15- bis 17fache. Dabei sind die Heime vielerorts weder attraktiver noch Betreuung oder Pflege besser geworden. Berücksichtigt man Renteneinkommen und Sparguthaben der HeimbewohnerInnen in den neuen Ländern, muß davon ausgegangen werden, daß binnen Jahresfrist nahezu alle Sozialhilfe beantragen müssen.

Zur Verbesserung der Situation haben die Politiker jedoch deutliche Zeichen gesetzt:

- Im Haushaltsjahr 1990 wurden im Rahmen des Soforthilfeprogramms der Bundesregierung für das Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern rund 150 Mio. DM für Altenhilfeeinrichtungen bereitgestellt, davon 20 Mio. DM für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zum Aufbau ambulanter Dienste.
- Das Ministerium für Familie und Senioren hat in seinem ersten Haushaltsplan 40 Mio. DM für Soforthilfeprojekte in den neuen Ländern zur Verfügung gestellt, die für Investitionen in Alten- und Behindertenheimen sowie für den

Aufbau von Sozialstationen benutzt werden sollen. Für diesen Zweck können auch die Mittel des Kommunalinvestitionsprogramms im Rahmen des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“ genutzt werden, wobei die Auswahl der Investitionen den Gemeinden/Kreisen obliegt. Allerdings erfolgte die Inanspruchnahme der Mittel in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Obwohl den Kommunen empfohlen wurde, die Gelder bevorzugt für Einrichtungen der Altenbetreuung einzusetzen, kamen sie ihrer Verantwortung für das soziale Netz nur sehr schleppend nach; von den Mitteln des Programms „Aufschwung Ost“ sind im ersten Jahr nur fünf bis acht Prozent in Alteneinrichtungen geflossen.

3. Verjüngung des Alters und Vorverlegung der Berufsaustrittszeit

Die *Verjüngung des Alters* im Sinne einer Vorverlagerung der nach traditionellen Vorstellungen eher für das Alter typischen Situationen und Problemlagen (früherer Eintritt in die Phase der nachelterlichen Gefährtenschaft und Vorverlegung des Berufsaustrittsalters) trat in der ehemaligen DDR nahezu ausschließlich in Form des früheren Abschlusses der Familienphase auf. Typisch war, daß ca. 90 Prozent aller Frauen zumindest ein Kind zur Welt brachten, in den letzten Jahren zunehmend bevor sie das 25. Lebensjahr vollendet hatten, und daß lediglich neun Prozent aller Frauen im Alter von über 30 Jahren (weitere) Kinder bekamen. Dieser frühe Geburtengipfel war darauf zurückzuführen, daß wesentliche soziale Aktivitäten wie Berufsausbildung, Einstieg in den Erwerbsprozeß, Haushalts- und Familiengründung nicht zeitlich nacheinander, sondern nebeneinander vollzogen wurden. DDR-BürgerInnen gingen unter den damaligen gesellschaftlichen Bedingungen in ihrer eigenen Lebensplanung tatsächlich vom gesellschaftlich propagierten Modell der Vereinbarkeit von Beruf, Partner- und Elternschaft aus¹⁷. Dadurch waren die Großeltern mehrheitlich erst zwischen 40 und 50 Jahre alt, erwerbstätig und kümmerten sich gleichermaßen um Kinder, Enkelkinder, die eigenen Eltern und z. T. Großeltern.

Eine *Vorverlegung der durchschnittlichen Berufsaustrittszeit* (Amtsdeutsch: „Entberuflichung des Alters“) brachte erst die sich mit der Währungs- und Wirtschaftsunion und dem osteuropäischen Zusammenbruch beschleunigende Talfahrt der Wirtschaft. So entstand im Februar 1990 die erste Vorruhestandsregelung der DDR als eine spezifische Form der Arbeitslosenunterstützung. Danach erhielten die Betroffenen zunächst 70 Prozent des

¹⁶ Vgl. Kuratorium Deutsche Altenhilfe, Presse- und Informationsdienst, (1991) 4, S. 8.

¹⁷ Vgl. Jutta Gysi, Geburtenentwicklung und Kinderwunsch, in: Dagmar Meyer (Hrsg.), Zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der DDR. Materialsammlung im Auftrag des Volkskammerausschusses Familie und Frauen, Berlin 1990, S. 6.

Nettoeheltes und durften Nebenverdienste bis 400 Mark haben. Auf der Grundlage des Einigungsvertrages trat an diese Stelle das Altersübergangsgeld. Es wird ab 55 Jahre bis zum frühestmöglichen Bezug der Altersrente gezahlt und beträgt 65 Prozent des Nettoeheltes, wobei 120 DM pro Monat hinzuverdient werden dürfen. Im März 1992 nahmen ca. 779 000 Männer und Frauen die Vorruhestandsregelung in Anspruch, über eine viertel Million mehr als im Juli 1991.

Anzumerken ist, daß es auch in der ehemaligen DDR einen Trend der rückläufigen Erwerbstätigkeit im Rentenalter gab. 1989 arbeiteten 10,5 Prozent aller AltersrentnerInnen, gegenüber 18,1 Prozent 1975 und 22,7 Prozent im Jahr 1972. Der Unterschied zur Bundesrepublik bestand jedoch vor allem darin, daß die Berufsaufgabe nahezu ausschließlich aus privaten Motiven heraus erfolgte (gesundheitliche Gründe, Haushalt, Partnerschaft, Freizeitinteressen) und nicht auf arbeitsmarktbedingte und wirtschaftsstrukturelle Trends, betriebliche Interessen, Modernisierungsstrategien u.ä. zurückzuführen war¹⁸. Trotz dieses Rückgangs waren Ende der achtziger Jahre in der DDR weit mehr RentenbezieherInnen als in den alten Bundesländern erwerbstätig, wobei sich die Berufstätigkeit auf die ersten fünf Jahre des Rentenalters konzentrierte; rund 40 Prozent der Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren und rund 30 Prozent der Männer in den Altersgruppen 65 bis 70 waren erwerbstätig¹⁹. Dem stehen in der früheren Bundesrepublik 25 Prozent Haupterwerbstätige im Alter von 60 bis 64 Jahren, fünf Prozent der 65- bis 69jährigen und ein Prozent der über 70jährigen gegenüber²⁰.

Neben dem Wunsch, das Renteneinkommen aufzubessern, waren in der DDR vor allem die Befriedigung in der Arbeit, das Gefühl der Nützlichkeit und des Gebrauchtwerdens sowie die sozialen und kommunikativen Beziehungen im Arbeitsprozeß die Hauptmotive, um im Rentenalter weiter zu arbeiten. Arbeit nahm im Leben des einzelnen einen zentralen Stellenwert ein und wurde von den Älteren vor dem Hintergrund ihrer Lebenserfahrung als besonders wichtiger Wert betrachtet²¹. Die hohe Unzufriedenheit, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. der fehlenden Möglichkeit

weiterer Erwerbstätigkeit bei den über 55jährigen resultiert, kann nur vor dem Hintergrund einer um Arbeit zentrierten Lebenswelt erklärt werden und einer Lebensplanung, in der Arbeitslosigkeit faktisch nicht vorkam.

Eine bedeutsame Rolle spielt aber auch der Wegfall von sozialen Funktionen und Versorgungsaufgaben, die von Betrieben, Genossenschaften, Institutionen u.a. wahrgenommen wurden und für die es nach dem Zusammenbruch oder der Abwicklung (noch) keine Entsprechungen gibt. So wurde die medizinische Betreuung, die Renovierung von Wohnungen, die Teilnahme am Betriebsessen, die Versorgung mit Urlaubsplätzen und prophylaktischen Kuren von den Betrieben auch für die ehemaligen älteren MitarbeiterInnen gewährleistet; Sportvereine, Kulturgruppen, Chöre u.a. waren an Betriebe gekoppelt, mitunter dominierten Großbetriebe das gesamte kommunale Leben der Region.

4. Familienbeziehungen und Erwartungshaltungen gegenüber Familie und Staat

Die Wandlungen in den Lebensmodellen von Familien (mehr Zweit- und Drittehen, Zunahme der Lebensgemeinschaften, Ein-Eltern-Familien, Abnahme der verheirateten Bevölkerung zugunsten der Ledigen und Geschiedenen), die Abwanderung der jüngeren Bevölkerung in die alten Bundesländer u. a. m. determinieren neue Formen des Miteinanders der Generationen und Familien. Die Strukturveränderungen des Zusammenlebens führen zu Wandlungen im Verhältnis zwischen den Generationen im Familienverband und möglicherweise dazu, daß vermehrt familiäre Leistungen auf außerfamiliäre Betreuungsformen einschließlich intermediärer Organisationen übertragen werden müssen.

Derzeitig haben die älteren Menschen gegenüber ihrer Familie nach wie vor eine große Erwartungshaltung bei gegebenenfalls notwendig werdender Hilfeleistung und Unterstützung. Sofern sie in materielle Not gerieten, würden sich, nach der o.g. Untersuchung des ISS, 80 Prozent an ihre Kinder wenden, an zweiter Stelle folgen andere Verwandte. Erst dann würde man an das Sozialamt herantreten, an Freunde und Bekannte, kaum an kirchliche Sozialdienste, an freie Wohlfahrtsverbände oder Selbsthilfegruppen. Gewiß werden Jahre vergehen, bis die in den alten Ländern in Jahrzehnten herausgebildete wohlfahrtsstaatliche bzw. Verbandsstruktur von den Menschen im Osten Deutschlands angenommen und verinnerlicht wird.

Aufgrund der anderen historischen Entwicklung und sozialen Erfahrung erwarten die ehemaligen DDR-BürgerInnen vor allem auch Hilfe und Unterstützung vom Staat (vgl. Tabelle 4).

18 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer, Die Lebenssituation der älteren und alten Generation in der DDR und deren Bedarf bei Aufgabe der Preissubventionen, in: Sozialer Fortschritt, 39 (1990) 6, S. 128.

19 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer u. a., Altenreport '90 - Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 137 (1990), Sonderausgabe 10 + 11, S. 30.

20 Vgl. Gerd Wagner/Jürgen Schupp, Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR und in Ostdeutschland - Methodische Grundlagen und ausgewählte Ergebnisse, in: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, Frankfurt/M. - New York 1991, S. 195.

21 Vgl. K.-P. Schwitzer (Anm. 19), S. 9.

Tabelle 4: Meinungen über die Zuständigkeit/Verantwortlichkeit für die soziale Absicherung

<i>„Vor allem der Staat muß dafür sorgen, daß man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.“</i>						
Altersgruppen	ja		nein		ich weiß nicht	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
bis 49	818	91,2	47	5,2	32	3,6
50-54	128	94,1	6	4,4	2	1,5
55-59	95	96,9	1	1,0	2	2,0
60-64	64	97,0	0	-	2	3,0
65-69	41	97,6	1	2,4	0	-
70 und älter	38	95,0	2	5,0	0	-
Summe/Durchschnitt	1184	92,6	57	4,5	38	3,0
<i>„Das jetzige System der sozialen Sicherung mutet dem Bürger zuviel eigene Verantwortung zu.“</i>						
bis 49	552	64,5	181	21,1	123	14,4
50-54	99	74,4	22	16,5	12	9,0
55-59	63	66,3	17	17,9	15	15,8
60-64	49	74,2	5	7,6	12	18,2
65-69	31	81,6	3	7,9	4	10,5
70 und älter	27	73,0	5	13,5	5	13,5
Summe/Durchschnitt	821	67,0	233	19,0	171	14,0
<i>„Das System sozialer Sicherung ist im großen und ganzen richtig, es bevormundet den einzelnen nicht.“</i>						
bis 49	316	38,4	306	37,2	200	24,3
50-54	50	39,1	43	33,6	35	27,3
55-59	40	44,9	20	22,5	29	32,6
60-64	23	37,7	19	31,1	19	31,1
65-69	18	46,2	13	33,3	8	20,5
70 und älter	13	37,1	7	20,0	15	42,9
Summe/Durchschnitt	460	39,2	408	34,8	306	26,1
<i>„Auch in dem jetzigen sozialen Sicherungssystem wird dem Bürger noch zuviel eigene Verantwortung abgenommen.“</i>						
bis 49	80	9,7	628	75,8	120	14,5
50-54	14	11,1	87	69,0	25	19,8
55-59	7	8,0	53	60,9	27	31,0
60-64	5	7,9	43	68,3	15	23,8
65-69	7	18,4	16	42,1	15	39,5
70 und älter	8	22,2	23	63,9	5	13,9
Summe/Durchschnitt	121	10,3	850	72,2	207	17,6

Quelle: ISS, Datensatz „Frauenreport Brandenburg '91“ (September/Oktober 1991).

Es wird deutlich, daß insbesondere die Älteren von der Verantwortung des Staates für die soziale Sicherheit ausgehen; drei Viertel der über 60jährigen sind der Meinung, daß dem Bürger zuviel eigene Verantwortung zugemutet wird, 40 Prozent der über 60jährigen finden das derzeitige System der sozialen Sicherheit im großen und ganzen richtig. Die relativ häufig gewählte Antwort „ich weiß nicht“ und der verhältnismäßig hohe Anteil derjenigen, die nicht alle Fragen beantwortet haben, verweist darauf, daß zwei Jahre nach der Wäh-

rungs-, Wirtschafts- und Sozialunion noch große Unsicherheiten bei der Beurteilung des neuen sozialen Sicherungssystems existieren (vgl. Tabelle 4).

5. Institutionelle Aspekte des Transformationsprozesses

Das soziale Versorgungssystem der ehemaligen DDR wurde im Zuge des staatlichen Vereinigungsprozesses fast vollständig aufgelöst, der Insti-

tionalisierungsprozeß des neuen Systems ist – unter maßgeblicher Beteiligung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege – in vollem Gange.

Trotz personeller Unterstützung durch westdeutsche Kommunen, Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. durch den Verein für öffentliche und private Fürsorge) und trotz des Organisationsexports durch die Wohlfahrtsverbände bleibt noch ein langer Weg, bis in den neuen Ländern die institutionellen Voraussetzungen sozialer Sicherheit, insbesondere ein effektiver und leistungsfähiger öffentlicher Dienst, existieren werden. Die derzeitige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß es den für die Altenbetreuung zuständigen Verwaltungen im Osten Deutschlands trotz hohen Engagements der Mitarbeiter an qualifiziertem Personal, mitunter an Geld, vielfach aber an dem „Know-how“, dieses im Interesse der Bürger in betreuungswirksame Leistungen umzusetzen, mangelt. Die kommunalen Sozialverwaltungen befinden sich z. T. immer noch im Aufbau, wobei die vorhandenen Mitarbeiter vor allem zur Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes eingesetzt werden. Zugleich sind sie durch den inneradministrativen Aufbau und die Qualifizierungsprozesse gebunden. Die Dynamik des sozialen Wandels bringt es mit sich, daß keine hinreichende Weiterbildung, sondern daß vielfach nur Kurzeinführungen in relevante Sozialgesetze stattfinden.

Informations- und Beratungsangebote sind vielerorts nur in Form von Informationsschriften über soziale Leistungen, Zuständigkeiten, Dienste und Einrichtungen vorhanden, die zudem nicht immer flächendeckend verteilt werden. Diese Art von Information und Beratung erweist sich als unzureichend, da sie die alten und insbesondere pflegebedürftigen Menschen, die an ihre Wohnung gebunden sind, oftmals nicht erreichen und eine den individuellen Problemkonstellationen angemessene soziale Beratung nicht ersetzen können²². Die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Ländern ist über die gesetzlichen Bestimmungen für die Gewährung unterschiedlicher Sozialleistungen unvollkommen, lückenhaft und völlig unzureichend informiert. Die erforderlichen Behördenwege, die Vorschriften der Antragstellung werden von den meisten als zu bürokratisch, zu kompliziert, zu schwerfällig, auch als demütigend (25 Prozent) beurteilt. Nur in jedem vierten Haushalt existieren entsprechende Kenntnisse, die von den Betroffenen selbst als ausreichend empfunden werden²³.

Ein Prüfstein für die Effektivität der neuen Institutionen und Ämter sowie für die erreichte Bürger-nähe ist der Wegfall der ehemaligen Pflegegelder

zum Jahresende 1991. Über 505 000 bisherige Beziehler von Pflegegeldern, Sonderpflegegeld und Blindengeld mußten die Leistungen neu beantragen, da am 1. Januar 1992 ein Trägerwechsel stattfand. Da zugleich auch die Kriterien, die im Osten bisher für den Erhalt dieser Gelder galten, wegfallen, sind neue Wege, Konsultationen und Antrags-gesuche erforderlich.

Eine nachweisliche quantitative und qualitative Angebotsverbesserung in der Betreuung bringen die rund 850 Sozialstationen, die in den vergangenen Monaten durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in den neuen Ländern eingerichtet worden sind und deren Zahl noch in diesem Jahr auf etwa 1000 ansteigen wird. Durch diese Einrichtungen könnte die ambulante Versorgung bereits annähernd so dicht wie in den alten Ländern sein. Auch die technische Ausstattung vieler Sozialstationen ist mittlerweile gut. Im vergangenen Herbst wurden die letzten 40 von 240 Ambulanzwagen aus der Herrhausen-Stiftung übergeben²⁴. Mit der bis Ende 1992 verlängerten Sonderregelung bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) können Projekte in Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Sozialstationen personell und technisch besser ausgestattet werden. Überlegenswert ist jedoch, wie der Wegfall von ehemals DDR-typischen Betreuungsformen (z. B. Spezialambulanzen bzw. Abteilungen in Polikliniken für die Dispensairebetreuung von Diabetikern), für die es (bis dato) keine Entsprechung gibt, kompensiert werden kann.

Zur besseren Integration und Betreuung älterer Menschen tragen ferner private Investoren, Senioren-Organisationen und Selbsthilfegruppen bei; Organisationsformen, die es in der ehemaligen DDR nicht gab.

IV. Subjektive Reflexionen des Systemwandels

Die für die ostdeutschen BürgerInnen neuen bzw. anderen sozialen Problemlagen finden ihren Niederschlag in den subjektiven Bewertungen und reflektieren sich auch in Haltungen, Hoffnungen, Sorgen und Ängsten. So ist es nicht verwunderlich, daß das Niveau der Zufriedenheitsbewertungen einzelner Lebensbereiche oder des Lebens im allgemeinen in Ostdeutschland „in geradezu dramatischem Ausmaß in einem negativen Sinne beeindruckend ist. Die Bewertungen der neuen BundesbürgerInnen liegen nicht nur in praktisch allen Bereichen unter dem westlichen Niveau. Eine sozialstrukturelle, differenzierte Betrachtung einzel-

22 Vgl. Holger Backhaus-Maul/Gudrun Prengel/Klaus-Peter Schwitzer, Transformationsprozesse, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 138 (1991), S. 239 f.

23 Vgl. Meinungsumfrage „Stimmungsbarometer“, in: Berliner Zeitung vom 10. Juli 1991, S. 25.

24 Vgl. Interview mit Familienministerin Hannelore Rönisch, in: Berliner Zeitung vom 26. März 1992, S. 38.

Tabelle 5: Lebenszufriedenheit nach Altersgruppen (in Prozent)

Altersgruppen	Lebenszufriedene 1990	Lebensunzufriedene 1991
18-30	14,2	5,8
31-45	36,0	23,2
46-55	18,4	22,3
56-65	21,1	36,6
älter als 65	10,3	12,1

Quelle: ISS „Leben DDR '90“, „Leben Ostdeutschland '91“.

Tabelle 6: Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ... (in Prozent)

	Land Brandenburg			
	Februar/März 1991		September/Oktober 1991	
	Alle Altersgruppen	RenterInnen*)	Alle Altersgruppen	RenterInnen**)
vor allem Hoffnungen	13,4	24,7	19,8	16,3
vor allem Befürchtungen	21,9	29,4	12,8	15,7
sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen	62,2	42,4	63,8	64,1
ich weiß nicht	1,4	3,5	3,6	3,9
keine Angaben	1,1	-	-	-

*) Männer 65 Jahre und älter, Frauen 60 Jahre und älter
**) Männer und Frauen 60 Jahre und älter

Quelle: ISS, Datensatz „Frauenreport Brandenburg '91“.

ner Soziallagen zeigt vielmehr, daß im Osten die Werte selbst hochrangiger Berufsgruppen im Westen lediglich von typischen Problemgruppen, wie den Arbeitslosen, erreicht werden und Veränderungen innerhalb eines Jahres deuten sogar in Richtung noch zunehmender Unzufriedenheiten.²⁵

Vergleicht man die Altersstruktur der Lebensunzufriedenen anhand der beiden empirischen Studien „Leben DDR '90“ und „Leben Ostdeutschland '91“ (vgl. Tabelle 5), so zeigt sich sehr deutlich, wer die „Verlierer“ der Einheit sind²⁶. Es sind die Älteren, die sehr stark von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und durch die Vorruhestandsregelungen nicht mehr aktiv an der Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Dies wirkt sich auf die Hoffnungen und Befürchtungen aus, wobei die in ihrer Dynamik und ihrem Um-

fang einmalige Veränderung der äußeren Lebensumstände neue Denk- und Verhaltensmuster der älteren Menschen hervorbringt. Statt „Orientierungslosigkeit“, „Enttäuschung“ und „Resignation“ ist ein zunehmend realistischer Anpassungsprozeß der Ostdeutschen an die gesamtdeutsche soziale Wirklichkeit zu konstatieren (vgl. Tabelle 6).

Auf Grund der eigenen sozialen Erfahrung relativieren sich für die neuen BundesbürgerInnen sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen. Nach ihren Sorgen und Ängsten befragt, dominieren bei den über 60jährigen Ängste vor Aggressivität, Gewalt und Kriminalität sowie – zweitens – vor Rechtsradikalismus; Ängste, die in der Vergangenheit nicht auftraten. An dritter Stelle steht die Angst, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, gefolgt von den Ängsten vor Preiserhöhungen und vor Verschlechterung der weltpolitischen Lage, von Sorge um die finanziellen Verhältnisse, Mieterhöhungen/Wohnungsräumung sowie – bei den über 70jährigen Frauen – von der Angst vor dem Alleinsein, vor der Einsamkeit. Keine Sorgen und Probleme haben nur rund sechs Prozent der RentnerInnen.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit Befragungsergebnissen des Instituts für Soziologie und Sozialpo-

25 Detlef Landua/Anette Spellerberg/Roland Habich, Der lange Weg zur Einheit – Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung P 91-101, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin 1991, S. 36f.

26 Vgl. Michael Häder/Brigitte Hausstein, Auflehnung, Anpassung oder Resignation? Ergebnisse zweier sozialwissenschaftlicher Studien, in: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.), Umbruch, Beiträge zur sozialen Transformation, (1992) 1, S. 44.

litik 1987/1988²⁷, so hat sich die Zahl derjenigen, die Sorgen und Probleme haben, seitdem verfünffacht. Hervorhebenswert ist aber, daß die Lebensorientierungen der älteren Menschen nicht auf die unmittelbaren Bedürfnisse (Gesundheit, Sicherheit vor Kriminalität/Gewalt, soziale Sicherheit, gute Wohnbedingungen, Einkommen u. a.) beschränkt bleiben, sondern sich auch auf andere Bereiche (Demokratie/Mitbestimmung, Umwelt u. a.) erstrecken. So vertreten beispielsweise zwei Drittel der älteren Frauen die Auffassung, daß die Durchsetzung weiblicher Interessen, notwendig ist. Nahezu jede zehnte Frau über 60 wäre ferner bereit, in einer entsprechenden Organisation mitzuarbeiten, wenn man an sie herantreten würde. Unter gewissen Bedingungen würden weitere 24 Prozent der 60- bis 64jährigen, 21 Prozent der über 65- bis 69jährigen und 22 Prozent der über 70jährigen mitarbeiten.

V. Resümee und künftige Aufgaben

1. Zwei Jahre Sozialunion belegen, daß durch die Auflösung des ehemals zentralistischen Versorgungs- und Betreuungssystems der DDR und die Einführung der rechtlichen Regelungen und institutionellen Formen des (alt-)bundesdeutschen Versorgungsmodells vielfältige Möglichkeiten und Bedingungen zur Verbesserung der Lebenslagen älterer Menschen und für die eigenverantwortliche Gestaltung ihres Lebens geschaffen worden sind. Dabei zeigt sich, daß einzelne Elemente der sozialen Lage – z. B. die Wohnverhältnisse (Verbesserung der Wohnungsausstattung und des Wohnkomforts), die gesundheitliche und soziale Betreuung (Beseitigung von Versorgungsdefiziten) sowie die kulturellen und politischen Verhältnisse – durch sozialpolitische Interventionen (Soforthilfeprogramme, personelle Unterstützung durch westdeutsche Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Seniorenorganisationen, Kultur- und Bildungsträger, Einführung bisher unbekannter Formen selbstbestimmter und selbstverwalteter Dienste, künstlerisch-kultureller Angebote und Formen der demokratischen Mitbestimmung und politischer Interessenvertretung) u. a. verhältnismäßig schnell angeglichen werden können.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich aber – z. B. am Trend zum „frühen Ruhestand“ – auch gezeigt, daß es gesellschaftliche systemimmanente Sachverhalte und Zusammenhänge gibt, die sich nicht ohne weiteres durch staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. durch individuelles und kollektives Handeln gestalten lassen. Wie kompliziert und z. T. unmöglich es ist, geplante Wirkungen durch politische Eingriffe zu initiieren und markt-

ideologische Barrieren zu beseitigen, zeigt der Versuch, die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Offensichtlich ist die Angleichung der Lebensverhältnisse durch selbstheilende Marktkräfte und die Anwendung von ehemals in Strukturkrisen bewährten Instrumenten der Wirtschaftspolitik nicht zu erreichen. Dies ist zunächst einmal kein Grund, um zu resignieren, relativiert aber die Erwartungshaltung betreffs realer Interventionsmöglichkeiten bei noch so bedeutsamen Gestaltungserfordernissen und weitet den Blick für neue Aufgaben und Möglichkeiten einer gesellschafts- bzw. strukturverändernden Sozialpolitik.

2. Die Vereinigung Deutschlands bietet die historische Chance zu einer umfassenden Sozialreform, durch die für alle Bürger des neuen Gesamtdeutschland ein höheres Niveau an Sozialstaatlichkeit und sozialer Sicherheit realisiert werden könnte. Aufgrund der anderen Ausgangsbedingungen und Problemlagen in den neuen Bundesländern²⁸ ergeben sich hier zwar spezifische Aufgaben der Altenpolitik, aber auch in den alten Ländern stehen strukturelle Reformen und Reorganisationen des Sozialstaates an. Ihre Notwendigkeit resultiert aus dem dort ebenfalls reichlich vorhandenen Handlungsbedarf, aus Problemen und Mängeln²⁹, die zudem mit der Übertragung der (alt-) bundesdeutschen Strukturen sozialer Sicherung auf die neuen Bundesländer transferiert werden³⁰, sowie aus den absehbaren Veränderungen, die im Altersstrukturwandel³¹ begründet liegen. Schließlich werden mit der deutsch-deutschen Transformation Erfahrungen zu sammeln sein, die für die Anpassung sozialer Sicherungssysteme im Rahmen der Europäischen Union Modellcharakter tragen könnten, weil – langfristig betrachtet – zu den unterschiedlichen Systemen in Nord-, West- und Südeuropa soziale Modelle aus osteuropäischen Ländern hinzukommen werden. All dies erfordert eine Politik, die – mit Blick auf Europa und angesichts der zunehmend mobilen Armut in der Welt – über Grenzen hinweg neue Maßstäbe setzt, Zeithorizonte und langfristige Perspektiven entwickelt.

28 Vgl. Günter Manz, Armut der „DDR-Bevölkerung, Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1991, S. 93–138; Gunnar Winkler, Sozialunion – der Weg Ostdeutschlands in die Armut?, in: Von der Vereinigung zur sozialen Einheit – Probleme und Perspektiven, WSI-Arbeitsmaterialien, (1991) 29.

29 Vgl. Margret Dieck, Besondere Perspektiven des Alterns und des Alters im vereinten Deutschland, in: Paul B. Baltes/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin – New York 1992.

30 Vgl. Gerhard Naegele, „Übergestülpt statt vernetzt“ – Aus verpaßten Chancen dennoch das Beste machen! Thesen zur Altenpolitik und -arbeit in Deutschland-Ost mit Rückwirkungen auf Deutschland-West, in: Vernetzung in Altenarbeit und Altenpolitik – Probleme und Perspektiven in der neuen Bundesrepublik, KDA (Kuratorium Deutscher Altenhilfe) Forum, (1992) 17.

31 Vgl. Hans Peter Tews, Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters, in: WSI-Mitteilungen, 43 (1990) 8.

27 Vgl. K.-P. Schwitzer (Anm. 19), S. 38.

Leben im Umbruch

Erste Ergebnisse einer regionalspezifischen Milieuerkundung

I. Vorbemerkungen

Die sozialen Umbrüche haben im Osten Deutschlands sehr unterschiedliche, teilweise unerwartete Reaktionen der Menschen hervorgerufen. Sie sind durch objektive Lebensbedingungen schichtspezifisch geprägt. Unterschiede im Sozialverhalten resultieren aber auch – was oft unterbewertet wird – aus der eigenen Biographie und Lebensführung, dem spezifischen Gewordensein in der DDR und aus sozialen Interaktionen.

Diese strukturell bedingten Veränderungen und ihre Wirkungen auf endogene Potentiale im Osten Deutschlands stehen im Zentrum unseres Forschungsprojektes „Der Wandel sozialer Milieus und Strukturen in den neuen Bundesländern – Am Beispiel der Stadtregionen Leipzig und Brandenburg“. Unser Augenmerk richtet sich auf Veränderungen in den Lebensführungen von Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppierungen (Milieus)¹ angesichts neuer sozialstruktureller Verhaltensumstände und -chancen, aus denen sowohl Potenzen als auch Risiken für den Transformationsprozeß erwachsen². Damit folgen wir dem *Bourdieuischen* Konzept, das die Wirkung soziokultureller Handlungsmuster und Verhaltensweisen auf die Reproduktion sozialer Strukturen ins Zentrum soziologischer Forschungsperspektive rückt³. In unserem Projekt nutzen wir dieses Konzept, um eine soziale Umbruchsituation begleitend zu erforschen.

Wir gehen in unseren Überlegungen von einem relativen Beharrungsvermögen der existierenden milieuspezifischen Denk- und Verhaltensmuster aus, das mit einer Aufwertung oder Zurückdrängung bisheriger individueller bzw. gruppenspezifischer Strategien verbunden ist. Sie entscheiden, wie die objektiven Lebensbedingungen angenommen und gestaltet werden. In unserem Forschungsprojekt

1 Unter Milieus verstehen wir soziale Gruppierungen, die durch je spezifische Alltagspraktiken und Mentalitäten charakterisiert sind und sich durch sie wechselseitig abgrenzen.

2 Vgl. Kerstin Schweigel/Astrid Segert/Irene Zierke, *Alter Wein in neuen Schläuchen? Lebensstil- und Milieuforschung in Ostdeutschland*, in: Michael Thomas (Hrsg.), *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß*, Berlin 1992, S. 303–318.

3 Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt am Main 1987.

verbinden wir traditionelle quantitative mit verschiedenen qualitativen Forschungsmethoden.

Um die verschiedenen Milieus im sozialen Raum verorten und Veränderungen in der Sozialstruktur erkunden zu können, werden sozialstatistische repräsentative Panel-Daten zur objektiven Lebenslage und subjektiven Befindlichkeit zusammengetragen und für unsere Fragestellung ausgewertet. Im Mittelpunkt stehen Verschiebungen in der Berufsstruktur, die in engem Zusammenhang mit Wanderungen im sozialen Raum zu sehen sind.

Im Rahmen dieses Beitrages wollen wir zunächst Ergebnisse biographischer Interviews und zahlreicher Expertengespräche vorstellen, in denen es schwerpunktmäßig um die aktuellen Erfahrungen von Einwohnern der Stadt Brandenburg vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Lebensgeschichten geht. Sie verdeutlichen, daß auch die individuellen Handlungsmuster der ostdeutschen Bevölkerung, je nach Mentalität und Erfahrungshintergrund, verschieden sind⁴. Die Aneignung und Gestaltung der veränderten sozialen Situation sind darüber hinaus durch soziale Interaktionen und Kontrolle innerhalb der verschiedenen Milieus bedingt. Aus dieser Perspektive heraus betrachten wir die nachfolgenden Beispiele individueller Lebensschicksale.

Für die möglichst genaue Analyse der Ausbildung entsprechender Tendenzen scheint es uns – nicht nur angesichts der schlechten Datenlage – sinnvoll, von *regionalen Fallbeispielen* auszugehen. Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Prämissen der Gesellschaftsgestaltung bringt eine bisher nicht gekannte Differenzierung zwischen den einzelnen ostdeutschen Regionen und zwischen Ost und West mit sich. Sie trifft auf bisher kaum beachtete regionale Ausprägungen sozio-kultureller Besonderheiten. Beide Tatsachen sollten auch bei der Analyse lebensweltlicher Veränderungen unter den Bedingungen des Transformationsprozesses die notwendige konzeptionelle Aufmerksamkeit erfahren.

Die Stadt Brandenburg steht im folgenden als ein regionales Fallbeispiel für sozialstrukturelle Prozesse in Ostdeutschland.

4 Vgl. zu den Verschiedenheiten: Lutz Niethammer/Alexander v. Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991.

II. Brandenburg im Umbruch

Das tausendjährige Brandenburg wurde in seiner Sozialstruktur im Zuge der Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert besonders von Proletariern, aber auch von Handwerkern, Angestellten und Beamten geprägt. Derzeit leben hier knapp 89 000 Menschen, unter ihnen nicht einmal ein Prozent Ausländer.

Obwohl Brandenburg im Vergleich zu südlichen Städten der DDR bessere wirtschaftliche und soziale Chancen erhielt, wurden beginnende Modernisierungstendenzen in der sozialstrukturellen Entwicklung auch hier durch politische Überformung blockiert. Das wirkt heute als Belastung im Transformationsprozeß nach. Im traditionellen Industriestandort Brandenburg brechen gegenwärtig ganze Branchen weg. Das hat katastrophale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wenn man die Zahlen der registrierten Arbeitslosen⁵, der Kurzarbeiter, der Teilnehmer an Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) addiert, stehen den ca. 45 000 Beschäftigten gegenwärtig etwa 22 000 Nichtbeschäftigte gegenüber⁶. Jeder dritte Brandenburger wurde vom Arbeitsmarkt verdrängt und diese Tendenz ist anhaltend. Im Unterschied zu anderen Regionen eröffnen sich allerdings durch Investitionen, Existenz- und Ausgründungen⁷ sowie durch den Ausbau des Dienstleistungsbereiches positive Aussichten für die Stadt. Davon zeugen beispielsweise Aktivitäten so großer Unternehmen wie der Heidelberger Druck AG, der Zahnradfabrik Friedrichshafen und des italienischen Stahl-Konzerns Riva. Wichtig für die Region ist gleichermaßen, daß sich Brandenburger auf alte Handwerkstraditionen besinnen. Das produzierende und dienstleistende Handwerk erlebt dadurch erneut einen Aufschwung.

Die skizzierte widersprüchliche Gesamtsituation erzwingt soziale Umorientierungen in unterschiedliche Richtungen. Junge qualifizierte Arbeitskräfte gehen nach wie vor in den Westen, wodurch der Stadt eine fortschreitende Überalterung droht. Ein anderes Problem stellt die Unterprivilegierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt dar. Obwohl sich viele von ihnen vor allem im Rahmen von Umschulungen bemühen, auch in Zukunft dauerhaft am Berufsleben teilzunehmen, werden ihre Chancen dafür zunehmend schlechter.

Damit sind einige Dimensionen sozialer Umstrukturierung in der Brandenburger Region umrissen. Im folgenden skizzieren wir anhand erster Unter-

5 Die offizielle Arbeitslosenquote betrug im Mai 1992 16 Prozent, das sind absolut etwa 8 500 Brandenburger.

6 Die Angaben beziehen sich auf Daten des Landesarbeitsamtes und der Stadtverwaltung Brandenburg.

7 Unter Ausgründung ist die Privatisierung von Abteilungen ehemaliger Volkseigener Betriebe zu verstehen.

suchungsergebnisse, wie sich Alltagsleben in den verschiedenen sozialen Milieus zu verändern beginnt⁸.

III. Fünf Varianten für Leben im Wandel

1. Einer für alle?

Zuerst soll hier über *Herrn Lamprecht*⁹ berichtet werden, der heute Betriebsratsvorsitzender in einem mittleren Metallbetrieb Brandenburgs ist. Schon vor der Wende hatte unser Interviewpartner, wie er sagt, kein Blatt vor den Mund genommen, sprach nicht nur im Kreise seiner Kollegen, sondern auch gegenüber Leitern und politischen Funktionären betriebliche und gesellschaftliche Mißstände offen an. Menschen wie er waren in den DDR-Betrieben so etwas wie eine „*nichtoffizielle Institution*“, über die – wenn auch für alle Seiten zunehmend unbefriedigend – betriebliche Konflikte begrenzt wurden¹⁰.

Noch heute wundert sich Herr L. darüber, daß ihn in all den Jahren „keiner verpiffen hat“, sonst hätte es ihm „schlecht ergehen können“. Einmal, Mitte der fünfziger Jahre, wurde allerdings eine Wohnungszuweisung an seine Familie zurückgenommen, weil er öffentlich über die SED gesagt hatte: „Solange so viele in der Partei sind, die nur ihre Vorteile suchen, ist es keine Partei.“¹¹ Das hat ihn, wie einige andere Erfahrungen mit der DDR-Staatsmacht, nachhaltig gekränkt.

Sensibel für Machtverhältnisse spürte Herr L. im Frühsommer 1989 die Chancen, die sich im Zerfall der alten Strukturen ankündigten. So hat er nicht nur aktiv an den Brandenburger Demonstrationen teilgenommen, sondern sich auch frühzeitig in seinem Werk auf Belegschaftsversammlungen engagiert. Gemeinsam mit einigen anderen Kollegen sorgte er dafür, daß diese nicht so abwartend und ruhig verliefen wie in den meisten anderen Betrieben der Stadt. Kein Wunder, so scheint es, daß Herr L. von seinen Kollegen Ende 1989 gedrängt wurde, für die seit Jahrzehnten erste demokratische Betriebsgewerkschaftswahl zu kandidieren,

8 Einschränkung wollen wir darauf hinweisen, daß die folgenden Beispiele nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

9 Dieser – wie alle folgenden Namen – wurden zum Schutz unserer Interviewpartner geändert.

10 Vgl. Horst Kern/Rainer Land, Der „Wasserkopf“ oben und die „Taugenichtse“ unten. Zur Mentalität von Arbeitern und Arbeiterinnen der ehemaligen DDR, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Februar 1991, S. 16–17.

11 Das Zitat wurde dem Protokoll eines Interviews mit Herrn L. entnommen. Im weiteren wird noch mehrfach in ähnlicher Weise kurz auf Aussagen der Befragten Bezug genommen.

und daß er mit großer Mehrheit – auch bei der späteren Betriebsratswahl – gewählt wurde. Inzwischen ist Herr L. eine *offizielle Autorität* nicht nur für große Teile der Belegschaft, sondern auch für die ost-/westbesetzte Arbeitgeberseite seines Werkes. Der Betriebsrat hat unter seiner Führung einen erfolgreichen Kampf um die Sicherung eines Kerns von Arbeitsplätzen zur Sanierung des Betriebes geführt, darüber hinaus ist es gelungen, einige Mitarbeiter in andere Betriebe zu vermitteln. Für jene, die den Betrieb dennoch verlassen mußten, wurde ein akzeptabler Sozialplan erstritten. Selbstbewußt und mit Erfolg vertrat der Betriebsrat die Meinung der Arbeiter bei der Besetzung der mittleren Leitungsebenen und bei der Neueingruppierung der Belegschaft.

Wie auch Betriebsräte anderer Unternehmen hat Herr L. sehr schnell gelernt, die Spielregeln des Betriebsverfassungsgesetzes für die Lösung der drängendsten Probleme im Interesse der Belegschaft zu nutzen, d. h. der Geschäftsführung als kompetenter, hartnäckiger, aber auch als kompromißfähiger Partner gegenüberzutreten. Von besonderer Bedeutung für die bisher erreichten Erfolge bzw. Kompromisse im Interessenkampf ist für die Betriebsräte um Herrn L. die enge Beziehung zwischen dem qualifizierten Kern der Stammbesellschaft des Betriebes sowie einer kleinen Gruppe der ingenieurtechnischen Angestellten und der unteren bis mittleren Leiter. Auf dieser Basis wurden in der Wende nicht nur in diesem Betrieb eine Reihe hochqualifizierter Spezialisten in Arbeitnehmervertreterfunktionen gewählt, die in westdeutschen Unternehmen eher in den Etagen des Managements zu finden wären¹². Ein Teil von ihnen hatte zu DDR-Zeiten aus unterschiedlichen Gründen keine Karrierechancen. In ihrer neuen sozialen Stellung können sie nun ihre fachlichen Kompetenzen ausschöpfen und in Einklang mit ihren Vorstellungen von einer Interessenvertretung für die gesamte Belegschaft verwirklichen.

Herr L. steht für jene kleine Schicht innerhalb des traditionellen Arbeitermilieus, die gemeinsam mit den erwähnten angrenzenden sozialen Gruppierungen den Prozeß der Neukonstituierung von ostdeutschen Arbeitermilieus einleitete. Charakteristisch ist der Übergang von früher informellen zu heute rechtlich geregelten Formen demokratischer Interessenvertretung. Persönlichkeiten wie Herr L. sind vorrangig in den bisherigen Groß- und Mittelbetrieben anzutreffen. Wie das Brandenburger Beispiel zeigt, begann diese Umorientierung nicht in einer Stunde „Null“. Eine ganz

wesentliche Rolle spielen die historisch gewachsenen kulturellen und sozialen Ressourcen der Region.

Viele der von uns befragten Betriebsräte fühlen sich verantwortlich, die Interessen ihrer Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Damit kommen sie weitverbreiteten traditionellen Vorstellungen in der Arbeiterschaft entgegen, ihre Interessenvertretung im Betrieb sei (wie früher) Sache ganz bestimmter Kollegen, die mit genügend Kompetenz und Autorität ausgestattet sind. Das Ansehen der Arbeitnehmervertreter wächst mit den Erfolgen, die sie der Arbeitgeberseite in wichtigen Fragen abhandeln können. Es sinkt mit deren Ausbleiben. In Betrieben wie dem von Herrn L. wurde ein erster Schritt zur demokratischen Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten getan.

Viel problematischer sieht es in jenen ausgegründeten Firmen und noch nicht geschlossenen Treuhandbetrieben aus, in denen es keine Arbeitnehmervertretungen gibt bzw. diese sich unter dem Druck ständiger Umstrukturierungen nur schwer konsolidieren können¹³. Hier wächst unter der Belegschaft die Existenzangst, reproduziert sich die alte Skepsis gegenüber den Möglichkeiten eigener Interessenvertretung auch unter den neuen Bedingungen. Unter dem Druck andauernder Massenentlassungen scheinen individuelle Handlungsstrategien oder auch Abwartehaltungen vielfach die einzig möglichen Verhaltensmuster zu sein.

Herr Nolze, in einem der Großbetriebe des Ortes beschäftigt, ist ein Fachmann auf seinem Gebiet. Mehrfach hat er sich fort- bzw. weitergebildet, aber wenn sein Betrieb – wie absehbar ist – geschlossen wird, besteht für seine Fähigkeiten in der Region kaum noch Bedarf. Erst 38jährig, zählt er sich, wie dies seine Kollegen im Alter zwischen 40 und 55 Jahren ohnehin tun, schon zum alten Eisen. Weggehen möchte Herr N. nicht. In Brandenburg hat er sein Häuschen und seine Familie. Er rechnet sich jedoch kaum noch berufliche Chancen aus und hat Angst vor der Zukunft, denn er weiß nicht, was er tun soll. Er müßte praktisch ganz von vorn anfangen. Das demütigt ihn genauso wie die vielfach im Westen Deutschlands vertretene Meinung, Ostdeutsche müßten erst mal richtig arbeiten lernen. Soll er umschulen? Aber welcher Beruf ist der richtige? Weil er auf diese und andere Fragen keine Antwort weiß und weil ihn die Angst lähmt, tut Herr N. im Moment gar nichts für seine Zukunft, außer

12 Als sinnfälliges Beispiel dafür kann der Betriebsratsvorsitzende des bisher ortsgrößten Werkes gelten, der auch bis in den Vorstand der IG Metall gewählt wurde. Vgl. dessen Porträt von Martin Kempe, Betriebsrat bei Stahl Brandenburg oder: Wenn's sein muß, machen wir die Arbeit des Managements, in: *Die Mitbestimmung*, (1992) 2, S. 11 ff.

13 Vgl. zum Entstehungsprozeß von demokratischen Betriebsräten in Ostdeutschland auch: Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz, Betriebsräte zwischen Wende und Ende der DDR, in: *Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung*, Freie Universität Berlin, (1990) 42.

pünktlich seine Arbeitslosenversicherung zu zahlen¹⁴.

Dagegen ist ein Teil der jüngeren Facharbeiter und Spezialisten im Alter bis etwa 30 Jahren wesentlich agiler. Ohne größere familiäre Belastung, aber mit einer guten Ausbildung in der Tasche, bemühen sie (meist Männer) sich in Westdeutschland um Arbeit, ziehen weg oder pendeln zwischen Ost und West. Ein anderer Teil der Jüngeren setzt auf Umschulung, wie der 28jährige *Klaus S.*, der ursprünglich einen Metallberuf erlernte, jetzt aber auf einen der „Weißkittelberufe“ umschult und sich danach eine Chance in einem der modernisierten Kleinbetriebe der Umgebung ausrechnet. Er blickt gelassen in die Zukunft, endlich kann er ohne Grenzen seinem ausgefallenen Hobby nachgehen. Das Geld dafür? „Kein Problem“, das schafft der Alleinstehende schon irgendwie ran.

2. Auf der Verliererseite

Das ist bei der alleinstehenden 37jährigen *Frau Thalbach*, die mit ihren zwei Kindern bei ihrer kranken Mutter wohnt, anders. Sie wurde Ende 1991 im Zuge der dritten Entlassungswelle aus ihrem Betrieb entlassen, in dem sie nach Abschluß der 8. Klasse einen Teilfacharbeiterberuf erlernt und später gearbeitet hatte. Der Betrieb legte der Treuhand einen Sanierungsplan nach dem anderen vor, seine Bestätigung bedeutete stets die Entlassung für einen weiteren Teil der Mitarbeiter. Der Betriebsrat des Frauenbetriebes konnte Sozialfälle wie den der Frau T. mit viel Kraft und Improvisationswillen noch über die ersten beiden Entlassungswellen retten, danach wurde die Alleinstehende arbeitslos.

Frau T. möchte arbeiten, sie muß arbeiten, um mit ihren Kindern nicht völlig ins soziale Abseits zu geraten. Aber sie sieht keinen Weg. Auf dem Arbeitsamt konnte man ihr bislang nicht helfen. Angebote für eine Umschulung, die sie für einen neuen Arbeitsplatz gerne auf sich nehmen würde, setzen den Abschluß der 10. Klasse voraus. Innerlich hat sie die Hoffnung auf Hilfe noch nicht aufgegeben, wenngleich sie nicht recht weiß, von wem diese kommen soll. Und – Hilfe braucht Frau Thalbach.

Es ist nicht so, daß sie die Hände in den Schoß legt, ihr Arbeitslosenalltag beschäftigt sie voll und ganz. Ihr Jüngster, der auf die existentielle Bedrohung der Familie neuerdings mit ständigen Infektionskrankheiten und beginnenden Verhaltensstörungen reagiert, muß zu Hause betreut werden.

14 Der Vollständigkeit halber müßte allerdings hinzugefügt werden, daß Herr N., wie viele andere in seinem Betrieb, immer noch Gewerkschaftsmitglied ist. Er zahlt nicht nur seinen Beitrag, sondern hat auch an einigen Kampfmaßnahmen seiner Gewerkschaft für die Erhaltung von Arbeitsplätzen teilgenommen. Er hätte sogar gern noch ein wenig mehr „Power“, aber er selbst würde (aus Angst) keine Verantwortung übernehmen wollen.

Sozialzuschläge für den Kindergarten oder andere Ausgaben erhält sie nur unter großem zeitlichen Aufwand und in einer Weise, die sie als entwürdigend empfindet. Eine Fahrt zum Arbeitsamt oder zum Gericht in der Stadt kostet Frau T. zudem über 5,00 DM. Zum Gericht wird sie nun wohl öfter müssen, denn ihr sind schon mehrere Zahlungsaufforderungen von dubiosen „Kaffee-Fahrten-Firmen“ ins Haus geflattert. Es sind Summen zu begleichen, über die sie gar nicht verfügt.

Frau T. versucht, sich nicht unterkriegen zu lassen. Sie will sich weder auf die Sozialhilfe zurückziehen, noch will sie bei den Geldforderungen nachgeben. Aber ein Großteil der Spielregeln der neuen Gesellschaft sind ihr unbekannt und für manches fehlt ihr auch die Kraft.

Frau T. ist nicht wütend verzweifelt, sie ist auf eine stille Weise einfach ratlos. Und – sie fühlt sich von denen, die ihr ein besseres Leben versprochen haben, im Stich gelassen.

Vermutlich werden die sozialen Schwierigkeiten der genügsamen, stillen Frau T. nicht in einer Weise eskalieren, daß die neue Gesellschaft darauf reagieren „muß“. Aber die Probleme kumulieren bei ihren Kindern. Daß sie zu Hause von der Großmutter sehr oft hören, den Ausländern in Deutschland gehe es besser als ihnen, könnte in deren Leben einmal einen Ausschlag geben. Die soziale und politische Erfahrung der Kinder von Frau T. beginnt mit einer schweren Hypothek.

3. „Ich bin nicht mehr das Karlinchen von früher“

Auf der Suche nach Gesprächspartnern im Verwaltungsbereich der Stadt Brandenburg trafen wir *Frau Heidenreich*. Wir wollten die vielzitierte Norm(al)-biographie erkunden und fanden auch hier das bunte Leben.

Frau H. ist heute 39 Jahre alt, Angestellte, verheiratet und hat zwei Kinder. Sie wuchs mit drei Geschwistern in sehr einfachen, bescheidenen Verhältnissen auf; konnte studieren und lebt heute mit ihrer Familie in Brandenburg.

Mit Fleiß und großer Selbstverständlichkeit geht Frau H. an ihre jetzige Tätigkeit, in der sie Verantwortung für einen ganzen Arbeitsbereich trägt. Damit nahm sie nach der Wende einen bescheidenen sozialen Aufstieg. Obwohl sie – wie auch ihr Mann – einen sicheren Arbeitsplatz hat und nun zum ersten Mal auch durchschnittlich gut verdient, wird weiter sparsam gelebt. Sicherheit, besonders die finanzielle, bedeutet ihr sehr viel.

Frau H. gehört zu jenen Frauen im Angestelltenbereich, die ihre Bildungschance genutzt haben und in Ehe und Beruf „ihren Mann“ stehen. Sie konnte die Grenzen ihrer familiären Herkunft überschreiten, indem sie ihr „kulturelles Kapital“ (höhere Bildung, erworbene Kompetenzen) im Bourdieuschen Sinne anreichte. Indem Frau H.

Bildungsmöglichkeiten nutzte und die offizielle Abwertung von materiellem Besitz in der DDR akzeptierte, gewann sie eine gewisse soziale Mobilität. Auch traditionelle Verhaltensmuster in den Geschlechterrollen wurden durch ihre erweiterten Lebensansprüche zurückgedrängt. Das symbolisiert sich in ihrer Forderung an die Schwiegereltern und ihren Mann, endlich zu begreifen, daß „ich nicht mehr das Karlinchen von früher bin“.

Andere Frauen aus diesem Bereich, die nicht über vergleichbare soziale Voraussetzungen wie Frau H. verfügen und den Sprung in die Marktwirtschaft vorrangig als berufliche Verunsicherung erleben, müssen andere Verhaltensweisen und Sicherheitsstrategien nutzen, sich etwa ganz auf die Familie zurückziehen.

Bereits die bisher umrissenen Beispiele zeigen, wie unterschiedlich Angehörige traditioneller sozialer Milieus auf die gleichen schwierigen Veränderungen reagieren. Sie sollen das Bild von den untätigen, grauen Ostdeutschen widerlegen helfen, das sich auf den ersten Blick und vor dem Hintergrund der altbundesdeutschen Erfahrungen verbreitet eingestellt hat.

4. „Das Frauenhaus, daß das jetzt möglich war...“

Über dem damit beschriebenen unteren und mittleren sozialen Feld befindet sich eine „kleine Schicht“, die über mehr „kulturelles Kapital“ verfügt. Sie rekrutiert sich insbesondere aus Vertretern der medizinischen und technischen Intelligenz. Wissenschaftlich, künstlerisch und sozial Qualifizierte sind ihr ebenfalls zuzurechnen. Sie ist jedoch in der Stadt Brandenburg deutlich in der Minderheit.

Diese Schicht ist insbesondere durch ein hohes Qualifikationsniveau und Allgemeinwissen charakterisiert. Ihre Vertreter verfügten bzw. verfügen über sehr unterschiedliche Einkommen und soziale Positionen, über verschiedenartige soziale Netze, Beziehungen und Verhaltensmuster¹⁵. Sie gehören verschiedenen sozialen Milieus bzw. Submilieus an¹⁶. Mit ihren Verhaltensweisen und Ansprüchen beeinflussen sie spürbar das städtische Leben, sie hinterlassen Spuren in der Kommunal-

15 Vgl. Michael Vester, Milieuwandel und Sozialstruktur in den neuen Bundesländern – Ansätze eines Forschungsprojektes, in: Soziologen-Tag Leipzig 1991, Berlin 1992, S. 347–364.

16 Erste empirische Untersuchungen der SINUS/CONCRET-Lebensweltforschung verweisen bspw. auf das linksintellektuell-alternative, das status- und karriereorientierte oder aber das bürgerlich-humanistische Milieu in Ostdeutschland; vgl. Doris Ritschel, Soziale Milieus in der ehemaligen DDR. Ein neuer Forschungsansatz, in: Michael Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, S. 292–302.

politik, in sozialen Institutionen Brandenburgs, beeinflussen die regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Um das neu aufgebaute Brandenburger Sozialamt herum gruppieren sich soziale Projekte aus unterschiedlichen Trägerschaften, deren Arbeit bestimmten sozialen Randgruppen gewidmet ist. Seit Anfang des Jahres gibt es in Brandenburg auch ein Frauenhaus. Angebunden ist es an den Unabhängigen Frauenverband. *Frau Hübner* ist eine Hauptverantwortliche für die inhaltliche und organisatorische Arbeit dieser Einrichtung; die Stelle – eine ABM-Stelle – wird vom Arbeitsamt finanziert. Um eine von ihr lange gehegte Idee – „Frauen gegen Gewalt zu schützen“ – umzusetzen, gab Frau H. ihre feste Anstellung in der kirchlichen Sozialarbeit auf und ging ein befristetes Arbeitsverhältnis ein. Ein Frauenhaus-Projekt war in der DDR nicht realisierbar, durfte es doch nach der offiziellen Interpretation der Wirklichkeit überhaupt keine Gewalt gegen Frauen geben.

Nach monatelanger konzeptioneller Arbeit, persönlicher Weiterbildung und aufreibender Organisationsarbeit konnte das Frauenhaus eröffnet werden. Es bietet 21 Plätze für Frauen und deren Kinder und ist immer voll belegt. Für die Brandenburger ist dies ebenso eine neue Erfahrung wie die volle Auslastung des Obdachlosenhauses der Stadt.

Die Konsequenz, mit der Frau H. ihre selbstgesteckten Lebensziele verwirklicht, ist für Menschen ihres Umfeldes gleichermaßen charakteristisch. Es scheint uns gerechtfertigt zu sein, in diesem Zusammenhang von einem politisch-alternativen Submilieu zu sprechen¹⁷. Es hat sich – sehr klein und überschaubar – auch in der DDR entwickelt.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen und Institutionen, durch die die in der sozialistischen Programmatik fixierte „menschenswürdige Gesellschaft“ negiert bzw. unterlaufen wurde, waren für Frau H. und Gleichgesinnte wesentlicher Lebensinhalt. Dazu fanden sie sich beispielsweise im Friedenskreis zusammen, der wie andere Gruppen unter dem Schutz der Evangelischen Kirche agierte. Die danach erarbeiteten Vorstellungen können heute partiell umgesetzt werden, unter anderem mit einem Frauenhaus. Ihre bisherige soziale Praxis erschwerte es Menschen wie Frau H., mit interessierten Brandenburgern anderer Milieus in stärkerem Maße bei kommunalpolitischen Entscheidungen zusammenzuarbeiten.

17 Vgl. Dieter Rink/Michael Hofmann, Oppositionelle Gruppen und alternatives Milieu in Leipzig im Prozeß der Umgestaltung in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 9, S. 940–949.

5. Eine Frau macht Unternehmenspolitik

Andere Verhaltensmuster zeigen sich bei Brandenburgern mit Karriere- bzw. Aufstiegsorientierungen. Status- und Bildungsgewinn wurden in der DDR stark durch politische Restriktionen beeinflusst – Karrieren wurden zugelassen oder auch behindert¹⁸.

Frau Hausmann steht für einen bestimmten Typ innerhalb dieser Gruppierung. Ihre berufliche Entwicklung in den letzten Jahren hätte auch anders verlaufen – gebrochen werden – können. Nachdem Frau H. sich zielgerichtet auf ihre berufliche Laufbahn konzentriert hatte, wurde die Ingenieurin 1986 als Direktorin eines mittleren Betriebes eingesetzt. In der Nachwende stellte sie in der Betriebsleitung die Vertrauensfrage, bekam eine positive Antwort und wurde eine der Geschäftsführerinnen. Aus der Belegschaft gab es gegen diese Art von Kontinuität auch Angriffe. Der Betriebsrat stellte – insbesondere im Kontext eines starken Personalabbaus in den letzten zwei Jahren – wiederholt Fragen nach betrieblichen Perspektiven und der Kompetenz der Geschäftsleitung. Frau H., die diese für sich in Anspruch nimmt, kämpft seit Herbst 1990 engagiert um das Überleben des Treuhandunternehmens. Natürlich geht es ihr dabei auch um ihr persönliches Fortkommen. Das aber hätte Frau H. möglicherweise auch leichter haben können, hatte sie doch andere Arbeitsangebote von westlichen Unternehmen. In dieser Entscheidungssituation jedoch erweist sie sich als „Kind der Republik“ – es geht ihr darum, „ihren“ Betrieb „durchzubringen“.

Die Entscheidung, den betrieblichen Kindergarten solange zu erhalten, bis ihn ein gemeinnütziger Verein tragen kann, oder ihr Bemühen, gemeinsam mit dem Betriebsrat Umschulungs- oder ABM-Perspektiven für einige der zu entlassenden Kolleginnen zu finden, zeugen davon, daß sich in dieser Frau klassische Karrieremuster mit dem Wunsch paaren, „etwas für andere zu tun“.

Das ist ein biographisches Moment, das nur *ein* typisches Verhaltensmuster beschreibt. Auffällig ist gegenwärtig eher ein anderer Typ. Er gehört auch der beschriebenen Schicht an, erklimmt selbstbewußt die soziale Stufenleiter und paßt sich scheinbar problemlos den veränderten Machtmechanismen an. Solches „Umpolen“ ist aufgrund der politischen Veränderungen natürlich nur bestimmten Gruppierungen möglich. Bei Aufstiegsorientierten, die zu DDR-Zeiten leitende Funktionen innehatten, gab es mit der Wende häufig einen Karriereknick. Sie haben ihre bisherigen beruflichen und sozialen Positionen verloren, was von ihnen als

schwerer Verlust erlebt wird. Durch ihren Ausschluß wird auf Potenzen für den sozialen Umbau im Osten verzichtet.

Es ist zu vermuten, daß es gerade unter den aufstiegsorientierten Brandenburgern zu starken Umschichtungen kommen wird. Schon heute zeigen sich bei den „Neueinsteigern“ nicht nur jene, deren sozialer Aufstieg zu DDR-Zeiten blockiert war.

IV. Kontinuität und Wandel

Inwieweit die von uns skizzierten Verhaltensmetamorphosen eine „nachholende Modernisierung“ unterstützen oder aber einer „Individualisierung“ im Sinne von Ulrich Beck¹⁹ entgegenkommen werden, bleibt zu erkunden. Festzustellen sind im Kontext der beginnenden Transformation zunächst einsetzende Wanderungen im sozialen Raum, eine Verstärkung der Abgrenzung zwischen den Milieus und erhebliche regionale Unterschiede in den sozialen Lagen. Abschließend wollen wir aus unseren Untersuchungsergebnissen die folgenden hervorheben:

1. Bei der Analyse der ostdeutschen Sozialstruktur sind zwei historisch bedingte Unterschiede zu westdeutschen Entwicklungen zu beachten. *Erstens* sind bis in die achtziger Jahre für die DDR insgesamt eher traditionelle Verhaltensweisen prägend gewesen. Ihr Bestand wurde durch ökonomische und politische Strukturen untermauert. *Zweitens* konnten sich neue soziale Praktiken durch die politisch begrenzte Öffentlichkeit nur in eingeschränktem Maße ausdifferenzieren. Sie wurden marginalisiert und diskriminiert. Unter den Bedingungen sich erweiternder Chancen, aber auch Risiken für sozialen Auf- und Abstieg werden die Differenzen und Abgrenzungen in den Verhaltenspraktiken wachsen.

Sollen aktuelle Veränderungen im sozialen Raum hinreichend erklärt und in ihren möglichen Richtungen vorhergesagt werden, müssen die Ansätze *vorhandener* Ausdifferenzierungen innerhalb der traditionellen Milieus beleuchtet werden. Gleichzeitig sind die DDR-spezifischen sozialen Abgrenzungs- und Austauschmechanismen innerhalb und zwischen den einzelnen Milieus bedeutsam, die unter den Bedingungen politisch begrenzter Öffentlichkeit blockiert waren. Sie bedingten die Reproduktion sozialer Balancen während der Stagnation und fortschreitenden Gesellschaftskrise ebenso wie das langsame Abdriften ganzer sozialer Gruppen von ihren Ursprungsmilieus. Sie bildeten so

¹⁸ Bourdieu spricht davon, daß in der DDR „Zugang zu Vergünstigungen... über das soziale Kapital politischen Typs sichergestellt“ wurde; vgl. Irene Dölling (Hrsg.), Pierre Bourdieu. Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 36.

¹⁹ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

auch eine Voraussetzung für das Aufbrechen der Gesellschaftskrise in der DDR.

2. Veränderungen in den aktuellen Verhaltenspraktiken lassen sich nicht einfach durch individuelle Entscheidungen herbeiführen, sie beziehen sich immer auch auf die (Erosions-)Geschichte der Muster sozialer Kohäsion und Abgrenzung. In allen sozialen Milieus wird auf langfristig gewachsene Verhaltens- und Wertemuster zurückgegriffen, die in keiner Richtung einfach zu „wenden“ oder gar „abzuschaffen“ sind. Sie machen gerade die Vielfalt in der Aneignung umbrechender sozialer Verhältnisse aus. Mit diesen unterscheidbaren Verhaltenspraktiken müssen Politiker heute rechnen.

3. Der Raum unterschiedlicher Lebensführung in der DDR war durch einen *spezifischen Generationsbruch* geprägt. Er trennte die älteren Generationen, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen grobenteils bis zuletzt mit dem DDR-Staat arrangierten, und die in der DDR geborenen Generationen, die den Widerspruch zwischen der offiziellen Ideologie und ihren realen sozialen Erfahrungen kaum noch sinnvoll im Rahmen des alten Systems lösen konnten. Zunehmend verengte vertikale Bewegungsmöglichkeiten im sozialen Raum der DDR führten nach unserer Auffassung zu bestimmten – wenn auch begrenzten – horizontalen Bewegungen und beginnenden sozialen Ausdifferenzierungen. Ihre politische Begrenzung forderte die zunächst schleichende Ablehnung und schließlich die Überschreitung der vorgegebenen Systemgrenzen her-

aus. Ansätze zu neuen, flexiblen Verhaltensmustern sind unter diesen Bedingungen vorrangig unter den jüngeren Generationen und dies wiederum in unterschiedlichem Maße in den verschiedenen Milieus zu suchen.

4. Innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung sind derzeit drei Gruppen von Bewältigungsstrategien auszumachen: *erstens* aktives Gestalten der als Handlungschancen wahrgenommenen Lebensbedingungen, *zweitens* passives Abwarten gegenüber der unübersichtlichen Situation und *drittens* anomisches Verhalten angesichts individueller Überforderung.

Aufgrund der gegenwärtig anhaltenden krisenhaften Situation in den neuen Bundesländern und der erst beginnenden Transformationsprozesse ist eine gewisse Vorsicht bei der Interpretation empirischer Ergebnisse geraten. Die fortdauernde Unübersichtlichkeit und die schlecht zu kalkulierenden Perspektiven erschweren logisch erscheinende Veränderungen individueller Verhaltensmuster. Aktuelle Verhaltenstendenzen können sich mittelfristig durchaus als Übergangslösungen zum Überleben der Krise, denn als gültige Anzeichen für grundsätzlichere Habitusmetamorphosen erweisen.

Entsprechende Untersuchungen scheinen uns für eine Sozialpolitik unerlässlich, die darauf gerichtet ist, den regionalen Akteuren Handlungsspielräume zu erschließen. Dem fühlen sich die Autorinnen verpflichtet.

Stefan Hradil: Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 3–14

Wer die Sozialstruktur Westdeutschlands mit der der DDR vergleicht, kommt in der Regel zu dem Ergebnis, daß in Ostdeutschland erhebliche Modernisierungsrückstände „aufgelaufen“ sind. Offen bleibt dabei meist, was Modernisierung genau heißt, welche Prozesse sozialen Wandels im einzelnen in Westdeutschland Modernisierungsvorsprünge mit sich brachten und inwieweit sich die Mittel und Wege der Modernisierung im erfolgreicherem Westen und weniger erfolgreichen Osten Deutschlands unterscheiden. Diesen Fragen wird in vorliegendem Beitrag nachgegangen.

Im ersten Abschnitt werden die „Meßblatten“ der Modernisierungstheorie und des Konzepts der Industriegesellschaft erläutert, mit denen Wandlungsvorgänge und Entwicklungsabstände erst als Modernisierung erkennbar werden. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Entwicklungslinien des sozialstrukturellen Wandels in Westdeutschland auf den Gebieten Bevölkerungsweise (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen), Familie, Haushalt und Lebensphasen, Bildung, Erwerbstätigkeit und Ungleichheit dargestellt und den ostdeutschen gegenübergestellt. Mit den Konzepten der Modernisierung und der Industriegesellschaft werden die erreichten Entwicklungs(ab)stände bestimmt. Im dritten Teil werden die Nachteile der „objektiven“ Modernisierungsstrategie der DDR mit den Vorteilen der „subjektiven“ Modernisierung in Westdeutschland konfrontiert. Diese läßt unterschiedliche, selbstgesteuerte und -kontrollierte Formen der Modernisierung zu. Die Wiedervereinigung bietet die Chance, diese „subjektive“ Modernisierung weiter auszubauen.

Rainer Geißler: Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck

Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/92, S. 15–28

Die ostdeutsche Sozialstruktur steht unter Modernisierungsdruck. Diese These wird aus dem Vergleich wichtiger Entwicklungen in den Sozialstrukturen der beiden deutschen Teilgesellschaften in den vier Jahrzehnten der deutschen Teilung und im vereinten Deutschland abgeleitet.

In der 40jährigen DDR-Geschichte hatten sich zehn Besonderheiten der ostdeutschen Sozialstruktur herausgebildet. Zwei von ihnen – der Gleichstellungsvorsprung der Frauen und die bessere Versorgung der Bevölkerung mit beruflichen Grundqualifikationen – lassen sich als Modernisierungsvorsprünge deuten, die übrigen als Modernisierungsdefizite. Dazu gehören: Leistungsschwäche und Lebensstandarddefizite, übermäßige soziale Nivellierungen, extreme Machtkonzentration, eine politisierte Statuszuordnung, Erstarrungstendenzen in der Sozialstruktur, ein Tertiärisierungsrückstand, die Quasi-Vernichtung des alten Mittelstandes und ein kontinuierlicher Abwanderungsdruck.

Wenn das West-Ost-Gefälle des Lebensstandards beseitigt werden soll, müssen die Modernisierungsdefizite langfristig verschwinden, da sie zum Ursachenkomplex der Leistungsschwäche Ostdeutschlands gehören. Es gibt bereits eine Reihe von empirischen Hinweisen dafür, daß sich die ostdeutsche Sozialstruktur in sektoral unterschiedlichem Tempo an das westdeutsche Muster anpaßt bzw. anpassen wird. Die Stichworte dazu lauten: Abbau von Nivellierungen; Dezentralisierung der Macht, dabei Pluralisierung der Machteliten und Auflösung der sozialistischen Dienstklasse; Entpolitisierung der Statuszuordnung; Schließung der Tertiärisierungslücke; Wiederaufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes. Zu den Opfern der ostdeutschen Modernisierung gehören auch die ostdeutschen Frauen: Ihr Gleichstellungsvorsprung ist in einigen Bereichen bereits nachweisbar geschrumpft.

Detlef Landua: „Magere Zeiten“. Eine Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung in Ostdeutschland aus der Sicht der Betroffenen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 29–43

Nach dem unerwartet raschen Zusammenbruch des DDR-Staates und dem schnellen Beitritt zur Bundesrepublik zeichnet sich ein erheblich längerer Abschnitt in der ost-west-deutschen Entwicklung ab: Die Lösung vieler Probleme des Zusammenwachsens der beiden Gesellschaftssysteme wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Wie aber reagieren die betroffenen Menschen in Ostdeutschland auf die sich rapide verändernden Lebensumstände, wie bewerten sie ihre Lebensbedingungen? Im Beitrag werden Ergebnisse des „Sozio-ökonomischen Panels“ präsentiert:

1. Die hohe Bedeutung von Arbeit und Einkommen für das Wohlbefinden der Ostdeutschen hat nicht nachgelassen, sondern weiter zugenommen. Dies gilt auch für die (neuen) Gruppen der Erwerbslosen.
2. Die bereits 1990 hohe Unzufriedenheit mit den Bedingungen in wichtigen Lebensbereichen ist weiter gestiegen. Hiervon sind insbesondere Kurzarbeiter und Arbeitslose betroffen.
3. Die eigenen Chancen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt haben sich aus der Sicht der Befragten weiter verschlechtert; Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation sind mittlerweile allgemein verbreitet.
4. Ein Jahr nach der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ fällt die bilanzierende Bewertung aller Lebensumstände für einen Großteil der Ostdeutschen negativ aus. Rentner bewerten die Entwicklung günstiger.
5. Die Zukunftszuversicht vieler Kurzarbeiter und Arbeitslosen hat nachgelassen, die Gefahr der sozialen Ausgrenzung größerer Bevölkerungsteile in Ostdeutschland hat sich erhöht.
6. Die Ursachen des Stimmungseinbruchs im Osten sind nicht nur in verschlechterten objektiven Lebensumständen, sondern auch in enttäuschten Erwartungen und in der wachsenden Bedeutung subjektiver Beeinträchtigungen durch verbreitete Zukunftsängste und Orientierungsprobleme zu suchen.

Klaus-Peter Schwitzer: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 44–54

Die mit der Einheit Deutschlands einhergehenden Veränderungen im sozialen System stellen für die älteren Menschen, wie für alle ehemaligen DDR-Bürger, einen Bruch der bisherigen Lebensperspektive dar. Daraus ergeben sich weitgehende Konsequenzen für nahezu alle Lebensbereiche; sie betreffen Erwerbsbiographien, Einkommensverläufe, Familienbeziehungen, Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung u. a.

Der Beitrag zeigt anhand sozio-demographischer Trends, ausgewählter Lebensbedingungen und subjektiver Reflexionen, wie sich die soziale Lage älterer Menschen, ihre Wertorientierungen und Lebenszufriedenheiten verändert haben, und daß es auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben wird.

Aus den aktuellen und absehbaren Problemen ergeben sich spezifische Aufgaben für die Altenpolitik in den neuen Ländern; langfristig gesehen sind jedoch strukturelle Reformen im Gesamtdeutschland erforderlich. Die dabei gesammelten Erfahrungen könnten auch für die Anpassung sozialer Sicherungssysteme im Rahmen der Europäischen Union genutzt werden.

Kerstin Schweigel/Astrid Segert/Irene Zierke: Leben im Umbruch. Erste Ergebnisse einer regionalspezifischen Milieuerkundung

Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/92, S. 55–61

Die Ostdeutschen müssen ihr Leben ändern. Der radikale Umbruch wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen erfordert von ihnen, daß sie umdenken und in bisher ungewohnter Art und Weise handeln. Sie sind herausgefordert, ihre in der DDR gewachsenen Mentalitäten, Lebensformen und sozialen Beziehungen den Anforderungen des neuen Alltags anzupassen. Sich abzeichnende Tendenzen in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen verdeutlichen, welche persönlichen und gruppenspezifischen Konflikte damit einhergehen können.

Der Umgang mit den neuen Verhältnissen ist durch objektive Lebensbedingungen schichtspezifisch geprägt. Unterschiede im Sozialverhalten resultieren aber auch aus der eigenen Biographie und Lebensführung, dem spezifischen Gewordensein in der DDR und aus sozialen Interaktionen. Diesem Problemkreis ist unser Beitrag gewidmet. Er soll dazu beitragen, das Bild von den untätigen, grauen Ostdeutschen zu widerlegen, das sich auf den ersten Blick und vor dem Hintergrund der altbundesdeutschen Erfahrung verbreitet eingestellt hat.

Es werden fünf Beispiele für sehr unterschiedliches Leben von Brandenburgern vor, während und nach der Wende skizziert. Sie verdeutlichen, daß die Einbindung in bestimmte soziale Milieus unterschiedliche Denk- und Verhaltensmuster befördern. Damit folgen wir dem Bourdieuschen Konzept, das die Wirkung sozio-kultureller Handlungsmuster und Verhaltensweisen auf die Reproduktion sozialer Strukturen zum Zentrum soziologischer Forschungsperspektive erhebt. In unserem Forschungsprojekt, das den sozialen Raum Ostdeutschlands erkundet, nutzen wir dieses Konzept, um eine soziale Umbruchsituation begleitend zu erforschen.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu

1991

Jetzt bestellen!



Noch begrenzt vorrätig (Preis, w. o.)

Jahrgang: 1990



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier